Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 2 Mai/Juni 1935 Nummer 20/21

Das Ende der Völkerbundspolitik

Von **Richard Kern.**

I.

Immer verworrener wird die auswärtige Politik und diese immer gefährlichere Verwirrung ist das Resultat des englischen Verhaltens. »In England«, schrieben wir hier im April, »wiederholte sich das schon gewohnte Spiel, das Macdonald als Minister der Arbeiterpartei begonnen hat und als Minister der Nationalen Regierung fortsetzt. England trifft mit Frankreich oder mit Frankreich und Italien Abkommen. Dann fragt es in Berlin an, ob ihm diese Vereinbarung genehm ist. Auf das deutsche Nein hin läßt England das Abkommen im Stich; es verschärft so selbst aufs Neue die Gegensätze, bis es sich gezwungen sieht, wieder ein neues Kompromiß vorzuschlagen, das dasselbe Schicksal erfährt«. Nur daß jede Wiederholung das Spiel gefährlicher macht, und die Sicherung des Friedens immer fragwürdiger wird.

Das erklärte Ziel der englischen Politik, über das zwischen Regierung und Opposition Einigkeit herrscht, ist die *kollektive Friedenssicherung*, deren Instrument der Völkerbund ist. Zu diesem Ziele bekennen sich auch die französische und die russische Regierung, ebenso die französischen Sozialisten und auf Weisung Moskaus hin die französischen und die tschechischen Kommunisten.

Was ist diese kollektive Sicherheit? Sie ist offenbar dann gegeben, wenn alle Staaten verpflichtet sind, auf den Krieg zu verzichten und, falls ein Staat dennoch zum Kriege schreitet, gegen den Angreifer gemeinsam vorzugehen. Der angreifende Staat sieht sich auf diese Weise stets einer Uebermacht gegenüber, die seinen Angriff aussichtslos macht. Der Krieg ist ausgeschaltet, die internationalen Streitigkeiten werden durch Schiedsspruch entschieden, militärische Rüstungen sind nutzlos, die radikale Abrüstung erscheint durchführbar. Eine schöne Idee und umso wertvoller, als sie doch schon verwirklicht ist. Im Kellogg-Pakt haben sich die Staaten feierlich verpflichtet, den Krieg als Mittel der Politik zu ächten und der Völkerbundspakt, der allerdings unter bestimmten Umständen kriegerische Handlungsfreiheit noch zuläßt, verfügt nach seinem Statut über ausreichende Mittel, um den Angriffskrieg gegen eines seiner Mitglieder auszuschließen. Warum ist trotzdem die Unsicherheit immer größer geworden, warum versagt die kollektive Friedenssicherung immer mehr?

Offenbar sind zur Erreichung einer kollektiven Friedenssicherung bestimmte Voraussetzungen nötig. Die wichtigste und an sich ausreichende wäre, daß alle Staaten eine kriegerische Politik ablehnen, daß sie wirklich entschlossen sind, nur friedliche Mittel zur Lösung internationaler Differenzen einzusetzen, daß ihnen kein Ziel wichtig genug erschiene, um seinetwegen einen Krieg zu entfesseln. Das war in der Tat die Voraussetzung, die W i l s o n nach dem Weltkrieg erfüllt glaubte und auf der er den Völkerbund aufbaute. Er war überzeugt, daß die Völker selbst den Frieden wollten; daher seine Forderung, daß der Volkswille stets die Politik bestimmen solle, deshalb die absolutistischen Systeme beseitigt und die Demokratie verwirklicht werden müsse. Kein Friedensschluß mit der halb absolutistischen Macht der Hohenzollern und Habsburger; Kontrolle der Regierung durch die Regierten: Demokratie als Voraussetzung der kollektiven Friedenssicherung! Hat Wilson Unrecht gehabt, als er die Demokratie zur Vorbedingung der kollektiven Sicherheit machen wollte? Die Antwort ist ein dreifaches Nein, erteilt von Japan, Italien, Deutschland.

In der Friedensgefährdung, die die neu entstandenen absolutistischen Regierungssysteme herbeigeführt haben, zeigt sich zugleich der immer opportunistische verleugnete, aber sich immer wieder durchsetzende Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik. In seinem klassischen Zeitalter ist dieser Zusammenhang dem liberalen Bürgertum ganz anders bewußt gewesen als den Hendersons und Attlees heute, und dies hat der auswärtigen Politik des englischen und französischen Liberalismus ganz andere Festigkeit und anderen Glanz verliehen als der der Labour Party oder auch der Politik der Sowjetregierung, die so lange dem deutschen Nationalismus verbündet war.

Kollektive Friedenssicherung hat also zunächst nur Sinn, wenn alle Teilnehmer den Grundgedanken freiwillig, aus eigenem Antrieb bejahen. Wenn sich aber unter den Teilnehmern solche befinden, für die der Krieg Mittel der Politik bleibt, sobald sie zu ihm fähig sind, Staaten also, die bewußt Ziele verfolgen, die ohne Krieg nicht zu erreichen sind — was wird dann aus dem Apparat der kollektiven Sicherheit? Denn daß dann das Problem sich grundlegend ändert, also auch die Politik der Friedenssicherung sich ändern muß, versteht sich wohl von selbst.

Trotzdem haben die englischen Regierungen an der Fiktion festgehalten, die Völkerbundspolitik der alten Art unverändert fortsetzen zu können. Italien, Japan, Deutschland waren zwar nacheinander zu recht aggressiven Mächten geworden; aber sie waren doch Mitglieder des Völkerbundes und an dessen Statut gebunden. War diese Bindung nicht eine Garantie, durch gemeinschaftliche Aktion des Völkerbundes den Krieg immer wieder verhindern zu können, war es nicht schon einmal gelungen, Mussolini nach der Besetzung Korfus doch noch zum Rückzug zu zwingen?

Beruht kollektive Sicherheit nicht auf dem gleichgerichteten Friedenswillen aller Beteiligten, so muß sie sich auf die Sicherheit gründen, daß die zum Frieden verpflichtenden V e r t r ä g e u n t e r a l l e n U m s t ä n d e n e i n g e h a l t e n werden. Lassen die Mächte, die das kollektive Sy-

stem erstreben, einmal den Vertragsbruch zu, gestatten sie einem Teilnehmer das Ausbrechen aus dem System, den Appell an die Gewalt, dann gibt es offenbar keine Sicherheit mehr, dann ist das System erledigt. Nun ist Bereitschaft zum Kriege und Bereitschaft zum Vertragsbruch dasselbe. Denn jeder Krieg wird unternommen, um bestehende Verträge gewaltsam zu ändern, und wer zum Kriege entschlossen, ist auch bereit, diesem entgegenstehende Verträge unwirksam zu machen. Ob er sie den völkerrechtlichen Bestimmungen gemäß korrekt kündigt oder ob er sich einfach über sie hinwegsetzt, ist eine Verfahrensfrage, deren Beantwortung von den Umständen abhängt. Jedes System kollektiver Sicherheit, das einen präsumptiven Angreifer einschließt, hat also zur unbedingten Voraussetzung, daß die Einhaltung des Vertrages, nicht zum Kriege zu schreiten, unter allen Umständen gesichert ist. Da aber dem präsumptiven Angreifer dieser Wille fehlt, muß er stets erzwungen werden können und gegebenenfalls auch wirklich erzwungen werden, soll das System nicht einem Kartenhause gleichen, das bei dem leisesten Anstoß zusammenfällt. Erzwingbar aber ist die Vertragstreue des Widerstrebenden nur durch Gewalt. Schloß der Wilsonsche Völkerbund der demokratisch regierten, friedlichen Staaten die Idee des Schiedsgerichts und einer radikalen gleichmäßigen Abrüstung ein, so erfordert das System kollektiver Friedenssicherung, das den Angreifer, um ihn unschädlich zu machen, in seinen Rahmen zwingen will, umgekehrt die Aufrechterhaltung der militärischen Uebermacht der zum Frieden entschlossenen Mächte über die Macht der potentiellen Angreifer. Dabei kommt es natürlich nur auf das Verhältnis dieser Macht an, die deshalb bestimmt ist durch die militärische Stärke, die dem Angreifer oder der angreifenden Mächtegruppe innewohnt oder die man ihm zugesteht.

Neben dem Vorhandensein dieser Ueberlegenheit kommt als zweite Bedingung hinzu der Entschluß, von dieser Macht Gebrauch zu machen und eine Vertragsverletzung auf kriegerischem Wege unter allen Umständen zu verhindern. Ohne diese beiden Bedingungen gibt es kein System kollektiver Friedenssicherung und jedes Gerede darüber ist Schwindel und bewußte Irreführung.

II.

Die englische Politik hat diese Bedingungen zumindest in den letzten fünf Jahren außer Acht gelassen und damit in steigendem Maße die Gefahren heraufbeschworen, die heute den Frieden bedrohen.

Dreimal wiederholt die englische Politik ihren grundlegenden Fehler, dreimal macht sie Bankrott. Gegen die japanischen Angriffsabsichten wird der Völkerbund mobilisiert; klar und entschieden nimmt er Stellung für sein von kriegerischer Gewalt bedrohtes Mitglied: China. Japan antwortet mit offenem Vertragsbruch. Es bricht den Sechs-Mächtevertrag, der die Integrität Chinas und die Politik der offenen Tür garantiert, es bricht seine Völkerbundsverpflichtungen und erklärt seinen Austritt aus dem Völkerbund, der bekanntlich erst zwei Jahre nachher wirksam wird und während dieser Zeit nicht von den Verpflichtungen

befreit. Es erobert die Mandschurei, chinesisches Gebiet, macht sie zu seinem Vasallenstaat und monopolisiert ihre Wirtschaft. Von Mandschukuo aus erobert das japanische Heer den Norden Chinas und ist im Begriff, ganz China dem japanischen Einfluß zu unterwerfen und dessen äußere und Wirtschaftspolitik dem Diktat Tokios zu unterstellen. Der Ausschluß aller europäischen und amerikanischen Interessen ist sein ausgesprochenes Ziel und unsicher bleibt fürs erste nur, ob der Gegensatz zu Rußland, das in die merkwürdige Rolle des exponierten Vorpostens der westeuropäischen Mächte und der Vereinigten Staaten geraten ist, noch lange latent bleiben oder in kriegerische Auseinandersetzung umschlagen wird. Aber China ist auch heute noch Mitglied des Völkerbundes und genießt so die Vorteile des Systems kollektiver Friedenssicherung!

England und mit ihm der Völkerbund kapitulieren vor der militärischen Macht und der kriegerischen Entschlossenheit Japans. Die Verträge, welche die Sicherheit garantieren, sind zerrissen, die Sicherheit ist dahin. Mit Recht haben die Vertreter der Labour Party, namentlich Sir Stafford Cripps die Politik der englischen Regierung kritisiert und darauf verwiesen, daß die Zulassung des Vertragsbruchs jede Völkerbundspolitik, jedes System kollektiver Sicherheit unmöglich macht. Aber abgesehen davon, daß diese Kritik sehr post festum, Jahre nach dem entscheidenden Versagen, erfolgte — welche andere Politik haben denn die Führer der Arbeiterpartei, die Vertreter eines unbedingten Pazifismus, die Anhänger des Systems der kollektiven Sicherheit der von ihnen verurteilten Regierungspolitik entgegenzustellen? Sie haben in Wirklichkeit dieselbe Politik der Sanktionierung des Vertragsbruchs gebilligt, sobald es sich um Deutschland handelt.

Die Japaner hätten von ihrem Vorhaben nur abgelassen, wenn sie mit dem rücksichtslosen Einsatz einer überlegenen militärischen Macht hätten rechnen müssen. Die überlegene militärische Macht wäre vorhanden gewesen, aber der Wille zu ihrem rücksichtslosen Einsatz fehlte.

Die Unterwerfung Chinas unter Japans Oberherrschaft ist ein Vorgang von säkulärer Bedeutung und vielleicht unabsehbaren weltgeschichtlichen Folgen — eine der vielen nicht vorauszusehenden, aber bedeutsamsten Wirkungen des Weltkrieges. Verlockend wäre es, die Phantasie spielen zu lassen und sich vorzustellen, welche Wirkungen eintreten könnten, wenn der Riesenraum im Fernen Osten mit seinen ungeheuren Reserven an Menschen und Rohstoffen in den Dienst des Rüstungsapparats der japanischen Militär-Oligarchie gestellt würde, zu schildern, wie unter dem Druck dieser Macht der Rückzug der europäisch-amerikanischen Mächte erzwungen würde, welche Verkümmerung die europäisch-amerikanische Wirtschaft erfahren müßte, welche Rückwirkung auf die anderen asiatischen Nationen (Indien!) erzeugt würde. Aber dieses Spiel der Phantasie wäre umso müßiger, als wir die Stärke der Gegentendenzen nicht kennen, nicht die etwaigen Resultate der außerordentlich starken sozialen Spannungen in den verelendeten ländlichen und städtischen Massen Japans, nicht die Rückwirkung des gerade durch die Fremdherrschaft angestachelten erwachenden nationalen Bewußtseins des chinesischen

Volkes, dessen Widerstandskraft durch die wirtschaftliche und militärische Reorganisation eine gewaltige Steigerung erfahren muß, und nicht die künftige Reaktion europäischer Mächte, die, wie vor allem Rußland, unmittelbar gefährdet sind.

Wir müssen uns mit der Konstatierung begnügen, daß trotz der direkten Bedrohung kapitalistisch-imperialistischer Interessen der westeuropäischen Mächte und trotz der territorialen Gefahr für Rußland die Abwehr so gering ist. Es zeigt sich, wie wenig entscheidend in diesem Stadium der Politik und der Wirtschaft der Einfluß der rein imperialistischen Tendenzen geworden ist, die bis zum Weltkrieg die auswärtige Politik in so hohem Maße bestimmt haben. Das auffallendste Bild bieten zur Zeit — und wir betonen, daß es sich zunächst bei der außerordentlichen Labilität der sozialen Verhältnisse der Nachkriegs- und insbesondere der Krisenzeit um vorübergehende, in keiner Weise fixierte Tendenzen handelt — die Vereinigten Staaten. Man hat, kraß ausgedrückt, fast den Eindruck, als wäre die auswärtige Politik seit der »antikapitalistischen« Aera Roosevelts abgeschrieben. Das ist nicht nur eine Folge des Umstands, daß alle politischen Energien in den Dienst der Krisenbekämpfung gestellt wurden, sondern vor allem der Tatsache, daß die Massen der Farmer und Arbeiter, die Roosevelt mit seiner Wirtschaftspolitik in die politische Maschine der demokratischen Partei eingegliedert hat, keine andere Außenpolitik entwickeln als die eines naiven Pazifismus des Rückzugs aus Europa und womöglich aus der ganzen übrigen Welt.

Nichts ist dafür bezeichnender als die Behandlung der Philippinen. Die Inseln sind ein unentbehrlicher Flottenstützpunkt, eine nicht zu missende strategische Position für die Behauptung der amerikanischen Machtstellung im Pacific. Gehörten sie nicht zu den Vereinigten Staaten, so würden sie binnen kurzem zu einem Teil der japanischen Einflußsphäre. Aber die Philipinen gehören zu den billigsten Erzeugern von Zucker und anderen Agrarprodukten. Die amerikanischen Farmer des Westens fordern Schutz gegen diese Konkurrenz; den Philippinen wird deshalb die Selbständigkeit aufoktroyiert, um ihre Zuckereinfuhr zum Schutz der teurer produzierenden amerikanischen Farmer mit Zöllen belegen zu können, obwohl diese Selbständigkeit, sollte sie, was angesichts des japanischen Vorgehens zweifelhaft geworden ist, wirklich durchgeführt werden, eine wesentliche Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten Japans bedeuten würde. Auf der anderen Seite freilich ist die japanische Drohung zu offensichtlich, als daß die amerikanische Regierung nicht ihre militärische Macht zu stärken suchte. Sie tut dies unter dem Titel: Arbeitsbeschaffung.

Aber zur Zeit, als das japanische Vorgehen einsetzte, waren die Amerikaner ebenso wenig wie die Engländer bereit, Japan anders als mit Mahnungen entgegenzutreten. Beide Mächte hatten im Washingtoner Flottenabkommen und im Sechsmächtepakt ein vollendetes System kollektiver Friedenssicherung geschaffen; sie hatten nur leider versäumt, sich über ein gemeinsames militärisches Vorgehen zu einigen für den Fall, in dem einer der Partner — und man wußte wohl welcher — den Pakt brechen

würde. Ebenso hatte England versäumt, die am unmittelbarsten interessierte Macht — Rußland — in ein wirkliches Sicherungssystem, das eben nur auf militärischem Beistand gegen den Angreifer beruhen kann, einzubeziehen. Frankreich aber, das von der englischen Politik immer wieder im Stiche gelassen wird, war angesichts der zunehmenden Bedrohung in Europa, angesichts der Unbeständigkeit und Unzuverlässigkeit Englands in allen für Frankreich lebenswichtigen Fragen, weder gewillt noch in der Lage, sich im Fernen Osten zu engagieren. Da die englische Politik, um kriegerische Verwicklungen zu vermeiden, verpflichtende Bindungen einzugehen sich weigerte, entfesselte sie den Krieg.

Indem England den japanischen Vertragsbruch zuließ, hat es selber das System der kollektiven Friedenssicherung für ein entscheidendes Gebiet der Weltpolitik vernichtet. Es hat selbst den Zustand geschaffen, in dem die militärische Stärke für die künftige Entwicklung zum allein ausschlaggebenden Faktor wird. Es muß die Kündigung des Flottenabkommens hinnehmen, das bisher die Flottenstärke der Vereinigten Staaten, Englands und Japans im Verhältnis von 5 : 5 : 3 festgelegt hatte, und in ein neues Wettrüsten eintreten. Englands Politik hat zugleich das von Japan bedrohte Rußland gezwungen, nach wirklicher Sicherung zu streben, nach militärischen Bündnissen Ausschau zu halten, um sich wenigstens im Westen zu sichern, nachdem im Osten das Sicherungssystem zusammengebrochen ist.

III.

Mag man bei dem Verhalten gegen Japan noch von einer Kollektivschuld Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten sprechen können, so ist für den Zusammenbruch des Sicherungssystems in Europa England der Hauptverantwortliche. Es hat in den entscheidenden Jahren 1933 und 1934 die deutsche Aufrüstung ungehindert vor sich gehen lassen und Frankreich an jedem wirksamen Vorgehen gehindert; es hat die Sprengung der Abrüstungskonferenz durch Deutschland und dessen Austritt aus dem Völkerbund ruhig hingenommen und ihm so die Sicherheit gegeben, daß die vertragswidrige Wiederherstellung der unbeschränkten Rüstungsfreiheit und ihre Ausnützung zur Errichtung der stärksten Militärmacht keiner energischen Gegenwehr begegnen wird. Aber nachdem es dieses Resultat erzielt hat, nachdem es glücklich erreicht hat, daß die Sicherheit Europas, die bis zur Wiedererrichtung der deutschen Militärmacht in keiner Weise bedroht war, zu akuten Problem geworden ist, wie führt es seine Politik weiter?

England erkennt, daß seine Grenze am Rhein liegt. Im Londoner Abkommen erneuert es seine Entente mit Frankreich und verpflichtet sich zu gemeinsamen Vorgehen. In Stresa erweitert England dieses Abkommen, in das Italien eingeschlossen wird, und sagt für den Abschluß des Ostpaktes und des mitteleuropäischen Paktes seine Unterstützung zu. In Genf bringt es mit Frankreich zusammen den Entschluß zustande, der neue Vertragsverletzungen Deutschlands mit Sanktionen bedroht. Das französisch-russische Bündnis findet seine Billigung. England scheint be-

griffen zu haben, daß die »kollektive Friedenssicherung«, die einen etwaigen Angreifer in sich aufnehmen will, militärische Ueberlegenheit und einheitliche koordinierte Politik der Partner zur Voraussetzung hat. Da kommt die Reichstagsrede Hitlers, sein Angebot des Nichtangriffspaktes, der Begrenzung der schweren Waffen und vor allem der Begrenzung der Seeabrüstung. Und England schwenkt wieder um; es kehrt zum alten System zurück und schließt mit Deutschland ein Separatabkommen über die Rüstungen zur See.

An diesem Abkommen, das die Stärke der deutschen Flotte auf 35% der englischen festsetzt, ihr aber gerade bei der gefährlichsten Waffe, den Unterseebooten, noch größeren Spielraum gewährt, ist weniger der Inhalt bemerkenswert als die Form, in der es abgeschlossen wurde.*)

Der Inhalt war von vornherein durch die Tatsache gegeben, daß Deutschland entschlossen war, eine Flotte in dieser Stärke unter allen Umständen zu bauen. Es war entschlossen, sich um entgegenstehende Vertragsbestimmungen ebenso wenig zu kümmern wie bei der Aufstellung der Landarmee und der Schaffung der Luftflotte. Das Verhältnis der Flottenstärke mochte England an sich und von einem isoliert englischen militärischen Standpunkt aus annehmbar erscheinen. In kürzester Frist akzeptierte es alle Vorschläge, die Deutschland machte. Und warum auch nicht? War nicht die gefürchtete deutschenglische Flottenrivalität, die so viel zum Ausbruch des letzten Krieges beigetragen hatte, endgültig beseitigt, war nicht das Maß der deutschen Flottenrüstung jetzt indirekt von den Entschlüssen der englischen Admiralität abhängig, ein erster und bedeutsamer Schritt wenigstens zur Begrenzung der Rüstungen zur See getan? Bis auf einige konservative Kreise, die sich noch Verständnis für Außenpolitik bewahrt haben, schien die öffentliche Meinung begeistert. Zu den Begeisterten gehörte zunächst auch die Labour Party, deren Freude nur durch die Befürchtung getrübt war, daß der Pazifismus der Regierung ihren eigenen geschlagen und ihre Wahlaussichten verschlechtert hätte.

Immerhin, die Begleitumstände, unter denen der Abschluß erfolgte, waren weniger angenehm. Unter Bruch der Verpflichtungen von London und von Stresa wurden die Verhandlungen begonnen. Die englische Regierung erklärte zunächst beruhigend, es werde sich nur um eine Fühlung-

*) Die englische Regierung erstrebt bekanntlich die völlige Beseitigung der Unterseebootwaffe, die für ihre Handelsflotte und damit für die Versorgung mit den unentbehrlichen Rohstoffen und Lebensmitteln im Kriege so gefährlich ist. Unterseeboot und Luftwaffe haben die Inselstellung Englands beseitigt. Deshalb erstrebt die englische Politik das Verbot beider Waffengattungen, das England in der Tat seine insulare Stellung zurückgeben würde. Die deutsche Politik machte sich diese utopischen Wünsche zu nutze und erklärte ihre Zustimmung zur völligen Abschaffung der Unterseeboote, sobald diese allgemein akzeptiert würde. Sie konnte dies um so eher, als sie wußte, daß diese Forderung von Frankreich und Italien gegenwärtig nicht angenommen werden kann. Indem die englische Admiralität der deutschen Unterseewaffe eine größere Stärke zugesteht, hofft sie einen Druck auf Frankreich zur Erreichung, wenn nicht der Abschaffung, so vielleicht einer stärkeren Begrenzung der Unterseeboote auszuüben.

nahme handeln, Frankreich und Italien würden vor einem definitiven Abschluß Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Unter Bruch dieser Zusicherungen wurde das Abkommen definitiv, bevor Frankreich und Italien ihre Stellungnahme bekannt geben konnten. Aber das alles war sozusagen erst der Bruch des kleinen Ehrenworts. Hatte nicht England im Völkerbundsrat feierlich die Verpflichtung übernommen, keine neuen Vertragsverletzungen Deutschlands — und die bereits im Bau befindliche Flotte verstieß ja gegen die bestehenden Verträge — zuzulassen? War dieser eigenmächtige Bau nicht eine Verletzung des Völkerbundsvertrags, auf dem nach ihren fortgesetzten feierlichen Erklärungen, die ganze englische Politik beruht? Mit dem Abschluß des Flottenabkommens war England über alles Vorhergehende noch einen Schritt hinausgegangen. Es hatte nicht nur die Vertragsverletzungen anderer Mächte hingenommen, nicht nur sich über seine eigenen Verpflichtungen überraschend leicht hinweggesetzt, sondern es hatte jetzt selbst mit Deutschland zusammen die offene Vertragsverletzung verübt, sanktioniert und als Mittel der internationalen Politik anerkannt. Und wieder muß die Frage aufgeworfen werden, was denn ein System kollektiver Friedenssicherung wert ist, daß der ersten Voraussetzung — der Vertragstreue — ermangelt?

Aber war man nicht auf der anderen Seite dem hehren Ziel der Vermeidung des Wettrüstens und damit der erhöhten Friedenssicherheit näher gekommen und heiligte nicht der Zweck das Mittel? Sollte man sich denn von formalen, juristischen Erwägungen über die Heiligkeit der Verträge von einer realistischen Friedenspolitik abbringen lassen?

Die Aufstellung einer deutschen modernen Flotte in der Stärke von 35 Prozent der englischen gibt Deutschland die Herrschaft über die Ostsee und eine erhebliche Kampfkraft in der Nordsee. Sie bedeutet eine unmittelbare Bedrohung Dänemarks und Schwedens, der Randstaaten und Rußlands. Sie verschiebt die Last des Wettrüstens allerdings von England auf Rußland und Frankreich, beseitigt aber in keiner Weise das Wettrüsten selbst und verstärkt unmittelbar die Gefahr eines deutschen Krieges gegen Osten.

Dazu kommt noch ein anderer Umstand. Durch das Washingtoner Abkommen war bis jetzt das Rüsten zur See beschränkt. England hatte Amerika die gleiche Seestärke zugestanden; Japan war verpflichtet, die Tonnenzahl seiner Flotte im Verhältnis von 3 : 5 der englischen mit der amerikanischen zu halten, während Frankreich und Italien unter gewissen Vorbehalten ihre Tonnage auf 1.7 der englischen beschränkten. Die Japaner haben das Flottenabkommen, das im nächsten Jahre abläuft, gekündigt, lehnen eine neue Begrenzung ihrer Flottenstärke ab und auch Frankreich und Italien haben sich volle Handlungsfreiheit vorbehalten. Die englische Politik steht also vor dem Zusammenbruch der kollektiven Friedenssicherung auf maritimen Gebiet. Sie hat auch diese Tatsache hingenommen. Sie will sich jetzt damit begnügen, daß die anderen Staaten ihre Flottenbauprogramme für längere Zeit von vornherein bekanntgeben; danach will sie ihr eigenes Flottenprogramm gestalten. Da es

keinem Zweifel unterliegt, daß Japan seine Flotte mit aller Macht vergrößern wird, da die Vereinigten Staaten ihrerseits mit verstärkter Rüstung zur See antworten werden, ist eine neue Aera des Wettrüstens unausbleiblich. Die Verstärkung der englischen Flotte bedeutet aber gleichzeitig eine solche der deutschen, die von Frankreich und Rußland beantwortet werden muß. Weit entfernt, Friedenssicherung und Einschränkung der Rüstungen zu bedeuten, hat die englische Politik mit diesem, zunächst vom englischen Volk mit Jubel und Erleichterung aufgenommenen Meisterstreich neue Unsicherheit und neue Gefahren heraufbeschworen. Die Labour Party, deren Intelligenz durch die Befürchtung, daß das pazifistische Flottenabkommen bei den Wahlen der englischen Regierung eine unerwartete Chance verleihen könnte, zu erhöhter Tätigkeit angestachelt worden ist, beginnt es zu merken.

IV.

Der Abschluß des Abkommens, das ist die nächste und vielleicht unmittelbarste Wirkung, hat Frankreich und Italien von der völligen Unzuverlässigkeit der bisherigen englischen Politik überzeugt. Es scheint, daß die französische Politik daraus energischer als bisher die Konsequenz gezogen, eine klare und verpflichtende Stellungnahme Englands verlangt und erhalten hat. England aber war zu der Entscheidung genötigt, durch den dritten Zusammenbruch, den seine Völkerbundspolitik und damit das System der kollektiven Friedenssicherheit zu erleiden im Begriff ist. Es handelt sich um die Entwicklung der abessinischen Frage.

Seit der Machtübernahme Mussolinis gehört Italien zu den aggressiven Mächten. In dem ersten Abschnitt seiner Herrschaft war die italienische Politik bestimmt durch den Gegensatz zu Südslawien, durch das Ziel, sich die Alleinherrschaft über die Adria zu sichern. In dieser Zeit waren es nicht die Verträge, war es nicht der Völkerbundspakt, die Jugoslawien vor einem Angriff sicherten, sondern die militärische Ueberlegenheit Frankreichs. Die französische Armee war die Garantie gegen die Angriffsabsichten des italienischen Faschismus, und da England die französische Friedenspolitik unterstützte, mußte sich Italien den Beschlüssen des Völkerbunds unterordnen und im Balakan Frieden halten. Mussolini reagierte, indem er alle Frankreich feindlichen Kräfte unterstützte, die Revisionspolitik proklamierte und zum treuesten Helfershelfer des deutschen Nationalismus wurde.

Die englische Politik handelte nach dem alten Rezept, den präsumptiven Angreifer mit allen Mitteln zu versöhnen. Macdonald und Henderson fuhren 1931 nach Rom, wirkten in Berlin für ein engeres Zusammengehen mit Italien und drängten Frankreich zu Zugeständnissen als Vorbedingung für eine stärkere Annäherung. England teilte Italien eine Art Schiedsrichterrolle in europäischen Angelegenheiten zu; Mussolini sollte der Mittler zwischen Deutschland und Frankreich werden. Macdonald setzte die Politik, die er in der Arbeiterregierung begonnen, in der nationalen Regierung fort. Unter englischer Patronanz unterstützte Mussolini alle Forderungen Deutschlands in der Abrüstungskonferenz, deren Sabotage er

sich aber immer offen hielt. Mit England zusammen verhinderte Mussolini jedes energische Auftreten gegen Deutschland nach seinem Austritt aus dem Völkerbund. Deutschland war der Nutznießer, Frankreich der Leidtragende der englisch-italienischen Freundschaft, bis Hitlers Politik in Oesterreich die Wendung brachte. Aus einer Schachfigur im Spiel Italiens gegen Frankreich wurde Deutschland zu dem gefährlichsten Gegenspieler Italiens, dessen Großmachtstellung die Annexion Oesterreich vernichten würde. Italien war reif für das Bündnis mit Frankreich. Bündnis mit Frankreich hieß aber Frieden mit Jugoslawien und der kleinen Entente, vorläufiger Verzicht der italienischen Politik auf ihre Hegemoniebestrebungen in Mitteleuropa und auf dem Balkan, Ablenkung des faschistischen Expansionsbedürfnisses auf Nordafrika.

Die kritische Situation in Europa gibt Italien eine starke Stellung. Die Unentschlossenheit der englischen Politik hat für Frankreich, seitdem die Bedrohung durch Deutschland so groß geworden ist, ein enges Verhältnis zu Italien notwendig gemacht. Italiens traditionelle Angewiesenheit auf England ist vermindert, seitdem Flugwaffe und Unterseeboot die Bedeutung der englischen Flotte auch im Mittelmeer herabgesetzt haben. Zudem ist ein isoliertes kriegerisches Vorgehen Englands gegen eine europäische Großmacht, besonders in der gegenwärtigen Situation, undenkbar. Mussolini, die Schwäche Englands erkennend, rüstet sich zur Eroberung Abessiniens. Aber Abessinien ist Mitglied des Völkerbunds. Die englische Völkerbundspolitik bricht zusammen, wenn Italien den Krieg gegen ein Völkerbundsmitglied unternimmt oder aus dem Völkerbund austritt. Eine Wiederholung des japanischen Präzedenzfalls in Europa bedeutet das definitive Ende der Völkerbundspolitik und damit die Niederlage der englischen Regierung bei den kommenden Wahlen.

Die englische Regierung setzt alles daran, das abessinische Abenteuer zu verhindern. Sie droht mit den Sanktionen des Völkerbundes. Aber die Drohung wirkt nicht. Denn England, das bisher trotz Londoner Abkommen trotz Stresa eine wirkliche und beständige Politik der Kooperation mit Frankreich vermieden hat, sieht sich jetzt selbst plötzlich isoliert. Es tritt den Rückzug an und versucht durch Konzessionen Italien von seinem Vorhaben abzubringen. Die Konzessionen werden zurückgewiesen. Da wendet es sich an Frankreich, an dasselbe Frankreich, das es eben erst durch das Abkommen mit Deutschland der politischen Isolierung überlassen zu wollen schien.

Es ist zu spät. Was die englische Politik von Frankreich jetzt fordert, die Wiederherstellung einer echten Völkerbundspolitik, kann Frankreich nicht leisten und die englische Politik selbst ist es, die Frankreich in diese Lage gebracht hat. England hat Japan gewähren lassen müssen, weil es versäumt hat, rechtzeitig eine wirkliche Koordinierung seiner Politik mit der der Vereinigten Staaten, Rußlands und Frankreichs herbeizuführen und so eine Konstellation zu schaffen, die stark genug gewesen wäre, Japan den Frieden aufzuerlegen. Die gleiche Unterlassung hat England in Europa begangen, indem es immer wieder Frankreich angesichts der deutschen Drohung isolierte und praktisch die deutsche Aufrüstung unter-

stützte. Indem England bis zuletzt selbst die Grundlage der Völkerbundspolitik unterhöhlte, zwang es Frankreich, andere Stützpunkte zu suchen und mit Rußland und Italien Militärbündnisse abzuschließen. Gewiß will Frankreich ebensowenig wie England den Krieg Italiens gegen Abessinien. Mögen für England neben dem europäischen Gesichtspunkt auch koloniale Erwägungen maßgebend sein — die Nachbarschaft einer europäischen Großmacht an den Grenzen des Sudan und ihre Festsetzung im Quellgebiet des Nils ist für Englands Stellung in Aegypten nicht ungefährlich — so muß Frankreich vor allem die militärische Schwächung des italienischen Bundesgenossen fürchten. Frankreich befindet sich jedoch in einer Zwangslage. Soll es heute der englischen Politik den Bundesgenossen opfern, um morgen bei einer neuen Schwenkung Englands isoliert zu sein? Nur eine feste sich auf alle Fragen erstreckende französisch-englische Kooperation hätte Frankreich die Möglichkeit geben können, auf Italien einen stärkeren Druck auszuüben. Da die englische Politik dazu noch nicht reif ist, bleibt Mussolini Herr der Situation und kann seine Bedingungen stellen. Sein Erfolg ist sicher, gleichviel auf welchem Wege er erreicht wird. Tritt Italien aus dem Völkerbund aus, so ist es mit diesem zu Ende. Aber nicht anders ist es, wenn der Völkerbund Abessinien dem faschistischen Angriff ausliefert, indem er unter dem Druck der italienischen Erpressung das Land unter billigen Vorwänden ausschließt und dadurch zugleich den Krieg sanktioniert. So oder so ist das Ende des Völkerbunds und des Systems der kollektiven Friedenssicherung. Und herbeigeführt hat dieses Ende die englische Politik.

V.

Wird die englische Regierung jetzt aus dieser neuesten und für ihre Politik schlimmsten Niederlage die Konsequenzen ziehen? Die Rede des neuen englischen Außenministers rechtfertigt eine leise Hoffnung. Sie kündigt die Rückkehr zu der Politik des Londoner Abkommens an. Sie verzichtet auf die Absicht, dem Flottenabkommen mit Deutschland ein solches über die Luftwaffe folgen zu lassen. Sie fordert Hitler auf, einen »neuen Friedensbeitrag« zu leisten und den ost- und mitteleuropäischen Pakten beizutreten, deren Abschluß völlig ins Stocken geraten war. Aber wenn Hitler, wie es fast sicher ist, die ihm angesonnene Bindung ablehnt? Wie wird sich dann die englische Politik gestalten?

Um die Frage zu beantworten, müssen wir das wechselvolle Spiel der Diplomatie beiseite lassen und die reale Gestaltung der außenpolitischen Machtverhältnisse der Staaten zu erkennen trachten. Das System der kollektiven Friedenssicherung und damit das der bisherigen Völkerbundspolitik hat jede praktische Bedeutung verloren. Japan, Deutschland und Italien stellen drei Mächte dar, deren Zielsetzungen nur auf kriegerischem Wege zu erreichen sind, die alle Kräfte ihrer Volkswirtschaft in den Dienst der Stärkung ihrer militärischen Macht gestellt haben, die den Krieg offen als Mittel ihrer Politik proklamieren. Der Aera der Abrüstungsillusion ist die Wirklichkeit einer fieberhaft betriebenen Aufrüstung in allen wichtigen Staaten gefolgt. Gegenüber den

Angriffsbündnissen haben sich die bedrohten Mächte unter Führung Frankreichs zu Militärbündnissen zusammengeschlossen. Die Welt ist wieder zu dem Zustand des bewaffneten Friedens zurückgekehrt, wie in der Zeit vor 1914. England steht noch abseits. Und gerade sein Abseitsstehen vermehrt die Ungewißheit. Sein System der kollektiven Friedenssicherung ist in die Anarchie der allgemeinen Unsicherheit umgeschlagen. In Wirklichkeit freilich bleibt England keine Wahl. Eine militärische Niederlage Rußlands würde Japan dauernd zum Herrn Asiens machen; eine militärische Niederlage Frankreichs würde Deutschland die Verfügung über die Nordseeküste geben und Englands Ende als Weltmacht bedeuten. Das sind die Tatsachen.

Die Rede des englischen Außenministers bedeutet die erste Annäherung an die Erkenntnis dieser Tatsachen. Aber noch werden die Konsequenzen nicht gezogen. Noch wird der Versuch fortgesetzt, Englands vermittelnde Stellung aufrecht zu erhalten, noch wird der Illusion nachgejagt, die angreifenden Mächte durch Verträge binden zu können, statt sie durch überlegene Macht zum Frieden zu zwingen. Noch wird das Eingehen von »Bindungen« abgelehnt, die enge Kooperation mit Frankreich verweigert. Aber Tatsachen sind hart und ihre Logik wird sich auch der englischen Unlogik aufzwingen. Unbeantwortbar bleibt freilich die Frage, ob das noch rechtzeitig erfolgen wird. Von der Beantwortung dieser Frage hängt das Schicksal des Friedens ab.

VI.

Die Labour Party hat in ihrer auswärtigen Politik alle Illusionen der Bestrebungen zur kollektiven Friedenssicherung geteilt. Sie sucht sie auch heute krampfhaft festzuhalten und ist so zur Mitschuldigen an der ständigen Zunahme der Kriegsgefahr, der Erstarkung und Festigung zuerst des italienischen Faschismus, später des deutschen Nationalsozialismus geworden. Aber auch die Politik der französischen sozialistischen Partei hat kein Verhältnis zur neuen Realität gewinnen können. In dem ersten Stadium jagte sie der Utopie einer Abrüstungskonvention nach, deren Bestimmungen Hitlerdeutschland auch gegen seinen Willen aufgezwungen werden sollten, obwohl es klar war, daß das faschistische Italien einer wirklichen Abrüstung nie seine Zustimmung geben und die Engländer von Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland ohne Unterschied der Parteien nichts wissen wollten. Seitdem ist ihre Politik recht unklar geworden. Sie hat das Bündnis mit Rußland nicht nur, sondern auch das mit Italien gebilligt, an deren militärischem Charakter kein Zweifel besteht. Sie hat aber gleichzeitig zunächst den Kampf gegen die Rüstungen Frankreichs und insbesondere gegen die zweijährige Dienstzeit fortgeführt. Auch diese Politik ist freilich zum Stillstand gekommen seit Stalin den kommunistischen Parteien den Kampf gegen die Rüstungen der Rußland verbündeten Staaten verboten hat. Und so hält sich augenblicklich die französische Partei, die einzige, die neben der Labour Party Einfluß auf das europäische Schicksal nehmen

kann, etwas abseits von der auswärtigen Politik. Auf ihrem letzten Parteitag in Mühlhausen wurde die auswärtige Politik nicht behandelt.

Muß das so bleiben, ist eine sozialistische Außenpolitik wirklich nicht möglich? Sie bleibt unmöglich, so lange die sozialistischen Parteien in England und Frankreich in der Tradition verharren und die Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen. Ist das Scheitern der Abrüstungspolitik wirklich, wie die Führer der Arbeiterpartei behaupten, die Schuld der englischen Regierung? Ist die Frage der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich heute wirklich ein Kernproblem der auswärtigen Politik? Oder ist es nicht vielleicht so, daß der Kriegswille des italienischen Faschismus und die militärische Macht des deutschen Nationalsozialismus Gefahren darstellen, die durch die schematische Anwendung antimilitaristischer und pazifistischer Rezepte nicht gebannt werden?

Eine positive Politik sozialistischer Parteien, die nicht den Problemen der Gegenwart sich entziehen wollen, indem sie romantischen Spekulationen über die Haltung im künftigen Kriege und dessen revolutionäre Folgen nachhängen, ist nur möglich, wenn sie sich von der Verfolgung solcher Ziele abwenden, die durch die historische Entwicklung sich als unerreichbar erwiesen haben. Wir haben gesehen, welches Verhängnis es gewesen ist, daß die englische Politik zu keiner Kooperation mit Frankreich gelangt ist. Soll sich dieses Verhängnis an den sozialistischen Parteien dieser beiden Länder wiederholen? Der Friede, aber auch die Zukunft der Arbeiterklasse, kann nur gerettet werden, wenn die beiden großen Demokratien, wenn England und Frankreich erhalten bleiben. Dies erfordert aber ihr Zusammenstehen in der schweren Krise, die die Siege der Faschismen herbeigeführt haben. Das Eintreten für eine solche Zusammenarbeit, welche die Labilität der außenpolitischen Verhältnisse mit einem Schlage beseitigen, die nach so viel furchtbaren Versäumnissen den Beginn einer neuen Politik der Friedenssicherung bedeuten könnte, das müßte heute Inhalt der Außenpolitik der Labour Party und des französischen Sozialismus sein.

Thomas More - ein sonderbarer Heiliger

Von **Karl Kautsky.**

Am 6. Juli dieses Jahres waren es vierhundert Jahre, daß der große utopistische Sozialist Thomas More starb, als Blutzeuge des Katholizismus. Sein König — Heinrich VII. — ließ ihn enthaupten, weil More es ablehnte, ihn an Stelle des Papstes als Haupt der englischen Kirche anzuerkennen. Darum wurde er am 19. Mai, vom Papste unter die Heiligen erhoben, nachdem er 1886 schon selig gesprochen worden.

Die katholische Geschichtsschreibung hat ihm bald nach seinem Tode ihr größtes Interesse zugewendet. Unzählige Biographien des Märtyrers More wurden geschrieben und gedruckt, von 1557 an bis in unsere Tage, aber fast alle von Theologen. Dagegen so viel ich weiß, nur eine einzige

von einem Sozialisten, die von mir verfaßte Arbeit: »Thomas More und seine Utopie«, die zuerst 1887 erschien. Und doch hat More für die Welt als Sozialist weit mehr Bedeutung gewonnen, wie als katholischer Märtyrer. Aber freilich seine Bedeutung als Sozialist konnte er erst erhalten, als sozialistisches Denken anfing, die Welt zu beschäftigen, also erst im 19. Jahrhundert. Seine Bedeutung als Märtyrer dagegen gewann er unmittelbar nach seinem Tode; und sie dauert seitdem fort, so lange die katholische Kirche die Gemüter großer Massen beherrscht.

Außerdem aber haben die Männer der Praxis, die »hommes d'action«, stets mehr zur Darstellung ihrer Persönlichkeit angeregt, als die Männer der Theorie, die Helden der Feder. More als Verfasser der »Utopia« hat daher lange Zeit weniger interessiert als durch seine kühne Ablehnung der Usurpation des britischen Tyrannen.

Mores Wirken (geboren 1478) fiel in die Zeit der englischen Reformation, die nicht vom Volke ausging, sondern von einem König, der nach absoluter Gewalt strebte. Diese trachtet More zu gewinnen, der als Rechtsanwalt unter den Kaufleuten der Londoner City sehr angesehen war. Heinrich VIII. preßte ihn förmlich in seinen Dienst, schließlich (1529) machte er ihn zum Lord-Kanzler. Gerade damals gerät der König in einen Konflikt mit dem Papst, der ihm nicht zu Willen war, und er beschließt, sich selbst in England an Stelle des Papstes zu setzen. Dem widersetzt sich More, was er auf dem Schafott büßen muß.

Mores Auftreten für die katholische Kirche war politischer nicht theologischer Art. Er kämpfte gegen den fürstlichen Despotismus, der zu seiner Zeit in England sich breit machte, er kämpfte dagegen, daß dieser sich des Herrschaftsapparates und der Reichtümer der Kirche bemächtige, um sie seinen Zwecken dienstbar zu machen. More wollte die Gewalt des Monarchen beschränken, fand aber im damaligen England keine Klasse, die das vermocht hätte.

So suchte er seine Zuflucht bei einer doktrinären Illusion, die er mit vielen Humanisten teilte. Die Fürsten sollten vom Papste geleitet werden, dieser aber unter dem Konzil stehen und letzteres wieder mit dem Geist des Humanismus erfüllt werden. Diese Lehre war sicher unvereinbar mit dem Absolutismus, den Heinrich VIII. anstrebte, nicht minder aber mit dem Absolutismus, den die Päpste für sich in Anspruch nahmen und gerade in der Zeit der Reformation für die katholischen Länder erreichten. Sie setzten es durch, daß der Papst in der Kirche höher steht, als ihr Parlament, die Kirchenversammlung. War More für seinen König ein Hochverräter, so für den Papst im Grunde ein Ketzer. Aber praktisch stellte sich in dem Konflikt zwischen König und Papst More auf Seite des letzteren.

Die Reformation trat in England auf als Bewegung zur Stärkung des Despotismus. Das war aber nicht die einzige Seite an ihr, die More abstoßen mußte. Sie wollte auch an Stelle einer internationalen Kirche eine beschränkt nationale setzen. More jedoch, als Humanist in engster geistiger Verbindung mit den größten Denkern der Christenheit, dachte völlig international.

Zu alldem kam, daß Heinrich VIII. die Kirchengüter an sich zog, nicht um sie Zwecken des allgemeinen Wohles zuzuführen, sondern sie an servile und charkaterlose Höflinge zu verschenken.

Dabei wurde Heinrich VIII. zu seiner Reformation zuerst veranlaßt durch seine Weibergeschichten, bei denen sich der Papst nicht so willfährig zeigte, als der König forderte. Ich sagte darüber in meinem Buch über More (6. Auflage, S. 197):

»Nirgends trat die Kirchenspaltung so offen, so schamlos als bloßes Ergebnis der Wollust, des Größenwahns und der Habsucht des Absolutismus auf wie in England. An den Dogmen, am Ritual, wurde nichts geändert, als daß an Stelle des Papstes der König trat. Daß sich More mit dieser Art Reformation nicht befreunden konnte, ist klar.«

Das besagt jedoch keineswegs, daß More ein fanatischer Verfechter aller katholischer Dogmen war. Er stand ihnen vielmehr als selbständiger und freimütiger Denker gegenüber. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß er erklärte, ein Konzil stehe über dem Papste. Noch 1532 schrieb er, daß ein solches Konzil den Papst ermahnen und strafen, ja, wenn er sich unverbesserlich zeige, schließlich absetzen könne.

Mores Witz macht weder vor Bischöfen und Päpsten, noch vor Beichte und Ablaß Halt.

Besonders bemerkenswert sind in dieser Beziehung die Ausführungen der »Utopia« über Ehe und Religion. More gestattet nicht bloß die Ehescheidung, sondern auch die Wiederverheiratung der Geschiedenen. Weiter heißt es:

»Ihre Priester heiraten die durch ihre Eigenschaften hervorragendsten Frauen des Landes; die Frauen selbst sind keineswegs vom Priestertum ausgeschlossen, werden indes selten dazu erwählt.«

Die Priester werden nämlich in Mores Idealstaat vom Volke in geheimer Abstimmung g e w ä h l t. Dabei aber besteht völlige Religionsfreiheit und in den Kirchen wird nichts gelehrt, »worin nicht alle Bekenntnisse übereinstimmen«.

Wie froh müßten wir sein, wenn diese Ideale unseres in der katholischen Kirche so angesehenen Heiligen in allen Ländern verwirklicht wären, in denen sie etwas zu sagen hat!

In dem Kanonisierungsprozeß, in dem die Würdigkeit eines zum Grade eines Heiligen vorgeschlagenen Kandidaten geprüft wird, hat ein »Advocatus diaboli«, ein Anwalt des Teufels, alle Bedenken vorzubringen, die gegen die Heiligkeit sprechen. Er wird im Falle More nicht wenige gefunden haben, auf die er hinweisen mußte, darunter auch auf dessen Ausführungen über Ehe und Religion in der »Utopia«. Was konnte man vorbringen, um das Gewicht dieser Ausführungen zu entkräften? Offenbar nur den alten Einwand, die »Utopia« stelle nichts vor, als eine müßige Phantasterei, das »phantastische Gedankenspiel einer verrauschenden Stunde«, wie sich Professor Alfred Stern ausdrückte*).

Nichts irriger, als diese Annahme. Mores »Utopia« entsprang eingehendem Studium und tiefstem Verständnis der ökonomischen Verhältnisse

---

*) »Die Sozialisten der Reformationszeit«, Berlin 1883, S. 13.

seiner Zeit, der Aera der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. In der Einleitung seiner »Utopia« beschreibt und kritisiert More sehr zutreffend die Erscheinungsformen dieses Stadiums in England. Es war die Zeit, in der in England und den Niederlanden die Wollindustrie sich rasch ausdehnte, was die Preise der Wolle in die Höhe trieb. Viele der großen, mächtigen Grundbesitzer sahen sich dadurch veranlaßt, Bauern die auf oder bei ihren Gütern wohnten, von ihren Heimstätten zu vertreiben und diese in Schafweiden zu verwandeln. Mit beißendem Hohn spricht darüber More in der »Utopia«:

»Die englischen Schafe, die sonst so sanft und genügsam waren, sind so gierige reißende Bestien geworden, daß sie selbst Menschen verschlingen und ganze Felder, Häuser und Gemeinden verzehren und entvölkern.«

Aus diesen und anderen Gründen vermehrt sich rapid die Zahl der Bettler und Verbrecher, indes gleichzeitig die Lebensmittel im Preise steigen, so daß auch die arbeitenden Menschen bedrängt werden. Vergebens sucht man den entsetzlichen Zuständen durch eine barbarische Justiz abzuhelfen. — Auch darüber höhnt More:

»Was tut ihr anderes, als zuerst Diebe züchten und sie nachher aufhängen.«

Auf Grund seiner ökonomischen Erkenntnisse kommt er zu dem Ergebnis, daß nur das Gemeineigentum imstande ist, den sozialen Uebeln abzuhelfen. Um dem Einwand zu begegnen, daß das Gemeineigentum praktisch unmöglich sei, gibt er eine Schilderung eines kommunistischen Gemeinwesens, die seine »Utopia« so berühmt gemacht hat. (Verfaßt 1526.)

Wohl beruft sich More zur Rechtfertigung seines Kommunismus auf Platos Buch vom Staat. Aber der platonische Kommunismus ist ganz anderer Art, als der Moresche. Plato forderte den Kommunismus bloß für den Kriegeradel, der seinen Idealstaat beherrschen soll. Für die arbeitenden Klassen, Bauern und Handwerker, soll das Privateigentum weiter bestehen. Der Kriegeradel selbst soll nichts produzieren. Sein Kommunismus soll nur einer der Genußmittel sein, nicht der Produktionsmittel.

Ganz anders ist der Moresche Staat organisiert. Alle Mitglieder des Gemeinwesens arbeiten in ihm und für sie alle besteht das Gemeineigentum, vor allem das an den Produktionsmitteln. Jeder betreibt Landwirtschaft und daneben ein Handwerk. Alle arbeiten nach einem Plan für das Gemeinwesen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 6 Stunden. Diese genügt, da niemand müßig geht, auch nicht die frommen Einsiedler. Die Frauen arbeiten ebenso wie die Männer, reiche oder adelige Müßiggänger gibt es ebensowenig wie Bettler. Keine Herstellung nutzlosen Tands, keine Vergeudung von Arbeit durch Planlosigkeit.

»Daher ist die kurze Arbeitszeit nicht nur genügend, sondern mehr als genug, um einen Ueberfluß an allen Sachen zu erzeugen, die des Lebens Notdurft und Annehmlichkeit erfordert.«

Zu dieser Ueberzeugung kam der ökonomisch geschulte More schon in einem Zeitalter, in dem die Maschine in der Industrie noch keine Rolle spielte. Er würde heute eine noch kürzere Arbeitszeit verlangen, um Arbeitsgelegenheit für alle zu schaffen.

Nicht eine müßige Phantasterei bedeutet Mores »Utopia«, sie ist das Ergebnis tiefgehender und origineller ökonomischer Erkenntnis der Bedürfnisse und Mittel seiner Zeit. Die »Utopia« stellt das erste, ökonomisch, nicht ethisch oder politisch begründete kommunistische System dar.

Dieses war für More nicht ein romantisches Scherzspiel, sondern eine sehr ernste Angelegenheit. Erasmus von Rotterdam, vertrauter Freund Mores wie Huttens, berichtet diesem über jenen:

»Die „Utopia" verfaßte More in der Absicht, zu zeigen, woran es liege, daß die Staaten in schlechtem Zustande seien, namentlich aber hatte er bei seiner Darstellung England vor Augen, das er gründlich durchforscht und kennen gelernt hatte.«

Auch sonst nahmen die Zeitgenossen die »Utopia« sehr ernst. Der französische Humanist Budäus (1467—1540) schrieb:

> »Wir sind Thomas More für seine »Utopia« zu großem Danke verpflichtet, in der er der Welt ein Muster von glücklichem Leben aufstellt. Unsere Zeit und unsere Nachkommen werden diese Darstellung als eine Schule trefflicher Lehren und nützlicher Unterweisungen betrachten, aus der die Staaten ihre Einrichtungen entnehmen und ihren Bedürfnissen gemäß anpassen werden.«

Wer aber soll es sein, der die Lehren der »Utopia« verwirklicht? Niemand anderer als ein Landesfürst. Das sagt uns More selbst. Er läßt den Kommunistenstaat dadurch entstehen, daß ein Fürst, Utopus mit Namen, das Land erobert und kommunistisch organisiert nach einem Plan, den er selbst erdacht hat.

Das schien zu Mores Zeiten keineswegs unmöglich zu sein. Der fürstliche Absolutismus, der an Stelle des feudalen Königtums treten sollte, war damals, in seinen Anfängen, ein revolutionäres Element gegenüber seinen Vorgängern. Noch hatte man nicht viel Erfahrungen mit ihm gemacht, noch besaß er keine Traditionen. Da durfte man ihm noch alles mögliche zutrauen, das Schlechteste, aber auch das Beste, je nach derArt, wie er informiert wurde.

Und welcher andere Weg blieb damals übrig, wollte man zum Kommunismus gelangen? Noch gab es keine Partei, keine Klasse, die für den Sozialismus eintreten konnte. Von den Landesfürsten schien der Charakter des Staates abzuhängen. Gelang es einen von ihnen zu kommunistischen Anschauungen zu bekehren, dann wurde ein kommunistisches Gemeinwesen möglich. Die Aussicht darauf war freilich sehr gering, More selbst zeigte sich darüber skeptisch. Aber kein anderer Weg schien gangbar.

In meinem Buch über More schrieb ich:

> »In den ganzen Ausführungen über Utopien ist bloß *ein* Element eine Phantasterei: Nicht das *Ziel*, das angestrebt werden, sondern die *Art und Weise* wie es *erreicht* werden sollte.« (S. 320.)

Dieses phantastische Element in der Moreschen »Utopia« führte ich auf die Unreife des Proletariats zurück, die zur Zeit ihrer Abfassung bestand. Ich schrieb das vor bald einem halben Jahrhundert (1887). Das Zeitalter der Unreife des Proletariats schien mir damals wenigstens für Westeuropa weit hinter uns zu liegen. Hatte doch schon zwei Jahrzehnte vorher Marx bei der Begründung der ersten Internationale erklärt, die Befreiung der Arbeiterklasse könne nur das Werk der Arbeiterklasse selbst

sein, und weitere zwei Jahrzehnte früher hatte er den gleichen Gedanken schon im kommunistischen Manifest dargelegt.

Und heute? Die Sozialisten von heute haben eine reiche Literatur in Händen, die der wissenschaftliche Sozialismus seit bald einem Jahrhundert geschaffen. Und doch gibt es wieder unter ihnen nicht wenige, denen gerade das, was ich 1887 als das offensichtlich phantastische in der »Utopia« erklärte, als das realistische Element in der sozialistischen Bewegung unserer Tage erscheint. Nur mit einem kleinen Unterschied. More sah in einem Landesfürsten die einzige Kraft den Kommunismus durchführen zu können — er hatte kein großes Zutrauen zu dieser Kraft aber er sah keine andere vor sich. Daß ein Landesfürst den Kommunismus durchführen werde, das glaubt heute niemand. Wohl aber glauben nicht wenige, daß einem Diktator dies gelingen könne, dem irgend ein Zufall den Staatsapparat in die Hände spiele, etwas Kriegsglück im Bürgerkrieg oder gar nur ausschweifende Versprechungen eines Zeitalters sofortigen ewigen Friedens, größter Freiheit, allgemeinen Wohlstandes und Frohsinns, das die Diktatur bringe. Und die Diktaturgläubigen von heute glauben nicht, wie More, mit zögerndem Zweifel, sondern mit vollster Zuversicht. Der Hinblick auf das riesige russische Sowjetreich verleiht ihnen den felsenfesten Glauben, daß das phatastische Element in der Moreschen »Utopia« ihr sicherstes sei.

Lenin soll verwirklicht haben, was der katholische Heilige ersehnte. Freilich war der Moresche Kommunismus ein höchst demokratischer, vollste Freiheit sollte in ihm herrschen. Die Funktionen der Behörden sollten neben dem Schlichten von Zwistigkeiten fast ausschließlich in der Regelung der Arbeit bestehen. Das sind die Funktionen der Leiter einer Produktivgenossenschaft.

Sollte sich eine Diktatur als Weg zu einem Kommunismus solcher Art herausstellen, dann hätten wir alle Ursache, in diesem Punkte Marx aufzugeben um zu More-Lenin zurückzukehren. Von Marx, der lehrte, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein könne, zu der Ansicht, die More vor 400 Jahren verfocht und die die Leninisten heute vertreten, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur kommen könne durch den kommunistisch aufgeklärten Absolutismus eines Landesfürsten oder eines Diktators.

Diese Wandlung im Denken entspräche dem Abstieg von einem Zustand, in dem ein unterrichtetes, organisiertes, diszipliniertes arbeitendes Proletariat sich immer weiter aufwärts ringt, zu einem Zustand in dem ein unwissendes organisationsloses und demütiges Proletariat stumpf und hoffnungslos dahinvegetiert und Hilfe nie von sich selbst, sondern nur durch ein Wunder oder einen Messias erwartet.

Sollte das wirklich das Ergebnis der sozialen Entwicklung sein? Zwischen More und uns liegt die ungeheure Tatsache der internationalen Arbeiterbewegung der letzten Jahrhunderte. Das größte Genie konnte sie nicht voraussehen. Es gehört aber eine eigenartige Geistesverfassung dazu, heute dafür blind zu sein.

Als Weiser des Wegs zum Kommunismus kann uns More nicht gelten.

Wohl aber als genialer Seher, dem es gelang, das sozialistische Ideal zur Befreiung der Menschheit unter Umständen zu entdecken und aufzustellen, unter denen es als eine der großartigsten Leistungen des menschlichen Denkens erscheint.

Und nicht nur als Denker imponiert uns More, sondern auch als Charakter. Gerade heute in den Tagen, in denen die »Gleichschaltung« sämtlicher menschlicher Individuen, ihre Einpressung in die Schablone ebenso gedankenloser wie skrupelloser Ignoranten als Gipfelpunkt des sozialen Ideals des 20. Jahrhunderts gepriesen wird, wollen wir uns auch erbauen an dem Anblick des unerschrockenen Widersachers blutiger Tyrannenmacht.

In diesem Sinne wollen wir internationale »materialistische« Sozialisten die Heiligsprechung Thomas Mores mit feiern.

Wandlungen der sowjetrussischen Außenpolitik

Von **Historikus.**

Im November 1919 schrieb Tschitscherin, der Volkskommissar Rußlands für auswärtige Angelegenheiten, eine Broschüre: »Zwei Jahre auswärtige Politik Sowjet-Rußlands«, die man heute mit merkwürdigen Gefühlen liest. Tschitscherin beschreibt die vollständige diplomatische Isolierung Rußlands in jener Zeit. Nachdem sowohl die Ententemächte als auch Deutschland die Beziehungen zur Sowjetmacht abgebrochen hatten, folgten alle übrigen mittleren und kleinen Staaten diesem Beispiel. Tschitscherin erzählt, daß schließlich nur noch das Dänische Rote Kreuz als ausländische Vertretung in Rußland zurückblieb, und auch diese Delegation reiste im Sommer 1919 ab. Auf der andern Seite hatte die Sowjet-Regierung die größten Schwierigkeiten, die Rückkehr ihrer ins Ausland geschickten diplomatischen Agenten zu erreichen, denn man pflegte damals solche Sendboten des Bolschewismus in Haft zu nehmen. So erging es u. a. dem »Genossen Litwinow« in England. Die Sowjet-Regierung mußte erst Repressalien anwenden und langwierige Verhandlungen führen, ehe sie ihre Agenten wieder frei bekam: »Am 11. Oktober endlich traf der Genosse Litwinow in Petrograd ein«, schreibt Tschitscherin erleichtert. Wer hätte damals gedacht, das derselbe Litwinow 16 Jahre später als Präsident des Völkerbundsrats an der Spitze der kapitalistischen Welt-Diplomatie stehen würde!

Der Ton jener Broschüre Tschitscherins entspricht der ersten heroischen Periode in der Geschichte der Sowjet-Regierung, die vom Siege der Oktober-Revolution 1917 bis zum 3. Weltkongreß der kommunistischen Internationale 1921 reicht. In diesen Jahren waren Bolschewismus und Weltrevolution identisch, hatten die russischen Machthaber nur das eine Ziel, den Sieg der kommunistischen Revolution in allen Ländern zu sichern,

wobei hier gar nicht untersucht werden soll, ob die russischen Methoden zur Erreichung dieses Zieles richtig waren oder nicht. Unter solchen Umständen vereinfachte sich Rußlands Außenpolitik außerordentlich. Man stand sämtlichen andern bürgerlichen Staaten der Welt als Feind gegenüber und appellierte an die Arbeiterschaft, um die kapitalistischen Regierungen zu überwinden. So schreibt Tschitscherin:

»Das Ringen zwischen der alten Welt und der Revolution hat die höchste Steigerung erreicht. Der Krieg zwischen uns und Denikin, Judenitsch und Koltschak bildet nur einen Teil des internationalen Bürgerkrieges, der immer greifbarere Gestalt annimmt...... Die Außenpolitik der Räte-Republik deckt sich immer mehr mit dem Weltringen zwischen der Revolution und der alten Welt.«

Drei Jahre später waren diese Töne verklungen. Lenin hatte seinen Frieden mit der russischen Bauernschaft gemacht, war bereit, in gewissen Grenzen wieder den Kapitalismus in Sowjet-Rußland zuzulassen. Er glaubte nicht mehr an einen schnellen Sieg der Weltrevolution, sondern begann sich auf eine isolierte Existenz Sowjet-Rußlands inmitten der kapitalistischen Welt einzurichten. So suchte die Sowjet-Regierung Frieden und Verständigung mit der Entente. Die englische Regierung unter Führung von Lloyd George schien bereit, auf die Anregungen der Russen einzugehen. Auf der großen internationalen Konferenz in Genua sollten sich 1922 zum ersten Male die Vertreter der Entente und Sowjet-Rußlands treffen.

Damals schrieb Karl Radek eine Broschüre: »Genua, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale«. Radek ist auch heute wieder ein maßgebender außenpolitischer Journalist Stalins. Radek ist so ziemlich der einzige von der alten bolschewistischen Garde der Prominenten, der heute noch etwas in Rußland bedeutet. Er dankt dies sowohl seiner ungewöhnlichen Sachkenntnis und literarischen Gewandtheit, als auch der ebenso ungewöhnlichen Wandelbarkeit und Biegsamkeit seines Charakters. Was Radek damals über eine Verständigung zwischen Rußland und der Entente schrieb, klingt auch heute sehr aktuell:

»Sowjet-Rußland kennt alle ihm drohenden Gefahren. Sowjet-Rußland geht nach Genua frei von allen Illusionen... Sowjet-Rußland, seine Regierung und seine Massen treiben eine kühle Realpolitik. Sie wissen, daß die kapitalistischen Regierungen zwar nicht imstande sind, die aus den Angeln gehobene Welt wieder einzurenken, daß sie jedoch existieren, und daß sie noch die Schicksale der Völker bestimmen. Die Sowjet-Regierung weiß, daß die erste Welle der Welt-Revolution vorüber ist, und sie weiß, daß die neue Welle erst langsam anwachsen wird. Die Sowjet-Regierung weiß, daß die russische Volkswirtschaft nicht wieder hergestellt werden kann ohne Hilfe der europäischen Volkswirtschaft. ..... Die Sowjet-Regierung weiß, daß die kapitalistische Welt gegründet ist auf Soll und Haben. Darum erklärt die Sowjet-Regierung: Wir brauchen das Weltkapital, und darum müssen wir ihm das geben, was das Ziel seiner wirtschaftlichen Tätigkeit ist, wir müssen ihm Profit geben.«

Obwohl die Sowjet-Regierung schon damals ehrlich bereit war, dem Weltkapital Profit zu geben, und obwohl sie ebenso entschlossen war, sich um die »radikalen Schreihälse« im eigenen Lager nicht zu kümmern — wie Radek in derselben Broschüre versichert — hatte die Konferenz von

Genua nicht das gewünschte Resultat. Die Einigung zwischen Sowjet-Rußland und der Entente gelang nicht. So mußte sich Rußland nach einer andern Stütze umsehen und fand sie in Deutschland, das damals ebenso unter dem Druck der Entente-Regierungen stand. An Stelle der erhofften Zusammenarbeit mit England und Frankreich brachte die Sowjet-Delegation von der Genua-Konferenz den Rapallo-Vertrag mit. Damit begann die Periode deutsch-russischer Freundschaft und Zusammenarbeit, die mit ganz geringen Trübungen und Störungen von 1922 bis 1933 ging. Da Rußland sich mit den Siegern von Versailles nicht einigen konnte, mußte es sich den Besiegten zuwenden. Die Sowjet-Regierung wurde der Rückhalt für alle Kräfte, die eine Revision der Friedensverträge verlangten. Das war die Grundlage für die Freundschaft der Sowjet-Regierung mit Deutschland und später auch mit dem faschistischen Italien, das gleichfalls die Resultate der Friedensverträge als unzulänglich ansah. Die Gegenspieler für diesen russisch-deutsch-italienischen Revisionsblock waren England und Frankreich und der von ihnen geführte Völkerbund. Zur selben Zeit blieben die Beziehungen der Sowjet-Regierung zu den Vereinigten Staaten — ohne Rücksicht auf die lange Jahre fehlende offizielle Anerkennung der Moskauer Regierung durch Washington — erträglich, und die japanische Gefahr war damals für Rußland noch nicht so ernst, wie sie sich später entwickelte.

Es ist notwendig, sich klarzumachen, daß 1922 und in den folgenden Jahren keine innere Notwendigkeit die Sowjet-Politik an die Seite Deutschlands und Italiens geführt hat, sondern man wollte urspünglich mit den Entente-Mächten zusammengehen und erst, als dies scheiterte, mußte man den entgegengesetzten Weg einschlagen.

Seit 1921 war die gesamte diplomatische Geschicklichkeit der maßgebenden Männer Rußlands nötig, um die Politik der Kommunistischen Internationale mit der veränderten Außenpolitik der Sowjetmacht in Einklang zu bringen. Den Kompromissen, die von der Sowjet-Regierung im eigenen Lande geschlossen wurden, entsprach von 1921—27 der gedämpfte Ton der kommunistischen Welt-Propaganda. Mit Hilfe der sogenannten Einheitsfront-Taktik sollten die kommunistischen Parteien, in Europa an die Sozialdemokratie und in Asien an die bürgerlichen Freiheitsbewegungen der unterdrückten Nationen, angehängt werden. Auf diese Weise hofften die Moskauer Machthaber auch ihre kommunistischen Parteien irgendwie in die bestehende kapitalistische Welt einfügen zu können. Es ist kein Zufall, daß die oben zitierte Broschüre Radeks vom Jahre 1922 die Konzessionen der Sowjet-Regierung an die Bauern und Kapitalisten im eigenen Land, die geplante Verständigung mit dem Weltkapital, und die kommunistische Einheitsfront-Taktik, durchaus als Glieder eines einheitlichen Ganzen auffaßt.

Indessen so friedlich die Dinge auf den Papierbogen der Radekschen Broschüre nebeneinander stehen, so hart stießen sie sich im wirklichen Raume der internationalen Politik. Vor allem der Weg der Einheitsfront-Taktik war mit Fallen und Hindernissen übersät. Es war hier nicht nur die rein taktische Schwierigkeit, daß die Sowjet-Regierung nirgends ein

gleiches Bündnis mit den Sozialdemokraten und den nationalen Bewegungen schließen wollte, sondern überall die Führung für sich beanspruchte. Viel wichtiger wurde ein tiefer innerer Widerspruch, der die ganze Einheitsfront-Taktik jener Jahre beherrschte.

Wenn auch die sozialdemokratische Taktik von 1917—21 ganz anders gewesen war, als die kommunistische, so setzten sich doch in allen Ländern die sozialistischen Parteien aus klassenbewußten Arbeitern zusammen, die den Willen hatten, gegen den Kapitalismus zu kämpfen, nur eben mit andern Methoden, als wie Moskau sie bisher empfohlen hatte. Wenn daher die Russen ihren Anhängern im Ausland die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten empfahlen, so wirkte dies zwar für den Augenblick in Ländern mit besonders zugespitzter revolutionärer Situation, wie Deutschland und Italien, abschwächend. Auf die Dauer mußte aber eine wirklich kämpfende Einheitsfront des Proletariats die Stoßkraft der Arbeiterklasse vermehren und dementsprechend die bürgerlichen Regierungen in Gefahr bringen. Wenn dann das herrschende Bürgertum dem Ansturm einer geeinten Arbeiterklasse ausgesetzt war, und es zugleich von den Moskauer Einheitsfront-Parolen hörte, sah es wieder in Sowjet-Rußland seinen Feind. Dann waren alle Manöver umsonst, und die russische Regierung war diplomatisch in der gleichen Sackgasse wie 1919.

Für eine solche Entwicklung lieferten die englisch-russischen Beziehungen seit 1924 das Musterbeispiel. Die englisch-russische Verständigung war zwar 1922 in Genua nicht gelungen, aber die staatspolitischen Interessen beider Länder verlangten in keiner Weise die unerhörte Zuspitzung der Beziehungen zwischen Moskau und London, wie sie im Zeichen der Einheitsfront-Taktik erfolgte. Zur praktischen Durchführung der Einheitsfront propagierten die Russen in diesen Jahren die internationale Gewerkschaftseinheit. So entstand die Freundschaft zwischen der Sowjet-Regierung und den englischen Gewerkschaften, die sich weiter auf die englische Arbeiterpartei übertrug. Zur selben Zeit machte die asiatische Form der Einheitsfront die russische Regierung zur Verbündeten aller nationalen Freiheitsbewegungen im Osten. So sah das englische Bürgertum seine Machtstellung daheim und in Asien gleichmäßig gefährdet, und so gut hinter der englischen Arbeiterpartei wie hinter der chinesischen Revolution glaubte man den russischen Anstifter zu erblicken. Der Kampf gegen die englischen Konservativen als die Repräsentanten der bürgerlich-englischen Weltstellung, war der wesentliche Inhalt der russischen Außenpolitik von 1924 –27.

Ende 1927 bereitete Stalin in der russischen Innenpolitik die große Wendung vor, die zunächst wie eine Radikalisierung aussah: Kampf gegen die Großbauern und gegen die privatkapitalistischen Elemente im Lande und zugleich Stärkung der industriellen und proletarischen Tendenz mit allen Mitteln. Zur selben Zeit verzichtete Stalin auf dem internationalen Gebiet auf die Einheitsfront-Taktik, deren Widersprüche sich immer peinlicher bemerkbar gemacht hatten. Man hätte denken können, daß nun auch ein neuer revolutionärer Kurs in der russischen Außenpolitik und in der 3. Internationale begonnen hätte. Aber nichts dergleichen geschah.

Zwar lösten sich jetzt die kommunistischen Parteien wieder von den Sozialisten, von den sozialistischen Gewerkschaften und von den bürgerlich-nationalen Freiheitsbewegungen ab. Aber der neue kommunistische Wort-Radikalismus war völlig ungefährlich, neue revolutionäre Taten blieben aus, und bald waren die Beziehungen Stalins zu den kapitalistischen Großmächten besser als jemals zuvor.

Die Innen- und die Außenpolitik eines jeden Landes sind eine untrennbare Einheit. Denn beides entspringt gleichmäßig aus den Klassenbedürfnissen der herrschenden Schicht. Es sind zwar kleine, vorübergehende, scheinbare Widersprüche zwischen dem innerpolitischen und dem außenpolitischen Kurs eines Landes denkbar, aber im großen muß die Linie dieselbe sein. Ein Land kann nicht gleichzeitig z. B. sozialistische Außenpolitik und kapitalistische Innenpolitik machen, oder umgekehrt. Stalins Wendung seit Ende 1927 ging in Wirklichkeit auch gar nicht nach »links«, wenn man unter Linkskurs den Weg zum proletarischen Sozialismus versteht. Denn Stalins Politik während des ersten und zweiten Fünfjahresplans brachte zwar für Rußland ungeheure technische Fortschritte, aber machtpolitisch diente dies alles nur den Interessen der herrschenden, allmächtigen, außerordentlich zahlreichen und verzweigten Bürokratie, die im heutigen Rußland den Bourgeoisie-Ersatz darstellt. Die Vermehrung der Zahl und des spezifischen Gewichts der Industriearbeiterschaft wird zwar für künftige Klassenkämpfe von Bedeutung sein. Für die Gegenwart war damit eine politische Stärkung des proletarischen Sozialismus nicht verbunden. Infolgedessen konnte das bürokratische und staatskapitalistische Rußland Stalins auch keine proletarische und sozialistische Außenpolitik treiben.

Der Verzicht auf die Einheitsfront hat sofort das Verhältnis Rußlands zu England von seiner wesentlichen Belastung befreit. Jetzt war Moskau für die Aktionen der englischen Arbeiterpartei, der englischen Gewerkschaften und ebenso für die Taten der Regierungen in China, Persien usw. nicht mehr verantwortlich. Es fiel also jeder Grund für das englische Bürgertum weg, gerade in Rußland seinen Hauptfeind zu sehen. Ebenso besserten sich seit 1928 ständig die Beziehungen der Sowjet-Union zu Frankreich und Amerika. Dennoch blieb die Moskauer Diplomatie im großen bei ihrer alten Richtung, nämlich die Sache der besiegten und revisionsbedürftigen Staaten zu fördern. Ende 1927 war eine sowjetrussische Delegation auf der internationalen Abrüstungskonferenz in Genf erschienen, und es zeigte sich dort eine rührende Einmütigkeit zwischen den Russen und den Vertretern des kapitalistischen Deutschland.

Auf dem 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands im Dezember 1927 kündigte Stalin seine sogenannte Linksschwenkung in der Innenpolitik an. Auf demselben Parteitag berichtete Litwinow über die Arbeit der Sowjet-Delegation in Genf. Litwinow sagte u. a.:

»Die deutsche Delegation unterstützte im ganzen unsere Resolution und schlug nur einige unbedeutende Abänderungen vor. . . . . . Ich muß bemerken, daß die deutsche Delegation wie in diesem so auch in einigen anderen Fällen, eine Strecke Weges mit uns ging. Aus Gründen, die sich von den unseren unterscheiden, ist die deutsche Delegation gleichfalls an der raschen

Entscheidung der Abrüstungsfrage interessiert. Durch den Vertrag von Versailles entwaffnet, begründet Deutschland seine Forderung nach der Abrüstung der anderen Staaten mit einem der Artikel des Statuts des Völkerbundes. Im Falle der Nichterfüllung dieses Artikels kann für Deutschland das Recht erstehen, für sich selbst die Aufrüstung zu beanspruchen. Die deutsche Delegation war mit uns bemüht, zwecks Beschleunigung der Arbeiten der Vorbereitenden Kommission eine Trennung zwischen der Vorbereitenden Abrüstungskommission und dem Sicherheits-Komitee zu erreichen. Doch gebunden durch die Bestimmungen des Völkerbundes, dessen Mitglied Deutschland ist, konnte es natürlich seine Forderung nicht bis zum Ende mit solcher Beharrlichkeit vertreten, wie die Sowjet-Delegation.«

Aus diesen Sätzen Litwinows hört man geradezu das Mitleid mit der armen deutschen Reichswehr heraus, die damals, durch das Völkerbundsstatut gebunden, ihre Forderungen nicht so offen vertreten konnte. Dafür war aber der große Bruder aus dem Osten da, der dem Völkerbund angehörte, und um so kühner reden durfte. Wie hat sich das alles geändert! Jetzt ist Deutschland aus dem Völkerbund verschwunden, und Litwinow sitzt darin. Die Sowjetregierung ist der schärfste Gegner der deutschen Aufrüstung und verteidigt das System der Friedensverträge. Die eine wie die andere Politik war für die Sowjet-Regierung das Resultat nüchterner Erwägungen staatspolitischer Art, so wie jede kluge kapitalistische Regierung ihre Außenpolitik treibt. Die Sowjet-Regierung hatte sich an die Tradition von Rapallo gewöhnt, und sie wollte den erprobten und zuverlässigen deutschen Freund nicht gern aufgeben, obwohl sie seit 1928 daneben auch ihre Beziehungen zu den früheren Ententemächten besserte.

Man darf auch nicht vergessen, daß 1933 nicht die Sowjet-Regierung mit Hitler gebrochen hat, sondern umgekehrt, die Nationalsozialisten haben mutwillig die deutsch-russische Freundschaft zerrissen, weil sie aus innerpolitischen Gründen den Popanz des Antibolschewismus brauchen. Ebenfalls aus innerpolitischen Gründen, um die soziale Hochspannung im eigenen Lande abzulenken, hat die herrschende Klasse J a p a n s in den letzten Jahren den Weg außenpolitischer Abenteuer betreten. So sah sich die Sowjetregierung von zwei Seiten ernstlich gefährdet. Stalin und die Sowjet-Diplomaten haben außerordentlich geschickt und erfolgreich die Gefahr, die ihnen von Deutschland und von Japan drohte, pariert. Rußland sprang ohne Bedenken in den Völkerbund hinein, den diese seine beiden Feinde verlassen hatten. Stalin erneuerte das Bündnis mit der bürgerlichen französischen Republik, das Zar Alexander II. erfolgreich begründet hatte, und als Minister Eden als Vertreter der englischen Regierung in Rußland eintraf, wurde er dort ebenso korrekt und herzlich empfangen, wie vor Hundertundneun Jahren auf einer ähnlichen Mission der Herzog von Wellington vom Zaren Nikolaus I.

Die neugewonnene Freundschaft der Westmächte bietet der Sowjet-Diplomatie einen überreichlichen Ersatz für den Verlust der deutschen Stütze, und in Ostasien war bis jetzt die Interessengemeinschaft Rußlands mit England und Amerika ein festes Bollwerk gegen japanische Abenteuer. Alle diese Erfolge konnte die Sowjetregierung nur erzielen, weil sie seit 1928 in ihren Manövern durch die Arbeiterbewegung und durch irgendwelche internationale proletarische Rücksichten nicht mehr behindert ist.

Die Zeit des revolutionären Kommunismus ist längst vorüber, seit 1928 machte man auch keine Einheitsfront mehr, und die Reste der kommunistischen Internationale waren in keinem Lande so wesentlich, daß irgendeine außenpolitische Entscheidung von ihnen im Guten oder Schlimmen beeinflußt wurde. Denn Hitlers angebliche Angst vor der kommunistischen Gefahr ist reine Komödie.

Ungefähr seit dem Jahreswechsel scheint jedoch Stalin schon wieder eine Wendung in der russischen Innenpolitik einzuleiten, zwar nicht eine Wendung in den politischen Machtverhältnissen, aber doch in den taktischen Formen, deren sich die Machthaber bedienen. Alles weist in dieselbe Richtung: Sinowjew und Kamenjew im Gefängnis, der »Verband der alten Bolschewiki« von Stalin aufgelöst, die Bauern im Wahlrecht den Arbeitern gleichgestellt, Ankündigung einer erweiterten, »demokratischen« Selbstverwaltung vor allem auf dem Lande: offenkundig soll der Kurs des Staatsschiffes wieder auf die Agrarier genommen und den Arbeitern nicht einmal mehr in der amtlichen Phraseologie geschmeichelt werden. Wenn aber die gesamte Sowjet-Propaganda von Dur auf Moll übergeht, dann darf auch die Kommunistische Internationale nicht mehr so radikal reden, sondern sie soll wieder Einheitsfront machen. Wenn man die Erfahrungen von 1924 auf die Gegenwart anwenden wollte, dann müßte die allerneueste kommunistische Einheitsfronttaktik der Sowjet-Diplomatie wieder schädlich sein. Aber eine wirkliche Taktik der Gefahr wird doch diesmal dem russischen Außen-Ministerium aus dieser Quelle nicht entspringen. Denn 1924 war die Kommunistische Internationale trotz allem noch eine Macht, 1935 ist sie ein trauriger Schatten und wo jemals eine einheitliche Arbeiterpolitik die russischen Staatsinteressen durchkreuzen könnte, wie z. B. in Frankreich, da ist Stalin heute entschlossen, sich um die ausländischen Arbeiter gar nicht zu kümmern.

Die russische staatssozialistische oder staatskapitalistische Regierung — es bleibt sich sachlich gleich, welches der beiden Worte man anwenden will — hat in den letzten Jahren im Wirtschaftsaufbau wie in der Diplomatie hervorragende Erfolge erzielt. Aber die Geschichte der sowjetrussischen Beziehungen zur internationalen Arbeiterbewegung ist seit 1921 ein trostloses Kapitel. Es wäre wirklich Zeit, daß die Sowjetregierung in allen internationalen Beziehungen als das auftritt, was sie wirklich ist, und daß sie aufhört, noch bei gewissen Gelegenheiten die vergilbte kommunistische Visitenkarte abzugeben. Denn das ist, je nachdem wie man es auffassen will: Hochstapelei oder Tiefstapelei.

Die Krise der Staatskonjunktur

Von **Ottokar Puls.**

I.

Die Schattenseiten des Schachtschen Industrialisierungskurses werden jetzt auch an der Oberfläche deutlich, Die Einheitlichkeit und »Planmäßigkeit« der Wirtschaftsführung ist eine Täuschung, auf die sentimen-

tale Messebesucher und die Metaphysiker des neukapitalistischen »Konstruktivismus« hereinfallen. Die Tatsachen hingegen zeigen, daß zum mindesten zwei klassische Gefahrenpunkte der Rüstungskonjunktur erreicht worden sind: der sich immer erweiternde Widerspruch zwischen dem Tempo der Herstellung von Produktions- und Verbrauchsgütern; und das Mißverhältnis im Außenhandel. Wir werden auf den zweiten Tatbestand zurückkommen. Was den ersten betrifft, so sind die Stockungen und »Absatzpausen« in der Konsumtionsmittelindustrie von der gleichgeschalteten Presse alarmierend bestätigt worden. Der Optimismus der Unternehmer aus der ersten Etappe der Masseneinkleidungen, und der zweiten Etappe, der »Hamstererpsychose«, entsprang der kindlichen Vorstellung, daß die Wunderwirksamkeit der staatlichen Wirtschaftstaktik ständig weitergehen könne. Fehldispositionen, Lagerüberfüllungen in diesen Zweigen der Industrie stehen Rohstoffmangel, Kurzarbeit in anderen Zweigen gegenüber. Nur der wahrhaft gleichgeschaltete Wirtschaftssektor wird durch solche Krisensymptome nicht berührt: die Rüstungsindustrie ist immer noch auftragsgesättigt. Das Verhalten der großen Konzerne deutet aber darauf hin, daß man sich in diesen Kreisen über die Dauerhaftigkeit und Solidität der Konjunktur keine großen Illusionen macht.

In jenen Industrien nämlich, in denen infolge der staatlichen Investitionstätigkeit erhöhte Gewinnspannen zu verzeichnen sind, wird das akkumulierte Kapital ebensowenig in die Betriebe hineingesteckt wie in den benachteiligten Industrien, in denen eine Akkumulation kaum noch stattfindet. Diese eigenartige Erscheinung kann man als »Investitionsstreik des prosperierenden Kapitals« bezeichnen. Die ausgewiesenen Gewinne erscheinen als »Rücklagen«, »Reservefonds« usw., also als unkontrollierbare Positionen in den Bilanzen. Die »Frankfurter Zeitung« hob jüngst diese Tatsache erneut hervor und deutete sie dahin, daß die Unternehmungen wieder zur »Selbstfinanzierung« schreiten, fügte aber hinzu:

> »Schon vor Jahren sind an dieser Stelle immer wieder die Gefahren übertriebener Selbstfinanzierung und Ansammlung stiller Rücklagen beleuchtet worden; die Beschränkung der öffentlichen Kontrolle von Erträgen und Investitionen, die sich daraus ergibt, führt leicht zu Bequemlichkeiten oder gar zu groben Dispositionsfehlern — so argumentierten wir damals, und die Krise hat diese Warnungen nur allzu deutlich gerechtfertigt, nicht allein in den krassen Fällen wie Favag und Nordwolle, sondern auch in vielen anderen.«

In der Tat ist der Anreiz zu Bilanzverschleierungen heute ungleich größer als je zuvor und das industrielle Spekulantentum spielt heute gewiß keine geringere Rolle als zu den Zeiten der offenen Inflation.

Die widerspruchsvollen Erscheinungen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik lassen sich allerdings nicht restlos mit dem geistigen Handwerkszeug der volkswirtschaftlichen Theorie erklären. Auch außerhalb Deutschlands werden staatliche Gelder für Rüstungen ausgeworfen und die unterschiedliche Entwicklung von Produktions- und Verbrauchs-

gütern ist eine allgemeine Erscheinung im Kapitalismus. Innerhalb der Hitlerdiktatur erhalten diese Zusammenhänge dadurch ihr besonderes Gewicht, daß der weltwirtschaftlichen Empfindlichkeit der deutschen kapitalistischen Wirtschaft der monopolistische Anspruch des neudeutschen Imperialismus schroff gegenübersteht. Eine Wirtschaft, die technisch und ökonomisch auf die Werterhöhung eingeführter Rohstoffe durch Fertigwarenproduktion ausgerichtet ist, wird zur Umstellung ihres Apparats auf reine Rüstungsproduktion und zur Finanzierung von Ersatzstoffen gezwungen; eine Wirtschaft, die mehr als jede andere darauf angewiesen ist, ihr akkumuliertes Kapital zur technischen Verbesserung der Produktionsmethoden aufzuwenden, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, wird durch Militarisierung zur technischen Stagnation verurteilt, vom Weltmarkt abgedrängt und bis auf ihre Substanzen für Rüstungszwecke ausgepumpt.

Der grundlegende Sachverhalt wurde von dem Organ der entwicklungsfähigen Teile des deutschen Kapitalismus, der »Frankfurter Zeitung«, schon in ihrem Rückblick auf 1934 ausgesprochen. Sie schrieb:

»Natürlich ist nicht nur für den Staat produziert worden, aber die Ausweitungen des Güterkreislaufes gingen — mit wenigen Ausnahmen — auf ihn zurück, auf seine Bestellungen und die Herstellung der dafür notwendigen Produktionsmittel oder auf die von seiner Anregung und Hilfe getragene Verstärkung der motorischen Verkehrsmittel und der heimischen Rohstofferzeugung.«

Im Zusammenhang mit den wachsenden Spannungen zwischen Investitions- und Verbrauchsgüter-Erzeugung wird dann festgestellt, daß die »Führung nicht bei denjenigen Anlagegütern lag, die selber wieder der Produktion dienen (wie Maschinen), sondern bei solchen, die dem langfristigen Verbrauch gewidmet sind (wie Personen-Kraftwagen).« Die »F. Z.« versucht hier zu vertuschen, daß der größte Teil der hergestellten Waren tatsächlich niemals in den Güterkreislauf einmünden, sondern nur im Fall des Krieges oder der Blockade zur Verwendung kommen. Immerhin wird auch aus ihrer Darstellung klar, daß die staatlichen Investitionen nicht kapitalbildend wirken, sondern dem zur Verfügung stehenden Kapitalvolumen entzogen werden müssen. »Wie lange sie (diese Investitionen) produktionsausweitend wirken, hängt also weitgehend davon ab, wie lange der Staat seine Investitionstätigkeit fortsetzt.« Diese Erkenntnis ist von fundamentaler Bedeutung, denn sie lehrt, daß diese Art von »Produktionsausweitung« die Kapitalkraft des Landes erschöpft, daß die Bewegung der Wirtschaft auf diesen Erschöpfungszustand hin geradezu das Wesen der staatlichen Investitionskonjunktur ausmacht. Die »F. Z.« deutet weitere Konsequenzen nur an, wenn sie schreibt:

»Der konjunkturpolitische Erfolg öffentlicher Aufträge (lies: Rüstungsaufträge) hängt davon ab, daß sie nicht mit Mitteln finanziert werden, die sonst anderswo angelegt worden wären und nun vom Staat — sei es durch Steuern oder durch Anleihen — in Anspruch genommen werden; in diesem Falle kann man annehmen, daß die anregende Wirkung rentabler privat-

wirtschaftlicher Investitionen größer wäre als die der staatlichen Aufträge. Anders ist es, wenn der Staat der Wirtschaft Geldquellen erschließt, die ohne ihn nicht fließen würden: sei es, daß er Anleihen aufnimmt bei Kapitalbesitzern, die das Risiko einer industriellen Kapitalanlage ohne Staatsgarantie weder unmittelbar noch mittelbar auf sich nehmen wollen, oder sei es, daß ihm die Notenbank zusätzlichen Kredit zur Verfügung stellt, was freilich der Wirtschaft nur dann auf die Dauer gut bekommt, wenn die durch die Rücksicht auf die Stabilität des Geldwertes gezogenen Grenzen eingehalten werden.«

Abgesehen von den »durch die Stabilität des Geldwerts gezogenen Grenzen«, die durch Manipulationen verwischt werden können, ist die Formulierungskunst der »F. Z.« hier freilich am Kern des Problems vorübergegangen. Es handelt sich nicht um die Freisetzung sonst brachliegender Gelder für den Staatsbedarf, sondern um die Enteignung breiter Sparerschichten, die von einer Anlage in die andere flüchten, um dem staatlichen Zugriff auszuweichen. Das gelingt ihnen nicht. Aber selbst ihre restlose Expropriation würde ja keine Lösung des staatlichen Finanzdilemmas bedeuten, sondern nur die absolute Grenze der Kapitalmobilisierung für die Zwecke des »unsichtbaren Haushalts« stärker hervortreten lassen.

II.

In einer großen Rede auf der Leipziger Messe hat Schacht den fehlerhaften Kreislauf seiner Argumentation selbst beschrieben: Er begann mit der Proklamierung der übermenschlichen Willensfreiheit des Nationalsozialismus, die ihre Begrenzung lediglich in der Gebundenheit und Engstirnigkeit des außerdeutschen Willens findet. Im zweiten Teil seiner Rede polemisierte er dann aber gegen die »Vernachlässigung« des Exportgeschäfts durch den deutschen Exporteur und nahm damit das Gerede von den »Stubenhockern« und den »Etappenhengsten der Wirtschaft« wieder auf. Er endete mit der Proklamierung der verschärften Wirtschaftsdiktatur, mit der Ankündigung von Zwangsgemeinschaften der Exportindustrie zur Finanzierung der Ausfuhrverluste, kurz: mit dem Eingeständnis, daß die Diktatur ihre Willensbegrenzung nicht erst außerhalb ihrer nationalen Grenzen, sondern bereits innerhalb der Grenzpfähle findet. Damit reduzieren sich die »äußeren Schwierigkeiten«, auf die man alle Unannehmlichkeiten und Ungereimtheiten abzuwälzen gezwungen ist, auf elementare Gegensätzlichkeiten im Innern.

Von dem reinen Machtstandpunkt der diktatorischen Bürokratie mag es allerdings nur »äußere« Schwierigkeiten geben, denn ihr erscheint die gesellschaftliche Wirklichkeit nur als Objekt ihrer selbstherrlichen Verfügungsgewalt. Deshalb meint sie das Problem dadurch erschöpfend zu lösen, daß sie auf rein bürokratischem Wege die Weiterführung der Rüstungseinfuhren sicherstellt. Diese Sicherstellung ist aber auf die Dauer nur durch vermehrte Exporte zu erreichen, denn die raffinierteste Erschleichung offener und getarnter Kredite läßt sich nur so lange aufrechterhalten, bis der Partner auf die Schliche kommt. Die Erhöhung

der Exportquote soll durch das organisierte Dumping erzielt werden. Die »Ausgleichskassen«, die in manchen Industrien schon existieren, werden für die Gesamtindustrie ausgebaut und durch Zwangsabgaben aus allen Industriezweigen gespeist werden. 2 bis 6 v. H. des Umsatzes der Industrie sollen an diese Kassen fließen. Als Beträge, die auf diese Weise zur Ermöglichung der verlustreichen Dumpingexporte hereinkommen, werden zwischen 700 und 1000 Millionen angegeben. Die Ermächtigungsgarantie für den Finanzminister zum Exportzuschuß ist in diesem Jahr von 100 auf 200 Millionen erhöht worden. (Dieser Zahl kommt freilich, wie jeder in diesem sich selbst karikierenden »Voranschlag«, nur eine gleichsam symbolische Bedeutung zu.) Die Exportkampagne wird also nach allen Regeln der Kunst in Angriff genommen.

Es gibt Dumpings, die zum Erfolg führen. Die Voraussetzung dazu ist aber ein durchaus exportfreundlicher Gesamtkurs in der Wirtschaft, in dem das Dumping nur ergänzend wirksam wird. Ganz abgesehen davon, ob beim heutigen Zustand des Weltmarkts ein so großes Dumpingverfahren, wie es von Hitlerdeutschland geplant und teilweise schon praktiziert wird, überhaupt in größerem Ausmaß durchgeführt werden kann, muß aber vor allem die innere Schwäche des deutschen Ausfuhrgeschäfts berücksichtigt werden. Denn nicht nur in seiner ideologischen Haltung, auch in seiner ganzen Wirtschaftspraxis ist der diktatorische Wirtschaftsapparat exportfeindlich. Versuchen wir einige gravierende Tendenzen der exporthemmenden Wirtschaftspolitik zusammen zu fassen:

1. Die eingeführten Rohstoffe werden zugeteilt. Bestimmte Kategorien von Rohstoffen werden begünstigt, andere vernachlässigt. Devisenzuteilung und Einfuhrgenehmigung erfolgen auf bürokratischem Wege. Dadurch geraten organisatorisch und machtpolitisch starke Gruppen der Industrie in einen Vorteil gegenüber schwächeren Gruppen.

2. Die Rohstoffzuteilung geschieht vornehmlich nach dem Gesichtspunkt der Bedarfsbefriedigung der Unternehmungen der Rüstungsindustrien (Großeisenindustrie, Kraftfahrzeugindustrie usw.). Diese Unternehmungen sind, so lange sie im staatlichen Auftrag arbeiten, erst in zweiter Linie exportorientiert. Die eigentlichen Exportindustrien müssen für die benötigten Rohstoffe Kompensationsprämien und Ueberpreise auf dem Weltmarkt zahlen.

3. Zur Verteuerung der Exportprodukte trägt ferner die Senkung der Arbeitsproduktivität bei, die sich infolge der Veraltung der Maschinerie und der Ueberlastung der Betriebe mit der Aufnahme von Arbeitskräften über ihr Fassungsvermögen hinaus eingestellt hat. Zweifellos spielt hier auch das Nachlassen der Arbeitsdisziplin eine Rolle, das verursacht ist in den vielfältigen Experimenten zur Umwandlung der freien Lohnarbeit in militärische Zwangsarbeit. Aber auch der Facharbeitermangel und die durch die »Arbeitsbeschaffung« eingeleitete Ueberflutung der Betriebe mit minderqualifizierten Arbeitskräften wirkt sich hier aus.

4. Der Zwang zur Verwendung von Ersatzstoffen ist ein weiter verteuernder Faktor.

5. Die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Exporteurs wird weiterhin schwer beeinträchtigt durch die Verbarrikadierung des Kapitalmarkts und seine monopolistische Beherrschung durch den Staat. Neuemissionen aus privatwirtschaftlichem Antrieb finden kaum noch statt. Im Gegensatz zum schwerkapitalistischen Unternehmen gründet sich der typische Exportbetrieb weder auf Familieneigentum noch auf Zusammenballung gewaltiger Kapitalteile in wenigen Händen. Der Exporteur ist bei seinem Kapitalbedarf auf den Markt angewiesen. Er darf aber nur mit staatlicher Genehmigung neue Aktien ausgeben, und der Aktionär wird von der Aktie auf den staatlichen Rentenmarkt abgedrängt. Der ungeheure Kapitalbedarf des Staates führt so zur technischen Stagnation vieler Verarbeitungsbetriebe gerade in den Branchen, die die hochqualifizierten Exportprodukte liefern.

6. Die unter dem Zwang der katastrophalen Passivität in Uebersee vollzogene »Umschichtung« des Außenhandels besteht darin, daß früher aus Uebersee bezogene Rohstoffe jetzt aus Europa bezogen werden. Hier müssen aber höhere Preise bezahlt werden. Ferner kommen die Rohstoffe nicht im unverarbeiteten Zustand wie aus Uebersee, sondern in überarbeiteter und teilweise schon verarbeiteter Form. Das bedeutet einerseits eine weitere Verteuerung der Fertigprodukte, andererseits die Verurteilung großer Teile des industriellen Apparats zum Leerlauf.

7. Der Versand der Produkte ist zu einer bürokratischen Geheimwissenschaft geworden. Nicht nur der dafür geschaffene bürokratische Apparat verschlingt Summen, die zu Lasten der Exportindustrie gehen, sondern die Industrie selbst ist gezwungen, einen erhöhten Aufwand für die bürokratischen Zwecke zu treiben.

8. Nach wie vor gehen schwere Hemmnisse von den an der Autarkie interessierten Schichten der Agrarier und der Schwerindustrie aus. Nach wie vor wird die »Nahrungsfreiheit« angestrebt, was den Handelsverkehr mit den europäischen Agrarländern lähmt.

Der strukturellen Exportfeindlichkeit steht der Schrei nach Exportförderung durch Dumping beziehungslos gegenüber. Die Machtsteigerung der von der Staatskonjunktur profitierenden Industrien wird durch das scheinbar exportfördernde Dumping nur bestätigt, indem die Gesamtindustrie zu Abgaben gezwungen wird, die den besonderen Ausfuhrinteressen der Großkonzerne zugute kommen. Während die Exportunternehmungen fast durchsweg über Geschäftsstockung klagen, konnten in der unter Fritz Thyssens Leitung Ende März tagenden Generalversammlung des Stahlvereins Ausfuhrerfolge konstatiert werden. Die Energien der Bürokratie wirken sich automatisch immer in der gleichen Richtung aus.

Trotz aller bürokratischen Bemühungen ist die Regulierung des Warenverkehrs mit dem Auslande nicht gelungen. Zwar gibt es den »Neuen Plan«, jenes lückenlos erscheinende Einfuhrmonopol, das dem Staat eine genaue Kontrolle der Einfuhr ermöglichen soll. Schacht kennzeichnete in seiner Leipziger Rede das Wesen dieses Plans selbst damit: »nicht mehr kaufen, als bezahlt werden kann . . .« und er ruft triumphie-

rend aus: »Wie Sie sehen, haben wir den Plan durchgeführt und sind nicht zusammengebrochen.« Im nächsten Augenblick aber muß er zugeben, daß Waren »in nicht unbeträchtlichem Umfang« ohne die Kontrollvorschriften der Devisengenehmigung und Einfuhrüberwachung nach Deutschland gelangt sind. Und er muß ferner zugestehen, daß neben diesem mysteriösen Warenverkehr — dem ja durch die Kompensationsgeschäftspraxis systematisch Vorschub geleistet wird — eine legale Neuverschuldung »von über einer halben Milliarde« auf den Verrechnungskonten entstanden ist — ein Defizit, das sich in den letzten Monaten nicht unwesentlich vergrößert hat. Es spielt keine Rolle, ob in einem Monat das Gleichgewicht wieder einmal erreicht oder sogar ein Ueberschuß erzielt wird. Die sprunghafte Veränderung der Bilanz zeigt höchstens die Unsicherheit dieser Art von Wirtschaftsführung, zielt aber keineswegs auf eine wirkliche Bereinigung der Mißverhältnisse, die im Wesen der Diktatur selbst begründet sind.

III.

Die anarchischen Tendenzen der nationalsozialistischen »Planwirtschaft« sind tatsächlich nicht nur der Ausdruck der anarchischen Struktur des Kapitalismus; diese Art von staatsprotektionistischen Imperialismus in einer hochkapitalistischen Gesellschaft erzeugt zusätzliche Widersprüche — Widersprüche, die vornehmlich in der besonderen Lage des deutschen Kapitalismus durch seine hohe Angewiesenheit auf den Weltmarkt begründet sind. Daraus erklärt sich das charakteristische Hin- und Herpendeln zwischen zwei Polen: dem Pol der staatlichen Macht, die alle wirtschaftlichen Kräfte in ihren Zwangsrahmen einzupressen bemüht ist; und dem Pol der weltwirtschaftlichen Zu- und Einordnung, die sich im kapitalistischen System nur mit den spezifischen Mitteln der kapitalistischen Oekonomie verwirklichen läßt. Die Produktivkräfte — auch die kapitalistisch beherrschten — versuchen immer wieder die Fessel des »etatistischen« Imperialismus zu sprengen. *Das ist der grundlegende Widerspruch der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik.*

Das ist auch die widerspruchsvolle Situation, in der die Arbeiterklasse wieder zur Entfaltung ihrer revolutionären Kraft kommen kann. Man kann diese realen Widersprüche nicht beiseite lassen, um desto besser ein fertiges Rezept des Umsturzes und der sozialistischen Verwirklichung aufstellen zu können. Allerdings: die Ausnützung der einzelnen Widersprüche ist den deutschen Arbeitern heute erschwert, legale oder gar parlamentarische Formen sind nicht vorhanden, um das proletarische Interesse innerhalb der widerstreitenden Tendenzen zur Geltung zu bringen. Das besagt aber nicht, daß die Arbeiter aus dem Prozeß selbst ausgeschaltet sind. Sie sind nur und ausschließlich *Objekte* der Entwicklung in der Diktatur. Das Streben jeder Arbeiterpolitik muß dahin zielen, wieder zum *Subjekt* der Entwicklung zu werden, wieder zur Konstituierung als Klasse zu kommen.

Die Konstituierung der Arbeiter zur Klasse »für sich« geschieht durch das Medium der Organisation. Aber die Organisierung der Arbeiter ist nicht in erster Linie ein technisch-konspiratives Problem, ist kein Problem, das intellektuell gelöst werden kann. Sondern diese Organisierung vollzieht sich durch die konkrete Anwendung der diktatorischen Widersprüche auf das proletarische Bewußtsein, ist ein Akt der Bewußtseinsbildung selbst. Indem die in der Diktatur ausgebildeten Widersprüche heranreifen, zur Auswirkung kommen und politisch faßbar werden, erfassen sie auch das Bewußtsein der Arbeitermassen und wirken in ihnen organisierend.

Freilich: wer insgeheim die Diktatur für allmächtig hält und den Ausbruch der Gegensätzlichkeiten in ihr nicht erwartet, ist gezwungen, alles auf die Karte der »totalen Revolution« zu setzen, die ein Ergebnis erdachter Organisationskünste ist. Er muß die vorbereitenden Stadien der proletarischen Revolution, soweit sie nicht im Feld seiner Organisationsspekulationen erscheinen, übersehen. Er vergißt, daß es nicht diese Spekulationen sind, die das Bewußtseinsmotiv der Klassenorganisation hervorbringen, sondern daß die reale Welt des sozialen Erlebnisses den bewußtseinsmäßigen Untergrund neuer proletarischer Aktivität darstellt. Sicherlich kann niemand den Zeitpunkt angeben, an dem dieser Prozeß der Neuformierung auch nach außen hin sichtbar sein wird. Man braucht dabei nicht einmal in erster Linie an einige heute sichtbare Konflikte zu denken: an die kontinuierliche Lohnsenkungstendenz, die von der »Arbeitsfront« und den Unternehmern gemeinschaftlich gefördert wird, um die Zwangsexporte zu ermöglichen; an die zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den Verbrauchsgüterindustrien; an die Militarisierung der Betriebe, die zu einer weiteren Herabminderung der Arbeitsproduktivität führen muß; an die Ausgliederung großer Massen jugendlicher Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß und ihre Zusammenballung in rebellischen Einheiten usw. Alle diese Fragen treten vielleicht zurück hinter der sozial bedingten Unfähigkeit der Diktatur, gemäß den Notwendigkeiten des deutschen Kapitalismus zu operieren. In jedem Fall wird die »totale Revolution« nicht die Vorwegnahme, sondern das Ergebnis der Kämpfe sein, die sich gesellschaftlich entzünden werden. Die Arbeiterklasse macht erst dann Schritte ins Neuland, wenn sie gelernt hat, daß der Kampf gegen die Diktatur überhaupt praktisch möglich ist.

Noch niemals in der Geschichte des Kapitalismus ist es anders gewesen, als daß die Uneinheitlichkeit der herrschenden Klassen die Einbruchsstellen bot für die Entfaltung der proletarischen Initiative. Das Auseinanderfallen der besitzenden Schichten, die durch die Diktatur künstlich vereinheitlicht worden sind, wird auch die Arbeiterklasse wieder als selbständige Kraft in die gesellschaftliche Arena bringen.

Faschismus an der Macht

Von **Fritz Alsen.**

Die Ankündigung eines Buches mit dem Thema »Faschismus an der Macht«[1]) muß die weitesten Kreise der deutschen Antifaschisten interessieren. Ist doch seit 1933 von vielen Seiten der Versuch unternommen worden, den Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung, das Aufkommen der faschistischen Massenpartei zu erklären, die Zeiten Papens und Schleichers zu schildern. Hingegen ist — von verstreuten Einzelaufsätzen abgesehen — noch nicht versucht worden darzustellen, wie das nationalsozialistische System in den reichlich zwei Jahren seiner Existenz funktioniert, welche Wandlungen die politische und soziale Struktur, die einzelnen Klassen und Schichten erfuhren.

Schon äußerlich enttäuscht darum das Buch Sternbergs. Weit weniger als ein Drittel des recht umfangreichen Werks beschäftigt sich mit dem Faschismus der Macht. Zuvor hält auch Sternberg es für notwendig, noch einmal das »Wie es kam« ausführlich zu untersuchen; abschließend wird die gesamte Weltlage unter allen erdenklichen Gesichtspunkten behandelt. Inhaltlich ist gerade der Mittelteil besonders dürftig. Faschismus und Nationalsozialismus stellen der marxistischen Forschung eine Reihe von Aufgaben, deren Lösung, soweit wir sehen, bisher noch von keiner Seite in Angriff genommen worden ist. Hierher gehört das Verhältnis von Partei und Staat, das Problem der Bürokratie im faschistischen Staat überhaupt, ihr Gewicht und ihre Rolle. Weiterhin die Möglichkeiten des staatlichen Interventionismus unter faschistischer Herrschaft, eine Untersuchung darüber, ob und welche Grenzen des Eingreifen des Staates findet.[2]) Dann die realen Machtquellen der Massen wie der Bourgeoisie vor und während der nationalsozialistischen Herrschaft; die Veränderungen dieser Machtquellen und des Massendrucks durch den Faschismus, besonders die Wirkung der Differenzierung der Arbeiterschaft, eine Erscheinung, die zahlreiche Berichte aus Hitlerdeutschland wiedergeben.

Alles dies sind Fragen, die hier nur gestellt werden können, die von Sternberg aber, wenn nicht beantwortet, so doch hätten erörtert werden müssen. Von ihnen jedoch kaum ein Wort, statt dessen Zitate aus früheren Büchern Sternbergs und ihren Voraussagen, Aneinanderreihung allgemein bekannter Zitate aus Nazireden und -zeitungen, Statistiken, die jedem Leser von Wirtschaftszeitungen wohlbekannt sind.

Im Mittelpunkt des ganzen Buches, also auch der Faschismusbetrachtung, steht der Versuch, die Entwicklung des Nationalsozialismus vor und nach dem Januar 1933 mit der Sternbergschen Imperialismustheorie zu erklären. Noch einmal werden hier thesenartig die Tatsachen zusammengestellt (S. 194 ff), die beweisen sollen, daß das gesamte kapitalistische

---

[1]) Fritz Sternberg, Der Faschismus an der Macht. Verlag Contact-Amsterdam.

[2]) Für Sternberg erschöpft sich diese Frage offenbar in einer reichlich primitiven Kurve: S. 122.

System im Niedergang befindlich ist, in einem Niedergang, der zwar »nicht gleichzeitig, nicht gleichmäßig«, aber doch durchgehend feststellbar ist. Ueber die Berechtigung und Irrtümer dieser Theorie ist so eingehend diskutiert worden[3]), daß eine neue grundsätzliche Auseinandersetzung hier nicht am Platze ist. Sicher aber ist, daß die Erklärung des Nationalsozialismus durch die »Niedergangsphase« zu wenig befriedigenden Ergebnissen, die Beurteilung seiner Entwicklung unter diesem Gesichtspunkt sogar zu vielfachen Fehlschlüssen führt. Ob der Kapitalismus wirklich schon endgültig »im Abstieg« begriffen ist, kann gerade der Marxist, der ja nicht Prophet sein will, nicht mit Bestimmtheit vorhersagen; welche »Verfalls«-Erscheinungen durch die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise bedingt sind, welche über die akute Krise hinaus fortdauern werden, kann er oft nicht wissen; dazu ist der Abstand z. B. von der letzten amerikanischen Konjunktur viel zu gering. Was aber dargestellt werden kann und muß, sind die Strukturveränderungen des modernen Kapitalismus; von ihnen aus wird auch eine marxistische Deutung der faschistischen Systeme, beziehungsweise der faschistischen Tendenzen in den europäischen Ländern möglich sein. Unter diesen Gesichtspunkten müssen die Einwirkungen der intensiven und extensiven Industrialisierung auf Struktur und Ablauf der Wirtschaft sowie ihre gesellschaftlichen Folgen untersucht werden. Die Ersetzung der freien durch die beschränkte Konkurrenz, die Tendenz zur Organisation und Bürokratisierung der Wirtschaft, die erhöhte Labilität der Wirtschaft, hervorgerufen durch die wachsende Bedeutung der Massenproduktions- und Produktionsmittelindustrien, durch die schwierige finanzielle Anpassung des Großbetriebs, durch die Erschöpfung bisher nicht-kapitalistischer Gebiete; der infolge der Labilität des gesamten Wirtschaftssystems gebotene, ständig zunehmende staatliche Interventionismus, alle diese Veränderungen des modernsten Kapitalismus müssen heute noch einmal in Hinblick auf ihre Bedeutung für die gesellschaftliche und politische Entwicklung der letzten Jahre untersucht werden. Gerade diese Untersuchungen sind aber bei Sternberg ganz ungenügend, was um so mehr verwundert, als er beweglich darüber klagt (S. 69), den beiden großen Arbeiterparteien sei es unmöglich gewesen, zu einer marxistischen konkreten Einschätzung der Gesamtlage zu kommen. Wohl hat er schon früher[4]) auf die Bedeutung der Klassenschichtungen hingewiesen, ist aber dabei nur wenig auf die Entwicklung, die sich seit Marx' Forschungen ergeben hat, eingegangen. Heute beschäftigt er sich eingehend nur mit den Mittelschichten (S. 28 ff), ohne die gesamten gesellschaftlichen Umschichtungen zu analysieren. Gerade sie aber dürften für Entstehung und Entwicklung jedes Faschismus sehr bedeutsam sein. In fast allen hochentwickelten Industrieländern geht die gesellschaftliche Macht der Arbeiterklasse, insbesondere des Fabrikprole-

---

[3]) Vgl. Sternberg, »Der Imperialismus« und seine Kritiker. Soziologische Verlagsanstalt, Berlin. 1929.

[4]) Sternberg, Der Imperialismus, Berlin 1926. insbes. die Kapitel »Die Selbstaufhebung des Reformismus«, »Die sozialistische Revolution«.

tariats zurück; nicht nur weil sie zahlenmäßig relativ hinter Angestellten und Beamten zurückbleiben, sondern auch weil sie in sich immer mehr differenziert werden. Von größter Bedeutung erscheint weiterhin die durch die starke Konzentration des Kapitalbesitzes ebenso wie durch die fortschreitende personelle Verflechtung mit der hohen staatlichen Bürokratie steigende Macht der wirtschaftlichen Oberschicht und das erhöhte Gewicht der staatlichen und wirtschaftlichen Bürokratien, auf deren Rolle schon oben hingewiesen wurde.

All diese Erscheinungen sind marxistischer Betrachtung zugänglich. Ihre Untersuchung kann dazu führen, die Struktur des Nationalsozialismus und der anderen faschistischen Systeme zu erklären, während die Aufstellung von »Glaubenssätzen« über den Niedergangskapitalismus fragwürdiges Beweismaterial für eine fragwürdige Theorie liefert, aber nicht der Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit dient. Dabei ist es, auch wenn man nur den deutschen Faschismus erforschen will, unerläßlich, die Entwicklung in anderen faschistischen oder halbfaschistischen Ländern zu verfolgen, während Sternberg sich nur auf deutsche Zustände beschränkt.

Ist man zur Feststellung gelangt, daß in Sternbergs Buch die in erster Linie interessierenden Fragen nicht behandelt sind (ihre Bedeutsamkeit ist durchaus nicht »theoretisch«; kein realistischer antifaschistischer Kampf kann ohne Klarheit über die Entwicklungsmechanismen der Gesellschaft geführt werden), so erscheinen auch die ausführlich behandelten Probleme vielfach angreifbar. Im ersten Teil des Buches werden neben den »Objektiven Faktoren für den Aufstieg des Nationalsozialismus« die Politik der SPD und der KPD mit Recht ebenfalls entscheidend für den Sieg Hitlers angesehen. Nur erscheint es wenig sinnvoll, wie Sternberg dies tut, die allgemein bekannte Entwicklung beider Parteien in den Jahren der Weimarer Republik noch einmal darzustellen. Von Bedeutung ist lediglich die Erklärung, warum die deutsche Arbeiterbewegung die ihr von der Geschichte gestellten Aufgaben nicht gelöst hat, warum sie reformistisch oder kommunistisch-sektiererisch war. Für den Reformismus hat Sternberg schon in seinen früheren Büchern eine Erklärung in der »Schonzeittheorie« gefunden, die er jetzt in einem Exkurs noch einmal darstellt: In einer bestimmten Epoche des Frühimperialismus führe die verhältnismäßig günstige Situation auf dem Arbeitsmarkt zu den bekannten reformistischen Illusionen. Gegenüber der Leninschen Theorie von der Arbeiteraristokratie ist die Sternbergsche Theorie insofern fortschrittlich, als sie zeigt, wie unhaltbar es ist, die »Bestechlichkeit« einer dünnen Oberschicht des Proletariats für den Reformismus verantwortlich zu machen, und darauf hinweist, daß die reformistische Ideologie »sehr tief in dem gesamten sozialen Habitus der Massen verankert« war (S. 90). Aber eine Erklärung gerade des Nachkriegsreformismus, der hier interessiert, vermag auch Sternberg nicht zu geben. An einer Stelle wird vom »Altweibersommer« des Reformismus in den Konjunkturjahren 1924 bis 1928 gesprochen. Daß in den Jahren der Konjunktur reformistische Ideologien sich verstärken, reformistische Theorien besonders gut

gedeihen, ist sicher. Aber das Fortbestehen des Reformismus in der Krise ist doch damit nicht erklärt. Sternberg muß daher immer wieder davon sprechen, die Krisenerfahrungen seien noch zu kurz gewesen, um endgültig die Gehirne umformen zu können (S. 31; ähnlich für die internationale Lage S. 253), muß zu Ausführungen über die Macht des »reformistischen Funktionärapparats« kommen (S. 51), die seinen eigenen Anschauungen von der Verwurzelung des Reformismus widersprechen. Wann werden die Krisenerfahrungen lang genug sein, wann ist die Macht des Apparats gebrochen?

All die Feststellungen Sternbergs sind darum so gefährlich, weil sie zu einer Unterschätzung der gegenwärtigen Stärke des Reformismus und der Schwierigkeit, ihn zu überwinden, führen (an anderer Stelle wirft Sternberg selbst der KP eine solche Unterschätzung vor). Für Sternberg existieren Probleme hier offenbar nicht. Da es eine neue Konjunktur, einen neuen »Altweibersommer« also nach seiner Auffassung nicht mehr geben kann, muß auch die andauernde Krisenerfahrung die Gehirne nunmehr »endgültig umformen« — ein Blick auf die Realität, die Entwicklung der meisten legalen wie illegalen Parteien der zweiten Internationale, könnte Sternberg zeigen, wie sehr er sich irrt. Jede Theorie des Reformismus, die nicht die Gründe für die Entstehung des Reformismus in tieferen Schichten sucht, in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen selbst, führt zu Fehlschlüssen. Marx schon hat darauf hingewiesen, daß es die Form des Arbeitslohnes ist, auf dem »alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen« beruhen[5]). Von diesen Erkenntnissen muß man ausgehen, um den reformistischen Anschauungen wirklich wirksam entgegentreten zu können und sich nicht auf ihren automatischen Zusammenbruch zu verlassen.

Für die falsche KPD-Politik war nach Sternberg neben der Abhängigkeit von Moskau die Unfähigkeit entscheidend, die objektive Lage zu erkennen. Sicher. Aber es gilt eben die Gründe dieser Unfähigkeit zu erkennen, um die Fehler zu überwinden. Und eben dies bleibt Sternberg uns schuldig. Die ständige Ueberschätzung der eigenen Rolle und Bedeutung des revolutionären Elans der Massen hat nicht minder ihre gesellschaftlichen Ursachen, als die reformistischen Illusionen.

Auch die Faschismusbetrachtung ist, so weit die wirklichen Probleme überhaupt gesehen werden, ungenügend. Es mag hier nur darauf hingewiesen werden, daß eine Frage viel eingehender hätte behandelt werden müssen: Die der nationalsozialistischen »Planwirtschaft«. Gerade die in Deutschland kämpfenden Antifaschisten bedürfen der Stellungnahme zu der Frage, wohin diese planwirtschaftlichen Tendenzen führen werden. (Die ganz allgemein vorhandene Tendenz zum staatlichen Interventionismus wurde schon oben erwähnt.) Sternberg scheint der Ansicht zu sein, daß sie die wirtschaftliche Unordnung nur vermehren werden. Es gibt auch Stimmen, die sich dafür aussprechen, daß auf dem einge-

---

[5]) Marx, Das Kapital, Band I. Volksausgabe. S. 502—503.

schlagenen Wege der Nationalsozialismus tatsächlich noch auf lange Zeit wirtschaftliche Auswege finden wird. Zur Entscheidung dieser Frage müßte das Für und Wider eingehend erörtert werden, was Sternberg unterläßt.

Durchgehend schenkt Sternberg fast nur den wirtschaftlichen Problemen Beachtung. Der Zusammenhang mit dem politischen Ueberbau sowohl für die Zeit unmittelbar vor Hitlers Machtergreifung, wie in den zwei Jahren nationalsozialistischer Herrschaft wird ganz ungenügend behandelt. Dabei lassen sich gerade die Vorgänge im Dezember 1932 und Januar 1933, die dann zur Regierungsübernahme Hitlers führten, durchaus nicht nur mit der wirtschaftlichen Lage erklären; hier hätte genau dargestellt werden müssen, welche Ziele die verschiedenen Schichten der deutschen Bourgeoisie und ihrer Exponenten mit der Betrauung Hitlers verfolgten. Gerade die marxistische Forschung hat zu erweisen, daß sie nicht, wie all zu oft, in den Fehler verfällt, die politische Entwicklung einfach als Funktion der ökonomischen zu sehen. Wie gefährlich dies ist, sieht man gerade bei Sternbergs Buch.

Für ihn ergeben sich aus den Prämissen:

1. Niedergang des Weltkapitalismus und damit des deutschen Kapitalismus.

2. Wachsende revolutionäre Reife des deutschen Proletariats unter den Schlägen der Krise und der Niederlagen.

Notwendig zunehmende Krisen und Erschütterungen des nationalsozialistischen Systems (»der Zusammenbruch in kürzester Zeit ist unvermeidlich,« S. 161), die Ausbreitung spontaner Massenaktionen, die der planmäßigen organisatorischen Zusammenfassung der Massen weit voraus sein wird (S. 320). Ein solch blinder Spontaneitätsglaube muß entstehen, wenn man sich die Erkenntnis der wahren Gründe des bisherigen Versagens der deutschen Arbeiterbewegung verdeckt. Sternbergs Prognosen führen dann dazu, daß er den 30. Juni 1934 nicht etwa als Stabilisierung des Regimes ansieht (S. 181), daß er vom »ständigen Rückmarsch (des Nationalsozialismus) an der Saar« spricht (S. 228), Sätze, die sich nach dem 13. Januar und dem 16. März 1935 etwas peinlich lesen, besonders, wenn sie nicht in einer Zeitung, sondern in einem »wissenschaftlichen« Buch stehen. Die Frage, ob der Nationalsozialismus heute in Deutschland noch eine Massenbasis hat, muß sicher sehr sorgfältig untersucht werden; es muß festgestellt werden, ob diese Massenbasis nicht etwa durch weitgehende Indifferenz ersetzt ist, eine Indifferenz, die wenig geeignet ist, »spontane Massenaktionen« zu fördern. Bei Sternberg jedenfalls beruht die Behauptung, die Massenbasis sei geschwunden, auf bloßen Deduktionen und ist daher wertlos.

Es ist im Rahmen einer Besprechung nicht möglich, die Entwicklungstendenzen und den Weg zur Neuformierung der deutschen Arbeiterbewegung im einzelnen aufzuzeigen. Es konnte nur versucht werden darzulegen, von welchen Beobachtungspunkten ausgegangen werden muß. Die Methode Sternbergs birgt die Gefahr in sich, daß sie für die marxistische gehalten wird und damit den Marxismus diskreditiert. Eine Besprechung

des Sternbergschen Buches durch Schwarzschild[6]) zeigt diese Gefahr bereits. Die Auseinandersetzung Schwarzschilds über die Sternbergsche Anschauung betreffend das Verhalten der Arbeiterschaft bei einem Kriegsausbruch muß hier unerörtert bleiben: Sternberg bekennt sich nach wie vor zur Leninschen Haltung, Schwarzschild wendet sich entschieden gegen eine solche Entscheidung, die den Sieg der Hitlerdiktatur über seine Gegner bedeute. Zuvor greift Schwarzschild Sternberg deshalb an, weil Sternberg zwar für die Vergangenheit alle Faktoren gezeigt habe, die verhindert haben, daß die Wirklichkeit so lief, wie die Theorie, für die Zukunft aber ganz stillschweigend doch wieder davon ausgehe, daß die Dinge schließlich »marxistisch« verlaufen würden, weil er auch allen Erscheinungen, die nicht in seine »Generalstabskarte« paßten, ausweiche und darum sowohl zu unzureichenden Zukunftsprognosen wie Rezepten kommt. Es ist darauf hingewiesen worden, daß und warum solche Vorwürfe gegen das Sternbergsche Buch nur all zu berechtigt sind.

Aber Schwarzschild geht weiter. Er hält den Beweis für erbracht, daß die historisch-materialistische Methode sich in nichts von der Methode ihrer Gegner unterscheide. Auch sie müsse — besonders angesichts der Entwicklung der letzten zwei Jahre — zugeben, daß die Politik »durch nicht ökonomische Gründe abgebogen« werden könne.

Wir haben uns bemüht, aufzuzeigen, daß eine wirklich marxistische Faschismusbetrachtung viel mehr vom »ökonomischen Unterbau« auszugehen hat, als Sternberg dies tut, wenn auch tatsächlich die politische Auswirkung sorgfältiger untersucht werden muß. Daß auch die »objektiven und subjektiven« Gründe für den Vormarsch des europäischen Faschismus durchaus im Oekonomischen wurzeln, daß die Antriebskräfte freilich vielfach transformiert und in der Form der Ideologien »reale Gewalt« werden, konnte hier nur ungenügend entwickelt werden. Schwarzschild stellt fest, es sei nunmehr erwiesen, daß auch die historisch-materialistische Theorie nicht »ein Leitfaden sei, aus dem man ablesen könne, was morgen, in 10 oder 100 Jahren sein wird«. Echte marxistische Theorie hat nie Prophetie sein wollen. Darum ist ihre Rolle aber nicht unbedeutend. Sie ist Voraussetzung, ja Teil wirklich revolutionärer Praxis, sie weiß, welche Rolle dem geschichtsbewußten Handeln gerade in unserer Epoche zukommt, aber sie kennt auch die Bedingungen dieses Handelns.

Um wahrhaft aktivistische Theorie zu sein, muß sie überall in die Tiefe gehen, sich nicht mit dem bloßen Schein, mit Wunschbildern, mit dem Anlegen vorgefaßter Maßstäbe begnügen. Tut sie das — und dies geschieht in Sternbergs Buch — so kompromittiert sie noch einmal die marxistische Methode, deren Aufgaben größer sind als je.

---

[6]) Leopold **Schwarzschild**, Historischer Mystizismus, Das neue Tagebuch, 3. Jahrgang, Nr. 7.

Das Ende der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung

Von **Paul Hertz.**

Zwei Jahre Hitlerherrschaft haben ausgereicht, um den Mittelstand — einstmals die festeste Säule des Nationalsozialismus — zu desillusionieren. Allerdings ist das Maß der Enttäuschung bei den einzelnen Gruppen des Mittelstandes verschieden. Bei den Handwerkern und den Hausbesitzern ist die Enttäuschung geringer als bei dem kaufmännischen Mittelstand, denn sie sind Nutznießer der Rüstungskonjunktur und der hohen Subventionen für die Gebäudeinstandsetzung.

Am größten ist zweifellos die Enttäuschung des kaufmännischen Mittelstandes. Umsätze und Nutzen des Kleinhandels sind ziemlich unverändert geblieben, Steuern und Abgaben aber weder in dem erwarteten noch in dem versprochenen Ausmaße gesenkt worden. Die häufigen Sammlungen, die aus dem gesunkenen Reinertrag zu zahlen waren, haben daher besonders verstimmt. Vor allem aber blieb die große Konkurrenz bestehen, die wichtigste Ursache für die Notlage des kaufmännischen Mittelstandes in Zeiten langdauernder Wirtschaftskrise mit Schrumpfung der Kaufkraft. Die Sperre gegen die Errichtung neuer Einzelhandelsverkaufsstellen usw. änderte an den Konkurrenzverhältnissen ebenso wenig, wie die kleinen Beschränkungen, die den Warenhäusern und Konsumvereinen auferlegt wurden. Da die Geschäfte mit nichtarischen Inhabern nur selten verschwanden und meist nur die Rassenzugehörigkeit ihrer Besitzer wechselten, so hat selbst der Sieg über die Juden an der allgemeinen Lage des kaufmännischen Mittelstandes nichts geändert.

Alle diese Umstände haben sich im Handel mit Lebensmitteln am stärksten ausgewirkt. Es ist daher nicht erstaunlich, daß die Meckerei bei den Krämern am größten ist und daß ihr Verlangen nach staatlichen Eingriffen zur Besserung ihrer Existenzverhältnisse immer stärker wurde. Dabei entwickelten sich mit der Zeit gewisse Differenzierungen. Der Kampf gegen die Warenhäuser wurde in erster Linie geführt von den Händlern mit Gebrauchsgegenständen. Die Träger des Kampfes gegen die Konsumvereine waren die Lebensmittelhändler. Jahrelang war ihnen für den Tag des Aufbruchs der Tod ihrer gefährlichsten Konkurrenten, der Konsumvereine, versprochen worden. Gläubig hatten sie davon den Beginn einer neuen Zeit erhofft. Aber nichts von diesen Hoffnungen hat sich verwirklicht. Am 27. April 1933 stellte zwar die Regierung Hitler die Zuweisung der erst unter der Regierung Papen beschlossenen Zuschüsse an die Konsumvereine ein. 24 Millionen Mark waren ausgezahlt worden, weitere bereits bewilligte 8 Millionen wurden gesperrt. Aber als sich im Mai 1933 die Zentralen der Konsumvereine unter nationalsozialistische Leitung stellten, und diese Gleichschaltung sich bei den einzelnen Vereinen wiederholte, wurden Gewaltmaßnahmen verhindert und der sofortige Zusammenbruch von Konsumvereinen verhütet. Es begann

ein Zickzackkurs, der die tiefen Gegensätze im nationalsozialistischen Lager deutlich erkennen ließ. Verbraucherinteressen standen gegen Händlerinteressen. Staats- und volkswirtschaftliche Erwägungen machten den Versuch sich gegenüber den Absichten der nationalsozialistischen Parteidiktatur zu behaupten. Jedem Vorstoß des Mittelstandes folgte eine Abwehr der Arbeitsfront, deren Leitung sich sofort die Oberherrschaft über die Konsumvereinsbewegung angeeignet hatte. Der Mittelstand wurde meistens unterstützt von der nationalsozialistischen Partei, aber die Staatsgewalt stand fast immer auf der Seite der Konsumvereine. Sie schreckte vor den Schwierigkeiten zurück, die der Zusammenbruch von Millionenunternehmungen mit großen Eigenbetrieben und Spareinrichtungen und die damit herbeigeführte Zunahme der Arbeitslosigkeit der unstabilisierten Naziherrschaft bringen mußte. Ueberwog zunächst im Sommer 1933 der Einfluß des Mittelstandes, der den Austritt aus den Konsumvereinen zu erzwingen versuchte, so hatte gegen Ende des Jahres 1933 die Arbeitsfront, die sich dem Austritt aus den Konsumvereinen widersetzte, die Oberhand gewonnen. Dieses Ergebnis ist nicht nur wirtschaftlichen Erwägungen zu danken. Dazu hat auch wesentlich beigetragen, daß in der Zwischenzeit die leitenden Stellungen in den Konsumvereinen fast restlos, die übrigen Stellungen in einem nennenswerten Ausmaß mit »alten Kämpfern« besetzt worden waren. Daher setzte sich auch im Jahre 1934 die Auffassung der Arbeitsfront, die mittlerweile zur herrschenden Auffassung der nationalsozialistischen Partei und der Staatsgewalt geworden war, immer stärker durch, daß die Konsumvereine nicht gewaltsam in den Zusammenbruch getrieben oder aufgelöst werden dürfen.

*

Am 21. Mai 1935 ist nun ein »Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften« erlassen worden, das einen völligen Kurswechsel darstellt. Die bisherige Absicht, die Konsumvereine zu erhalten, wird preisgegeben. Jetzt sollen »lebensunfähige« Konsumvereine verschwinden. Das Reich stellt zur Erleichterung der Abwicklung, insbesondere zur Sicherung der Spareinlagen solchen Verbrauchergenossenschaften 60 Millionen Reichsmark zur Verfügung, die lebensunfähig sind und mit Zustimmung des Reichswirtschaftministers bis zum 31. Dezember 1935 ihre Auflösung beschließen. (§ 2.) Die Errichtung von Verbrauchergenossenschaften bedarf der Genehmigung des Reichswirtschaftsministers. (§ 1.) Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, weitere Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Verbrauchergenossenschaften zu erlassen. (§ 9.) Die Spareinrichtungen der Verbrauchergenossenschaften sind bis zum 31. Dezember 1940 aufzulösen. (§ 5.)

Was ist die Absicht und die Wirkung dieses neuen Gesetzes?

Die Antwort auf die erste Frage ist davon abhängig, wie sich die tatsächliche Lage der Konsumvereine unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise bis zur Gleichschaltung im Mai 1933 und seither unter der Diktatur entwickelt hat. Diese Schilderung ist notwendig, weil ohne sie kein Urteil möglich ist, ob der angeblich drohende Zusammen-

bruch der Konsumgenossenschaften eine Folge der Wirtschaftskrise oder eine Folge der politischen Anfeindungen ist.

Die Wirtschaftskrise hat selbstverständlich auch die Konsumvereine nicht unberührt gelassen. Trotzdem bewegte sich der Rückgang der Mitgliederzahl, des Umsatzes und der Spareinlagen in den schwersten Jahren der Wirtschaftskrise 1930—1932 in erträglichen Grenzen. Zwar wurde die Lebensfähigkeit einzelner Vereine gefährdet, aber niemals die der gesamten Konsumvereinsbewegung. Während alle übrigen Arten von Genossenschaften staatliche Zuschüsse von mehreren hundert Millionen in Anspruch nehmen mußten, um den Zusammenbruch zu verhindern, war die Genossenschaftsbewegung bis Mitte 1932 in der Lage, aus eigener Kraft schwache Glieder zu stützen. Trotz Schwächung der Kaufkraft, des Uebergangs zu geringwertigen Bedarfsgütern und des Preisrückgangs ist der Umsatz der dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Vereine, der 1930 1240 Millionen betrug, 1931 nur auf 1160 Millionen gesunken. Erst 1932 sank er auf 944 Millionen Mark. Der Rückgang ist nicht größer als bei dem privaten Einzelhandel. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied sank in der gleichen Zeit von 422 auf 389, bezw. 326 Mark. Die Mitgliederzahl blieb fast unverändert. Sie stieg von 1930 auf 1931 von 2,940.000 auf 2,979.000 und sank 1932 auf 2,895.000. Auch bei den Spareinlagen zeigt sich nur 1932 ein stärkerer Rückgang. Von 404 Millionen Mark Bestand im Jahre 1930, der sich 1931 noch auf 411 Millionen erhöhte, vollzog sich bis 1932 ein Rückgang auf 293 Millionen Mark. Sind also auch die Wirkungen der Wirtschaftskrise im Jahre 1932 stärker gewesen als in den vorhergehenden Jahren, so ist doch der Gesamteindruck zutreffend, den der Zentralverband deutscher Konsumvereine für das Jahr 1931 feststellte:

»Trotz aller Bedrängnisse findet die etwa gehegte Vermutung eines allgemeinen Rückgangs der Konsumgenossenschaftsbewegung keinerlei Anhalt. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, die Organisation konsumgenossenschaftlicher Selbsthilfe, steht unerschütterlich da. Auch nicht in einem nennenswerten Falle ist sie von Niederbrüchen, wie sie die Privatwirtschaft aufzuweisen hat, betroffen worden... Allein diese Bestätigung des ungeschmälerten Vertrauens zur konsumgenossenschaftlichen Selbsthilfe rechtfertigen den Schluß, daß die Verringerung der Umsatzziffern eine Folge der Preisherabsetzungen der Konsumvereine und der Noteinschränkungen ihrer Mitglieder ist, keineswegs aber eine Abkehr von der genossenschaftlichen Bedarfsversorgung an sich bedeutet.«

Dieses Urteil wird durch Angaben der Forschungsstelle für den Handel über den Anteil der Genossenschaften am gesamten Umsatz des Einzelhandels bestätigt. Er betrug 1930: 4,4 Prozent, 1931: 4,5 Prozent, 1932: 4,2 Prozent und sank 1933 auf 3,4 Prozent und im ersten Halbjahr 1934 sogar auf 2,7 Prozent. Die Wirtschaftskrise hat also die Entwicklung der Konsumvereine zwar gehemmt, aber nicht erschüttert, so daß nennenswerte Zusammenbrüche vermieden worden sind. Diese Gefahr brachte erst der politische Umschwung im Mai 1933. Erst als die Nazis die Konsumvereine beherrschten, als die alten bewährten Leitungen davongejagt wurden, als Massenaustritte der Mitglieder und Käuferstreiks einsetzten, als Unfähigkeit, Verschwendung und Korruption ihren

Einzug hielten, wurde selbst leistungsfähigen Vereinen, die trotz mehrjähriger Wirtschaftskrise unerschüttert waren, der Todesstoß versetzt. Daß nicht die Wirtschaftskrise, sondern der politische Umsturz und die grundlegenden Veränderungen in der Verwaltung und in den Funktionen der Konsumgenossenschaften die entscheidende Ursache für die Schwierigkeiten sind, die jetzt nicht mehr aus eigener Kraft bewältigt werden können, dafür liegt in dem Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft (GEG) für das Jahr 1933 ein einwandfreies Zeugnis vor. Der Bericht, datiert von Ende April 1934 und von der gleichgeschalteten Leitung unterzeichnet, sagt:

»Die Umsatzentwicklung der GEG und der ihr angeschlossenen Verbrauchergenossenschaften hat sich im Jahre 1933 zum ersten Male wesentlich von der Bewegung der Einzelhandelsumsätze im Ganzen entfernt. Während für die Umsatzbewegung in den Jahren 1930 bis 1932 vor allem die allgemeine Wirtschaftslage und insbesondere die Zerstörung der Massenkaufkraft maßgebend waren, hatte die konsumgenossenschaftliche Arbeit in den ersten Monaten des Berichtsjahres zunehmend unter außerwirtschaftlichen Einflüssen zu leiden. Insbesondere die Ungewißheit über das Schicksal der Genossenschaften veranlaßte deren Mitglieder zu starker Zurückhaltung in ihrer genossenschaftlichen Betätigung. Die Austrittserklärungen mehrten sich, die Umsätze gingen weiter zurück, die Spareinlagenabhebungen nahmen zu.«

Gegenüber diesem einwandfreien Zeugnis verblassen alle Versuche, die Schuld der Nationalsozialisten an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der Konsumvereine zu leugnen. Waren schon im Jahre 1933 die »außerwirtschaftlichen« Einflüsse die Hauptursache für die Schwierigkeiten der Vereine, so gilt das noch in weit höherem Maße vom Jahre 1934. Genaue Zahlen liegen darüber nicht vor, die vorbildliche Statistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist eingestellt worden. Aber aus zahllosen Einzelangaben ergibt sich einwandfrei, daß der Terror zwar den Massenaustritt von Mitgliedern hat verhindern können, aber nicht den Käuferstreik. Der Umsatz pro Kopf des Mitglieds ist fast überall rapid zurückgegangen. Die neuen Leitungen waren kaum irgendwo imstande, das Vertrauen der alten Mitglieder zurückzugewinnen, es scheiterte auch der Versuch, neue Mitglieder zu gewinnen. Deshalb war seit langem zu erkennen, daß die Konsumvereine das Jahr 1935 nicht überleben würden. Es gab nur zwei Möglichkeiten, um einen systemlosen Zusammenbruch der Konsumgenossenschaften zu verhindern.

Entweder mußten aus der Reichskasse Zuschüsse zur Verfügung gestellt werden, um ebenso wie bei den übrigen Genossenschaften die chronischen Fehlbeträge während der Dauer der Krise zu decken, oder die schwach gewordenen Vereine mußten dem unabwendbaren Zusammenbruch überlassen werden. Bei den Warenhäusern Karstadt und Tietz hat sich die Diktatur für den ersten Weg entschieden. Hier galt es kapitalistisches Eigentum zu schützen. Bei den Konsumgenossenschaften, dem Eigentum von besitzlosen Arbeitern und Angestellten, geschieht das Gegenteil.

Das Gesetz vom 21. Mai 1935 enthält die Absicht, die durch den politischen Umsturz und die Auslieferung der Konsumgenossenschaften

an die Diktatur ungeheuer gewachsenen Schwierigkeiten als willkommenen Anlaß zu ihrer Auflösung zu benutzen. Die einst so stolze deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung wird völlig gelähmt und aller ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beraubt. Auch für die Existenz von Konsumgenossenschaften ist die Freiheit des Wortes und der Tat unerläßlich. Aber nichts kennzeichnet die Unfreiheit der deutschen Genossenschaftsbewegung besser als die Tatsache, daß nirgends, nicht einmal bei den betroffenen Konsumgenossenschaften, ein Wort der Kritik gegen ihre Tötung gewagt werden darf. Kein Wort des Protestes, keine Verteidigung, keine Auflehnung — nichts konnte sich regen. Nur Schweigen, eiskaltes Schweigen — oder was noch schlimmer ist: leeres, nichtssagendes Gerede, das um die Dinge herumgeht, hat die Verkündung des Gesetzes vom 21. Mai begleitet.

Aber es scheint doch, als ob man eine gewisse Scham hätte, offen die Verantwortung für die Auflösung der Konsumvereine zu übernehmen. Daher ist der Eifer bemerkenswert, mit dem z. B. die »Rundschau« des Reichsverbandes der deutschen Verbrauchergenossenschaften (Nr. 21 vom 25. Mai) den Sinn des neuen Gesetzes zu verschleiern versucht. Der Redakteur des Blattes, F. A. Hillringhaus, gibt zwar zu, daß die Verbrauchergenossenschaften nicht nur durch die Wirtschaftskrise, sondern auch »durch andere Umstände in ihrem wirtschaftlichen Gefüge so erschüttert worden sind, daß ein weiteres wirtschaftliches Arbeiten nicht mehr gewährleistet ist«. Aber seine Schlußfolgerungen lauten ganz anders:

»Diese Entwicklung innerhalb der deutschen Verbrauchergenossenschaften kann nur begrüßt werden. Handelt es sich doch hier um eine Maßnahme der Beseitigung eines Krankheitsherdes, die ein guter Arzt stets anwendet, um das Gesunde zu erhalten. Es liegt im Interesse des Genossenschaftswesens, jene innere Bereinigung durchzuführen, die Gewähr bietet für eine künftige Leistungssteigerung. Man kann aber der nationalsozialistischen Führung sehr dankbar sein, daß sie eine Bereinigung ermöglicht, die den Mitgliedern ihre eingezahlten Spargelder erhält und ihnen ihre Rechte garantiert.«

Alle diese Feststellungen entbehren der Berechtigung. Sie sind genau so Heuchelei wie die Versicherung, daß das Versprechen des Führers aus dem Jahre 1933, daß »die in den Verbrauchergenossenschaften angelegten Werte der deutschen Arbeiterschaft nicht verloren« gehen sollen, jetzt »voll und ganz eingelöst« werde. Dieser Aufsatz von F. A. Hillringhaus ist aber noch aus einem anderen Grunde sehr bemerkenswert. Er zeigt nämlich, daß die jetzt getroffene Regelung gegen den Willen, vielleicht sogar ohne die Kenntnis der Leitung des Reichsbundes getroffen worden ist. In der vorhergehenden Nr. 20 der »Rundschau« vom 18. Mai beschäftigte sich derselbe Hillringhaus in einem Aufsatz »Die Stellung der Genossenschaften im neuen Italien« mit einem so betitelten Buch des Engländers K. Walter. Walter stellt fest, die Genossenschaften in Italien seien nur bekämpft worden, weil sie politisch waren.

»Sobald die politischen Parteien abgeschafft waren, sobald der Faschismus nicht mehr eine politische Partei, sondern eine staatliche Ordnung war, versiegten die Quellen der Feindschaft im Genossen-

schaftswesen und es wurden die Vorbedingungen für eine einzige geeinte, nicht politische Bewegung geschaffen.«

Diese Feststellung gefiel Herrn Hillringhaus so gut, daß er sie mit den Worten begrüßte: »Auch hier mag eine Parallele zur deutschen Entwicklung gestattet sein, denn auch der Kampf der nationalsozialistischen Partei richtet sich gegen den politischen Mißbrauch der Genossenschaften, nicht gegen die Institution als solche.« Nun niemand wird behaupten wollen, daß Mitte 1935 von einem »politischen Mißbrauch« der Konsumgenossenschaften durch die Gegner des Nationalsozialismus die Rede sein kann. Wer eine Woche vor Erlaß des Gesetzes, durch das fast die Hälfte der Genossenschaften verschwindet, die Hoffnung aus ihren dauernden Bestand ausdrückt, der kann entweder nicht von dem unmittelbar bevorstehenden vernichtenden Schlage unterrichtet gewesen sein oder er äußerte diese Auffassung gegen besseres Wissen.

Auch die Begründung, die der Ministerialdirektor Dr. Wienbeck, Reichskommissar für den Mittelstand, zu dem neuen Gesetz gab, zeigt das Bemühen, die Neuregelung sowohl als eine wirtschaftliche Notwendigkeit hinzustellen, als auch als eine Maßnahme mit freiwilligem Charakter, die den Interessen der Mitglieder der Konsumgenossenschaften weitgehend entspreche. Wenn Wienbeck sagt:

»Es hätten also voraussichtlich Konkurse eintreten müssen, bei denen nicht nur viele Tausende von Angestellten brotlos wurden, sondern auch Zehntausende fleißiger deutscher Sparer ihr Geld verlieren mußten«,

so ist das einerseits ein Eingeständnis, wie ruinös die kurzfristige Herrschaft der Nazis in den Konsumvereinen gewesen ist, andererseits eine durch nichts gerechtfertigte Beschönigung der Wirkungen des neuen Gesetzes.

*

Für die Wirkungen des Gesetzes gegen die Verbrauchergenossenschaften liegen einstweilen nur wenige feststehende Tatsachen vor. Es scheint jedoch, als ob die Mitteilung des »Deutschen Volkswirts« (Nr. 35) über den Umfang der sofort einsetzenden Maßnahmen der Wahrheit ziemlich nahekommt:

»Die nicht lebensfähigen Großbetriebe, — das sind von rund 1000 bestehenden Konsumgenossenschaften etwa 80 mit einem Umsatzanteil von 50 Prozent und einer Bilanzsumme von 60 Prozent aller Konsumgenossenschaften zusammen —, werden dagegen liquidiert werden.«

Der Schlag richtet sich also unmittelbar gegen die großen Konsumvereine. Manche haben sehr stark unter der Wirtschaftskrise gelitten, aber doch nicht alle. Viele sind sogar die Träger der GEG mit ihrer gewaltigen Kapitalkraft und Eigenproduktion gewesen. Sie waren so gesund, daß sie zahlreiche schwache Vereine haben stützen können. Wenn ihnen trotzdem der Lebensfaden abgeschnitten wird, so ist auch das ein Beweis dafür, daß man ihre überlegene Konkurrenz fürchtet, den in ihnen besonders stark zum Ausdruck kommenden Gedanken der Gemeinwirtschaft tödlich treffen will und vor allen Dingen, weil man ihre mustergültigen Einrichtungen, 372 Bäckereien, 111 Fleischereien, 80 Warenhäuser, 496 Zentrallager, billig zu erwerben hofft. Das neue Gesetz

ist also nicht wirtschaftsfördernd, sondern genossenschaftsfeindlich. Es ist keine Maßnahme zur »Beseitigung eines Krankheitsherdes«, die der »inneren Bereinigung« dient, sondern der erste Schritt zur Beseitigung von Einrichtungen, die der Diktatur sowohl wegen ihres freiheitlichen als auch ihres fortschrittlichen Wesens unbequem sind. Daß aus der Reichskasse 60 Millionen Mark zur geregelten Abwicklung und zur Sicherung der Spareinleger zur Verfügung gestellt werden, ändert daran gar nichts. Es geschieht, weil ein Zusammenbruch der Spareinrichtungen der Konsumgenossenschaften einen allgemeinen Ruin auf die übrigen Sparkassen zur Folge haben würde, der der Diktatur gerade in Zeiten der Finanzkrise besonders unangenehm wäre. Die Sicherung der Ansprüche der Spareinleger der Konsumvereine wird mit diesem Betrage nicht erreicht. Wenn die 80 größten Konsumvereine auf einen Schlag liquidiert werden, so kann das nur zu sehr ungünstigen Bedingungen erfolgen. So wird es gewaltige Verluste an Vermögen mit sich bringen, so daß weder die Spareinlagen noch die Geschäftsguthaben der Mitglieder voll ausgezahlt werden können. Von fast 50.000 Beschäftigten werden weit mehr als die Hälfte ihren Arbeitsplatz verlieren.

Wie »freiwillig« die Auflösung der Vereine erfolgt, ergibt der Vergleich zwischen den alten und den neuen Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes. Während das alte Genossenschaftsgesetz eine Dreiviertelmehrheit für den Auflösungsbeschluß in der Generalversammlung verlangte und sogar noch eine weitere Erschwerung durch die Satzung zuließ, kann jetzt die Auflösung durch einen einfachen Beschluß von dem inzwischen völlig gleichgeschalteten Vorstand und Aufsichtsrat oder durch eine Zufallsmehrheit in einer auf Antrag von einem Zehntel der Genossen einberufene Generalversammlung beschlossen werden. Wenn die großen Vereine, die die Hälfte des Umsatzes stellen, bis zum 31. Dezember 1935 aufgelöst werden, woran jetzt kein Zweifel ist, so kann das aber auch nicht ohne Schwächung der bestehenbleibenden Vereine geschehen. Die GEG, bisher ein Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 300 Millionen Mark, wovon mehr als 200 Millionen in technisch, wirtschaftlich und sozialpolitisch mustergültigen Eigenbetrieben erzeugt wurden, dürfte viel von ihrer Leistungsfähigkeit einbüßen. Sie wird künftig weit weniger als bisher das Rückgrat der einzelnen Vereine bilden.

Sie ist zum allmählichen Einschrumpfen verurteilt. Denn die Bestimmung, daß die Errichtung von Verbrauchergenossenschaften der Genehmigung des Reichswirtschaftsministers bedarf, bedeutet nichts anderes als ein Verbot der Errichtung neuer Verbrauchergenossenschaften, wie der bereits oben erwähnte Artikel von Wienbeck offen und ungeschminkt zugibt. Mindestens ebenso bedeutsam, wahrscheinlich sogar in der Wirkung noch wichtiger ist die Auflösung der Spareinrichtungen bis Ende Dezember 1940. Dadurch wird nicht nur den Verbrauchern verboten, ihre Spargelder im eigenen Unternehmen arbeiten zu lassen. Die Hauptbedeutung dieser Vorschrift liegt darin, daß den noch bestehenbleibenden Genossenschaften damit ein wesentlicher Teil ihrer Kapitalgrundlage entzogen wird,

während sie bisher die Möglichkeit hatten, mit Hilfe der Spareinlagen das Unternehmen zu festigen oder zu erweitern. Auch bei ihnen wird dadurch der Niedergang erzwungen.

Das große Sterben der Konsumgenossenschaften ist also nach diesen Bestimmungen unaufhaltsam. Es beschränkt sich nicht auf große Vereine, es wird die ganze Bewegung erfassen. Was ihm jedoch entgeht, wird ein Opfer neuer Eingriffe der Diktatur werden. Die Ermächtigung des Reichswirtschaftsministers, »Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Verbrauchergenossenschaften« zu erlassen, bereitet sie vor. Dabei ist zweifellos jene Neugestaltung geplant, die schon im Herbst 1933 mit der Absicht der »Privatisierung« der Konsumgenossenschaften bestanden hat und die inzwischen mit einzelnen Zweigen ihrer Betriebe (z. B. Privatisierung des Fuhrparks) bereits begonnen hat. Mit der Veräußerung der Eigenbetriebe in der Produktion (Bäckereien, Fleischereien usw.), mit dem Verbot des Wohnungsbaues, der Beschränkung auch der sonstigen Betätigung wird man folgen.

*

So vollzieht sich denn die Auflösung der stolzen vorbildlichen deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung in Etappen. Den großen Genossenschaften wird das Lebenslicht mit einem Schlage ausgeblasen, bei den verbleibenden erfolgt allmählich eine so starke Einschnürung ihrer Tätigkeit, daß sie sowohl als unmittelbare Konkurrenz wie als leuchtendes Vorbild einer neuen Wirtschaftsordnung wesentlich einbüßen werden. Damit hat der Nationalsozialismus ein für ihn bedeutsames politisches Ziel erreicht, die Befestigung seines Bündnisses mit dem Mittelstand. Der Gegensatz zwischen den Konsumgenossenschaften und dem Mittelstand ist so alt, als es Konsumgenossenschaften gibt. Aber der ihm zugrunde liegende Konkurrenzkampf ist nicht immer gleich groß gewesen. Er milderte sich in Zeiten wirtschaftlichen Aufstiegs, er verschärfte sich bei wirtschaftlichem Niedergang. Aber niemals war er so scharf wie in der letzten Wirtschaftskrise, bei der zahlreiche Mittelstandsexistenzen auf ein Niveau herabgedrückt wurden, das tief unter dem der beschäftigten Arbeiter und Angestellten lag.

Daß der Nationalsozialismus nach seiner Machtergreifung dem Mittelstand nicht helfen konnte, hat das Schicksal der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung besiegelt. Der Aufschwung in anderen Wirtschaftszweigen, den die Rüstungskonjunktur verursachte, hat keinen Aufschwung im Einzelhandel mit Lebensmitteln gebracht. Die Beseitigung der Konkurrenz der Konsumgenossenschaften konnte daher nur durch ihre Zerschlagung erfolgen. Was der Nationalsozialismus 1933 unterlassen hatte, weil er unter der Angst stand, die Millionen Arbeiter und Angestellten, die in den Konsumgenossenschaften ein Stück praktischen Sozialismus und Verbraucherschutz sahen, vor den Kopf zu stoßen, das mußte er 1935 tun, um seinen Einfluß auf die ihm politisch weit wichtigere Schicht des Mittelstandes nicht völlig zu verlieren.

Das Ende der Konsumvereine ist eines der Mittel zur Wiederbefestigung des Bündnisses zwischen Nationalsozialismus und Mittelstand, das in den ersten zwei Jahren der Herrschaft Hitlers sich gelockert hatte.

Die allgemeine Wehrpflicht

Von **W. Worker.**

»Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr«, das war der Titel einer Broschüre Bebels, »allgemeine Wehrpflicht«, das war die militärische Forderung der Sozialdemokratie, zugleich Bestandteil ihrer politischen Ziele. Das Volksheer ist die Nation in Waffen, und »die Nation in Waffen kann nur die gerechte Nation sein« (Jaurès). Dem stehenden Heer, und nur ihm, galt die Parole: »diesem System keinen Mann und keinen Groschen«, denn in ihm verkörperte sich das reaktionär-feudale Preußentum.

Hat nun der Nationalsozialismus einen kühnen Schritt nach vorn unternommen, gibt es also doch ein Gebiet der Gesellschaft, auf dem er »sozialistisch« ist, steht seine Militärpolitik im Gegensatz zu all seinen übrigen Maßnahmen? Oder ist auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein Schritt zurück, der nur — wie bisher jeder Rückschritt in Deutschland — als »großes Erwachen der Nation« gefeiert wird, objektiv aber etwas ganz anderes darstellt? Wenn die allgemeine Wehrpflicht noch immer der höchste Ausdruck militärischer Kraft einer entwickelten kapitalistischen Nation wäre, so stünden wir in der Tat vor einem einmaligen geschichtlichen Phänomen: zum erstenmal in der Geschichte würde sich die Wehrverfassung eines Staates in fortschrittlicher Richtung bewegen, während alles andere im ständigen Rückschritt begriffen ist. Die Soziologie — einschließlich der marxistischen — wäre wieder einmal widerlegt, von der »Allmacht Diktatur« außer Kraft gesetzt.

Indes müssen wir die Feststellung machen, daß die allgemeine Wehrpflicht in der Militärwissenschaft unserer Gegenwart in eine fast hoffnungslose Defensivstellung gedrängt ist, soweit es sich um die modernsten kapitalistischen Länder handelt. In Theorie und Praxis zeichnen sich neue Formen nationaler Wehrhaftigkeit ab. Und ist es denn ein Zufall, daß England und Amerika noch immer keine allgemeine Wehrpflicht kennen und daß dort die modernsten Theorien über die Formen des Krieges und den Charakter des Soldaten von morgen entstehen?

> »Als im Jahre 1919 die siegreichen verbündeten Mächte Deutschland durch eine militärische Klausel im Versailler Vertrag zwangen, die allgemeine Wehrpflicht aufzugeben und eine kleine Berufsarmee zu halten, legten sie den Grund zu Deutschlands künftiger Militärmacht. Frankreich hat indessen dadurch, daß es darauf bestand, ein großes stehendes Heer zu halten, im militärischen Sinne sich selbst entmannt.«

Das ist die Auffassung des englischen Generals Fuller. Sie steht nicht

etwa im Widerspruch zu maßgebenden Theorien der deutschen Reichswehr, sondern stimmt weitgehend mit den Auffassungen des Generals von Seeckt und vielen anderen führenden Militärs überein. Vornehmlich auf Seeckt berief sich Paul Levi anläßlich der durch den Panzerkreuzerbau ausgelösten Wehrdebatte, um die Thesen von der völligen Machtlosigkeit Deutschlands wegen des kleinen Heeres energisch zurückzuweisen.[1]) Es zeugt von hoffnungsloser theoretischer Verlotterung, wenn die Wehrpflicht einmal für eine überholte Form der Mobilisierung des menschlichen Rüstungsfaktors, dann aber wieder als die kraftvollste Entfaltung des personellen Rüstungsbestandes der gleichen Länder angesehen wird. Unter solchen Umständen ist keine theoretische Führung des Sozialismus möglich, politische Willensbildung schon gar nicht. Wir müssen uns wieder auf die theoretischen Grundlagen marxistischer Wehrpolitik besinnen, anders werden wir unsere Gegenwart nicht durchdringen können. Wenn die Diktatur doch nicht so allmächtig ist, wie ihre Befürworter behaupten, dann ist der Stand der Produktivkräfte, der sozialen Gliederung und der Staatsverfassung noch immer die Basis jeder Heeresverfassung und dann müssen die allgemeinen Veränderungen im sozialen Gefüge mit Notwendigkeit auch die Heeresverfassung entsprechend beeinflussen. Heute, im Zeitalter des totalen Krieges, wo es keine Trennung zwischen Volk und Armee, Rüstungsindustrie und Volkswirtschaft mehr gibt, selbstverständlich mehr denn je. Die marxistische Militärtheorie ist aber für uns politisch wertlos, wenn sie rein akademisch und nur für die vergangene Geschichte akzeptiert wird und die konkrete Auswirkung im heutigen Geschehen unbeachtet bleibt. Ein Musterbeispiel allseitiger marxistischer Durchdringung eines bedeutungsvollen Zeitabschnittes deutscher Geschichte ist auf dem hier erwähnten Gebiet die ausgezeichnete Arbeit »Schlachtflottenbau und Parteipolitik« des leider zu früh verstorbenen Eckart Kehr. Da ist kein Raum für rein »militärische Differenzen«, immer stehen größere Kräfte dahinter, stets stehen die verschiedenen sozialen Gruppen, ihre Innen-, ihre Wehr- und ihre Außenpolitik in engster Abhängigkeit voneinander. Die »Unklarheit« über den Charakter der deutschen Flotte ist hier nicht mehr das Resultat der Verworrenheit von Tirpitz oder des Psychopathen Wilhelms II. Vielmehr spiegeln sich in diesen Kämpfen die sozialen Gegensätze des wilhelminischen Deutschland.

Auch die scheinbar nur militärischen Gegensätze im gegenwärtigen Deutschland haben tiefere soziale Ursachen, und die Frage: Elitetruppe oder Massenheer, Wehrpflicht oder nicht, Schlachtflotte oder Küstenschutz usw. birgt weit mehr in sich als einen rein militär-technischen Streit.

Es kann heute wohl nicht mehr bestritten werden, daß im Nationalsozialismus bestimmte soziale Gruppen zur Macht gekommen sind, die sich den Gesetzen der Weltwirtschaft, denen sie sich nicht mehr gewach-

---

[1]) Neuerdings hat Oberleutnant Nehring vom Reichswehrministerium in seiner Schrift »Heere von morgen« Fuller als Vorbild hingestellt.

sen fühlten, durch Flucht in den Binnenmarkt, dessen Grundlagen nicht Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit sind, zu entziehen suchten. Das Bündnis Schwerindustrie, Großgrundbesitz und Kleinbürgertum hat in diesen gemeinsamen Abkapselungsbestrebungen seine Basis und leitete eine »antiliberale«, weltmarktfeindliche Autarkiepolitik ein. Selbstverständlich ergibt sich aus dieser Konstellation auch eine andere Wehrpolitik (gewollt und erzwungen zugleich), als sie etwa die deutsche Exportindustrie durch ihre schicksalhafte Verbundenheit mit dem Weltmarkt und ihrer daraus sich ergebenden Außenpolitik betreiben muß — und auch betreiben konnte. Wer Kolonien will, braucht eine Flotte, wer nicht daran denkt, wird die Landarmee bevorzugen, wer in erster Linie gegen Rußland marschieren will, wie Rosenberg, muß nicht notwendigerweise eine so ausgerüstete und durchgebildete Truppe haben, wie sie die Reichswehr anstrebt, die in ihren Reihen einen starken rußlandfreundlichen Flügel hat, der mit Rußland im Bunde gegen den Westen zu marschieren rechnet. Diese Gruppe war mehr oder weniger bewußt, doch der militärische Ausdruck dieses Weltbürgertums, das den kapitalistischen Westen stets als Rivalen betrachten muß. Der Nationalsozialismus aber führt die traditionell antirussische Politik des deutschen Großgrundbesitzes durch, die ebenfalls ihre realen ökonomischen Grundlagen hat und sicher nicht zufällig auch die Politik des kleinbürgerlichen Nationalsozialismus ist. Daß Seeckt als der Befürworter einer höchst modernen Armee, die auf Gedeih und Verderb mit der Weltgeltung Deutschlands verbunden ist, zugleich unbedingt prorussisch ist, beleuchtet, wie sehr er Repräsentant des heute zurückgedrängten Teils der deutschen Bourgeoisie ist, die in Rußland Absatzmarkt, wie Rohstofflieferanten und die militärische Rückendeckung gegen den Westen sieht.[1] Die prorussische Politik scheiterte im Vorkriegsdeutschland an der Macht der antirussischen Junker, die sich vom billigen russischen Getreide bedroht fühlten; für die Bourgeoisie war Rußland nie untragbar als Bundesgenosse. Dies alles hat früher Deutschlands Wehrpolitik, den Dualismus auf militärischem wie auf außenpolitischem Gebiet bedingt. Die Gegensätze sind heute wieder vorhanden, die militärischen Auswirkungen sind ebenfalls sichtbar: der harte Kampf um den Charakter der deutschen Armee, die Niederringung der SA, der Kampf um die Außenpolitik, die Frage: Autarkie oder Weltpolitik usw., alles dies hängt aufs engste miteinander zusammen.

In einem Brief an Engels betonte Marx, daß »die Geschichte der Armee anschaulicher als irgendetwas die Richtigkeit unserer Anschauung von dem Zusammenhang der Produktivkräfte und der sozialen Verhältnisse hervorhebt«. Engels selbst wies nach, daß die moderne Kriegführung das notwendige Produkt der französischen Revolution ist. Erst der bürgerliche Staat konnte die Truppe ausreichend verpflegen, bewaffnen, die nötige Zahl von Offizieren und die notwendige Intelligenz schaf-

---

[1]) Hiefür ganz besonders aufschlußreich »Seeckt, Deutschland zwischen West und Ost«, 1933.

fen. »Die Schläfrigkeit der vorrevolutionären Armeen hängt genau mit dem Feudalismus zusammen.« Entfaltung der kapitalistischen Produktion, Erhöhung des Reichtums, Sicherung der Finanzen, all das sind heute mehr denn je Voraussetzungen einer erfolgreichen Kriegführung. Gegen die Abessinier mag man noch mit den alten Formationen auskommen, je entwickelter aber der vermutliche Gegner ist, um so moderner muß der betreffende Staat sein. Dies ist der Grund dafür, daß agrarische Staaten aus militärischen Gründen ihr eigenes Gefüge erschüttern und sich industrialisieren mußten. Diese Erkenntnisse sind heute nicht mehr allein das Eigentum des Marxismus. Jüngst hat sie der englische General Fuller sehr klar ausgesprochen. Er stellte ein Gesetz der militärischen Entwicklung auf, ohne zu wissen, daß er Marx folgt, den man in England ja bekanntlich erst jetzt entdeckt:

> »Bei Prüfung der Geschichte — und in der vergangenen Geschichte liegt der Hauptteil künftigen Wissens — läßt sich ein Gesetz der militärischen Entwicklung entdecken, dies nämlich: die Streitkräfte passen sich der sie umgebenden Zivilisation an und müssen sich dementsprechend wandeln, um kriegstauglich zu bleiben, mag die Entwicklung auch langsam sein, sie ist sicher und gewiß, trotz der Torheit der Menschen.«

Für Fuller ist ein Land militärisch immer nur soweit modern, als es zivilisiert ist. »Zivilisation bedeutet Beschränkung des kriegerischen Geistes, welcher aus unkultivierter Umgebung geboren ist.« Auch die Taktik ist für Fuller — genau wie für Marx und Engels — ausschließlich das Resultat ökonomischer Veränderungen:

> »Welches ist die Haupttriebfeder in diesem Uhrwerk der Taktik? Der sogenannte kulturelle Fortschritt, oder besser gesagt, der Wohlstand. Während der beiden Zeitalter, des klassischen und christlichen, kam jede Vervollkommnung der Waffen aus den Städten ... der wachsende Wohlstand des dreizehnten Jahrhunderts führt zur Einführung der Feuerwaffe, das von Clive in Indien beschlagnahmte Gold und Silber finanzierte die industrielle Entwicklung Englands. Kurz darauf erfolgen Erfindungen von Waffen in ungeheurer Zahl, und wir sind noch nicht am Ende derselben.«

Der rapide Sturz des deutschen Exportes bedeutet nicht nur eine Finanzkrise im engeren Sinne, sondern durch diese Abkehr von der Weltwirtschaft werden beim gleichzeitigen Erstarken der englischen Wirtschaft zugleich schwerwiegende militärische Interessen berührt. Die technische Entwicklung Deutschlands, die Produktionskapazität, wichtige Voraussetzungen moderner Wehrfähigkeit, sind unmittelbar gefährdet. Als in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhundert infolge der Gefahr eines Zweifrontenkrieges, den die schwankende deutsche Diplomatie heraufbeschwor, das Heer erweitert werden mußte, konnte dies nur durch stärkere Einschaltung Deutschlands in den Welthandel ermöglicht werden. Der Reichskanzler Caprivi, der auch General war, vollzog diese Entwicklung, als Konservativer selbst nicht sehr erbaut davon, und vor allem nicht ohne Widerstand der Agrarier. Das drückte den Tatbestand aus, daß Deutschland aufgehört hatte, ein Agrarstaat zu sein, den Reichtum mußte die Industrie schaffen. Man soll nicht glauben, alle deutschen Militärs seien sich dieser einfachsten Tatbestände nicht bewußt. Nicht

nur, daß die Schrumpfung des deutschen Exports infolge künstlicher Stützung lebensunfähig gewordener Gesellschaftsgruppen (Mittelstandspolitik, Großgrundbesitzerhaltung usw.) die Lebensgrundlagen des deutschen Kapitalismus antastet, verschlechtern sich auch die Lebensbedingungen der Bevölkerung dermaßen, daß der personelle Rüstungsbestand auch von dieser Seite her bedroht wird. Hauptmann Schmid hat das in einer jüngst erschienenen Broschüre »Kriegsgewinne und Wirtschaft« sehr deutlich ausgesprochen. Der nationalsozialistische »Antikapitalismus« ist ebenso wie jener der Agrarier rückwärtsgerichtet. Die einen zerren zünftlerisch, die anderen feudalistisch Deutschland in die Vergangenheit zurück. Diese Funktion des Nationalsozialismus, sein Eigengewicht, darf man nicht übersehen, bei allen Konzessionen, die er an ausgesprochen großkapitalistische Kreise zu machen gezwungen ist. Eckart Kehr hat über die Wehrpolitik des Kaiserreiches sehr richtig gesagt:

> »In einem Staat, dessen Gesellschaft in einem so ausgedehnten Maße vom Offizier beherrscht wurde, identifizierte die Mehrzahl der Menschen das Problem der Stärkung der internationalen Machtstellung mit der mechanischen Vermehrung der Zahl an Soldaten, Gewehren und Geschützen. Einige intelligente Köpfe beschäftigten sich auch mit der finanziellen Kriegsrüstung, die Frage der sozialen Basierung der Machtpolitik blieb geistiges Eigentum einiger unbeachteter Outsider.«

Die kleinbürgerlich-feudalistisch-schwerindustrielle Basis ist zweifelsohne nicht die geeignete Basierung der Machtpolitik des kapitalistischen Deutschland. Die Abkehr vom Weltmarkt kann auf die Dauer nur mit der Ausschaltung Deutschlands aus der Reihe der Weltmächte enden. Und die heutige mechanische Vermehrung der Waffen und Soldaten hat in sehr erheblichem Umfang außermilitärische Gründe, die ihre Ursachen eben in der erzwungenen Binnenmarktkonjunktur haben. Die allgemeine Wehrpflicht ist u. a. zugleich die Unterbringung von 500.000 Leuten, die ohne Kontrolle gefährlich werden könnten. Sie ist nicht Stärke, sondern Schwäche. Und dies noch aus einem anderen Grunde: Rückgang der Technik und Schrumpfung der Finanzen bedeutet, daß Masse Mensch die Maschinen ersetzen muß, wie im Frieden, so im Krieg. Wie die industriell unentwickelten Länder aus ihrer Struktur heraus am für andere Staaten schon überholten Massenaufgebot festhalten müssen, so sind die sich ökonomisch rückentwickelnden Staaten gezwungen, entsprechend ihrem industriellen Rückschrittstempo von der Qualität auf die Quantität, von der Maschine auf den Menschen zurückzugreifen. Und schließlich muß die Rückkehr zu zünftlerisch-feudalistischen Arbeits- und Lebensformen nicht nur einen erheblichen Teil des deutschen Kapitalismus, sondern auch die Lebensgrundlagen des Proletariats gefährden, für das Weltwirtschaft — wenigstens was Deutschland anbelangt — Schicksal geworden ist. Es sind die tragenden Kräfte der modernen Gesellschaft, die durch das heutige Regime bedroht werden. Dies bedingt die Unmöglichkeit, Beziehung zur Arbeiterklasse zu erlangen. Die Arbeiter sind aber die ausschlaggebenden Soldaten für den modernen mechanischen Krieg. Fuller sagt:

»Wo sind für einen solchen Krieg die geschicktesten Soldaten zu finden? Nicht auf dem Drillplatz oder in der Kaserne, vielmehr in der Werkstatt und in der Garage. Die Massen der Infanteristen, die heutzutage gegen ihren Willen eine Belastung des Heeres sind, werden diesen Männern gegenüber, die steuern und reparieren können, die im Zeitalter der Maschine geboren sind und das Gefühl für Maschine und Mechanismus haben, so ohnmächtig sein, wie Crassus bei Karrhä war, als ihn die parthischen Reiter umwogten.«

Das moderne Heer ist also entscheidend auf den Arbeiter angewiesen. Darum bevorzugt die Reichswehr heute noch junge intelligente Arbeiter. Nicht zufällig sind in der deutschen Reichswehr nur 17 Prozent der Truppe aus landwirtschaftlichen Schichten. Die moderne kapitalistische Armee — das ist der an die Front verpflanzte Großbetrieb mit den differenzierten Qualitäten des modernen Industriearbeiters —, der SA-Militarismus ist die Auflehnung gegen diesen Tatbestand, wie der Nationalsozialismus die Auflehnung gegen den modernen Industrialismus mit all seinen Konsequenzen für die mittelständerischen Gruppen ist. Mechanisierung des Heeres bedeutet: Verlegung des Schwergewichts auf den Arbeiter, freiwilliger Einsatz denkfähiger Einzelkämpfer, allgemeine Wehrpflicht bedeutet: Vermengung von Arbeitern mit Kleinbürgern und Bauern, zwangsweise Abkommandierung gedrillter, unqualifizierter Masse, bedeutende Schwächung der proletarischen Position, aber auch der militärischen Kraft. Die allgemeine Wehrpflicht ist Rückkehr zu überholten Formen des Militarismus, ganz wie Erbhofgesetz, Autarkie usw. Rückkehr zu überlebten Formen auf dem Gebiete der Wirtschaft sind. Für die heutige Bündnisgruppe Schwerindustrie, Großgrundbesitz und Kleinbürgertum ist dies jedoch eine Zwangsläufigkeit. Auf jeden Fall ist die allgemeine Dienstpflicht, wobei der Dienst mit der Waffe nur einem Teil zufällt, die Weiterführung des Wehrpflichtgedankens Scharnhorsts. Der frühere aktive Offizier der Reichswehr, Ernst Jünger, sagt darüber:

»Die Mobilmachung durch die allgemeine Wehrpflicht wird also durch die totale Arbeitsmobilmachung abgelöst. Als Nachfolgerin der allgemeinen Wehrpflicht deutet sich somit eine umfassende Arbeitsdienstpflicht an, die sich nicht nur auf die waffenfähige Mannschaft, sondern auf die Gesamtbevölkerung und ihre Mittel erstreckt, und die zu verwirklichen wir die großen historischen Mächte am Werke sehen. Die Bedeutung dieser Art von Dienstpflicht entspricht der Bedeutung der verschiedenen Armee-Reorganisationen, durch die das 19. Jahrhundert eingeleitet wird. Ihre Verwirklichung kann nur in dem Maße gelingen, in dem Beziehung zur Gestalt des Arbeiters besteht, sie ist die Morgengabe des Arbeiters an den Staat.« (Der Arbeiter.)

Inwieweit es dem deutschen Kapitalismus überhaupt noch möglich ist, in diesem Sinne die totale Mobilmachung durchzuführen, selbst wenn jene Gruppen wieder ausschlaggebend werden sollten, deren lebendigster Ausdruck die Konzeption Seeckts ist, sei zunächst dahingestellt. Absolut sicher jedoch ist, daß dem Dritten Reich sozial, ökonomisch und politisch

außerordentlich enge Grenzen dabei gesteckt sind. Die Reichswehr verkörperte nach Zusammensetzung, Ideologie, Taktik und Außenpolitik ein ganz bestimmtes Deutschland. Als dieses Deutschland im Gefolge der nationalsozialistischen Umwälzung eine grundlegende Strukturveränderung durchmachte, mußte das Regime zwangsläufig auch in ihren Bestand eingreifen, was sich ebenso bewußt wie auch automatisch vollzog. Damit erübrigt sich auch die Frage, ob Hitler die Reichswehr oder die Reichswehr den Hitler hat, niemand ist der Gefangene des anderen, vielmehr besteht auf militärischem Gebiet — auch innerhalb der Reichswehr selbst, — noch immer Dualismus und Chaos wie auf außenpolitischem, wirtschaftlichem usw. Daß selbst nach Veröffentlichung des neuen Wehrgesetzes noch immer nichts Konkretes zur Wehrpflicht vorliegt, ist nur e i n Ausdruck dieser Tatsache. Wenn es nach den amtlichen Mitteilungen über die Tauglichkeit zum Heeresdienst geht, dann wird es in Deutschland keine a l l g e m e i n e Wehrpflicht mehr geben, denn die dort gestellten Anforderungen sind sehr groß. Davon abgesehen ist die allgemeine Wehrpflicht ja schon im Kriege nicht mehr durchführbar gewesen, weil Mitte 1918 allein in der Kriegsindustrie 2,424.000 Wehrpflichtige unentbehrlich beschäftigt waren. Dieses Verhältnis wird sich noch sehr zuungunsten der Wehrpflicht verändern. Weite Kreise der deutschen Reichswehr sind gegen diese allgemeine Wehrpflicht die militärisch überholt ist und die außenpolitische Lage übermäßig verschärft hat. Sind die oppositionellen Militärs reaktionärer als die Nationalsozialisten? Es ist bezeichnend, daß sich gerade Blomberg stets gegen solche Vorwürfe schützen, und versichern muß, daß Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht kein Rückwärtsdrehen der Geschichte ist. Auf den ersten Blick scheint es, daß sich im kleinen Heer »Furcht vor den Massen« ausdrückt. Wenn man aber denkt, daß gerade beim kleinen Heer durch die nun notwendige Qualitätsarbeit in der Heimat und an der Front, durch den militärisch für diese Taktik notwendigen freiwilligen Einsatz, die Intelligenz und die Eigeninitiative gerade die Bedeutung der Arbeiterschaft für diese Kriegsführung ungeheuer steigt, dann sehen die Dinge schon anders aus. Die auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhende Heeresverfassung erscheint als das kleinere Uebel für das Regime.

Welch große Furcht müßten da gerade die demokratischen Amerikaner und die Engländer vor den Massen haben, denn bekanntlich ist der Gedanke der modernen Taktik und die entsprechende Mechanisierung der Armee nirgends fortgeschrittener als dort. Es ist gerade umgekehrt richtig: England und Amerika können sich auf Grund ihrer ökonomischen wie auch politisch und sozialen Lage ein moderneres Heer und eine beweglichere Taktik leisten. Die Mechanisierung des Heeres und der Kriegsführung kann sowohl materiell wie personell nur durch die allgemeine Industrialisierung ermöglicht werden. Wo man zu handwerksmäßigen Produktionsmethoden und zu absolutistischen Herrschaftsverhältnissen zurückkehrt, werden die Grundlagen zeitgemäßer Wehrhaftigkeit zerstört. Das ist die Dialektik der Geschichte. Hier gibt es kein Entweichen, mag

die Gewalt sich noch sehr einbilden, sie werde diese Tatsachen der Entwicklung bezwingen.

So stellt sich uns bei dialektischer Betrachtung der Dinge die Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht als die militärische Form der allgemeinen deutschen Reaktion dar. Der siegreiche Sozialismus wird, soweit er noch mit militärischen Auseinandersetzungen rechnen muß, selbstverständlich keine allgemeine Wehrpflicht mehr kennen, er wird jene Taktik restlos verwirklichen, für die dem Kapitalismus im allgemeinen und dem deutschen agrarisch-mittelständischen Reaktionsblock im besonderen, viele oder gar alle Voraussetzungen fehlen. Wie die moderne Kriegsführung des 19. Jahrhunderts an die Befreiung des Bauern, so ist die Verwirklichung der aus dem Weltkrieg gezogenen Erfahrungen und also die modernen Kriegsführung von heute, an die grundlegende Umgestaltung des proletarischen Seins gebunden. Diesem Ziel kann sich der Kapitalismus zwar — je nach seiner inneren Lebensfähigkeit und Machtgrundlage — immer nur partiell nähern, aber die nationalsozialistische Kombination mußte sich aus ihrer inneren Gesetzmäßigkeit heraus notwendigerweise sehr weit von diesem Ziel entfernen — und das ist der tiefere Sinn der Proklamierung der allgemeinen Wehrpflicht im gegenwärtigen Deutschland.

Ob sich alle Militärs dieser Tatbestände bewußt sind oder nicht, ist belanglos. Entscheidend ist, daß jener Teil, der durch biologisch oder sozial bedingte Beschränktheit nicht daran gehindert wird, die aufgezeigte Problematik auch nur teilweise zu erkennen (oder wenigstens zu ahnen), notwendigerweise in die Nähe jener gegenwärtig ins Hintertreffen geratenen Gruppe des deutschen Bürgertums geraten muß, die aus materiellem, sozialem und ideologischem Interesse nicht darauf verzichten kann, auf Aenderung oder gar Ueberwindung des gegenwärtigen Regimes hinzuarbeiten. Moderner Militarismus und modernes Bürgertum sind ebenso eng miteinander verbunden, wie es seinerzeit die Militärreformen Scharnhorsts mit den allgemeinen Zielen des aufbegehrenden Bürgertums waren. Nicht zufällig deckte sich die Rigaer Denkschrift Hardenbergs in ihrem militärischen Teil vollkommen mit den Bestrebungen Scharnhorsts, dem Vorsitzenden der Reorganisationskommission.

Aus dem Vorhandensein zweier Strömungen — die übrigens auch durch die Reichswehr hindurchgehen, weil diese gar nicht so einheitlich ist, wie es sowohl die von ihr selbst, als auch die von Gegnern und Kritikern gepflegte Legende (typisch: Olden, Hindenburg) wahrhaben will — ist keineswegs zu folgern, daß die moderne Strömung unter allen Umständen siegen m u ß, nur weil sie modern ist. Auch ergeben sich aus dem Erkennen verschiedener Richtungen noch keineswegs irgendwelche politisch-taktischen Schlußfolgerungen, weil die Richtigkeit der bisherigen sozialistischen Taktik, der jeweils fortschrittlichsten Fraktion des Bürgertums die Unterstützung der Arbeiterschaft zu leihen, in Hinblick auf die geschichtlichen Erfahrungen, sowie die veränderte Situation des Weltkapitalismus im allgemeinen und des deutschen Kapitalismus im besonderen, nunmehr außerordentlich stark bezweifelt wird. Wie weit mit Recht das zu erörtern, weist über diese Arbeit hinaus.

GLOSSEN

Die »faschistische Wirtschaft«.

Der Begriff »faschistische Wirtschaft« ist ein nonsens. Der Faschismus ist eine Form der Diktatur, die zwar einer bestimmten Wirtschaftsstruktur besonders angepaßt ist, aber weder diese Wirtschaftsstruktur schafft noch unbedingt ihre politische Ergänzung ist. In einem gleichzeitig deutsch und italienisch erschienenen Sammelwerk[1]) versucht nun Dobbert so etwas wie eine Theorie der »faschistischen Wirtschaft« apologetisch zu konstruieren. Wissenschaftlicher Charakter muß diesem Versuch der Zielsetzung und Problemstellung wegen von vornherein abgesprochen werden. Zwar handelt es sich um keine Propagandaschrift, aber um eine politische Zweckschrift — und als solche ist sie politisch durchaus interessant und hat sie Niveau.

Das Werk wurde ausgearbeitet und zusammengestellt im Jahre 1934, als das Naziregime in Deutschland auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens nach festen, dauerhaften und zugleich elastischen Formen und Methoden der staatlichen Regulierung suchte und die Experimente sich in schneller Folge ablösten. Der Zweck des Buches brauchte darum nicht expressis verbis im Vorwort genannt zu werden, er liegt auf der Hand: Deutschland »mit den Prolemen und Tatsachen der faschistischen Wirtschaft bekannt zu machen«, da das Dritte Reich zum Teil prinzipiell ähnliche oder gleiche Probleme zu lösen hat.

Die ökonomische Wurzel des Uebergangs von demokratischen bürgerlichen Herrschaftsformen zu autoritären (von denen die faschistische nur eine, besonders virulente, aber an spezifische soziale und politische Voraussetzungen gebundene Form ist) ist der vor unseren Augen international sich vollziehende Uebergang von der »freien« imperialistischen zur staatlich regulierten imperialistischen Wirtschaft, die wir mit Etatismus bezeichnen. Das eigentliche Wirtschaftsproblem des Faschismus besteht darin, die heiligen Prinzipien des Privateigentums an den Produktionsmitteln, der privaten kapitalistischen Initiative und der privaten Ausbeutung der gesellschaftlichen Arbeit zu sichern durch ihre Beschränkung und Reglementierung. Anders ausgedrückt: Die gewaltig angewachsenen Produktivkräfte, die überall die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu sprengen drohen, gewaltsam in diese Ordnung zu zwängen, teils durch Unterdrückung der Produktivkräfte, teils durch politische Verstärkung des kapitalistischen gesellschaftlichen Zusammenhalts, teils durch Reorganisation und Neuformierung bestimmter Elemente des kapitalistischen Systems.

Diese Wurzel der staatlichen Wirtschaftsregulierung muß den faschistischen Oekonomen verborgen bleiben. Ja, die Frage danach kann von ihnen garnicht gestellt werden, da ihre Beantwortung zugleich den vorübergehenden Charakter des faschistischen Regimes enthüllt. Für die Oekonomen des Faschismus stellt sich lediglich das praktische Problem der Wirtschaftsregulierung, dem sie rein empirisch und experimentierend unter Auswertung des Erfahrungsmaterials von Vergangenheit und Gegenwart zuleibe rücken. So hebt Dobbert »die realistische

Staatskunst des Faschismus« hervor, »die darin besteht, sich nicht durch Doktrin oder Satzung zu binden.« Es ergibt sich so zwar ein System der Staatsinterventionen der mannigfaltigsten Art, aber »dieses System, den Anforderungen der jeweiligen Situation angepaßt und daher mosaikartig zusammengesetzt, enthält viele heterogene Elemente und daher Widersprüche, die die positive Wirkung mancher Staatsmaßnahmen schwächen oder sogar aufheben.«

Erst im Verlauf der Weltwirtschaftskrise wurde der Faschismus sich des wirklichen Umfangs seiner Aufgabe als Sicherer des kapitalistischen Systems voll bewußt, erkannte er klar, daß es sich nicht nur darum handelt, den Kapitalismus »vor dem Bolschewismus zu retten«, sondern ihn in neue organisatorische Formen zu gießen. Im November 1933 verkündete Mussolini das »Ende der liberalen Wirtschaft«. Sie war zwar schon lange tot. Da aber die Todesursache nicht klar erkannt wurde, glaubte man bis zur Weltwirtschaftskrise immer noch gerne an einen Starrkrampf. Seitdem wird versucht, die Organe der Regulierung der Wirtschaft und die einzelnen Regulierungsmaßnahmen, die ad hoc entstanden waren, so zu koordinieren, daß sie reibungsloser und dauerhaft funktionieren können.

> »Die lieberale Wirtschaft soll durch die korporative Wirtschaft abgelöst werden, d. h. durch eine ständisch gegliederte, staatlich disziplinierte, geleitete und kontrollierte wirtschaftliche ‚Selbstverwaltung', wobei der Staat je nach Bedarf, d. h. nach seinem Ermessen seinen Einfluß verstärken oder abschwächen kann. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet hat sich der faschistische Staat die ‚potentielle Totalität' seiner Funktion gesetzlich gesichert«. (S. XIV).

Von diesem Gesichtspunkt aus sind in dem Sammelwerk in einer Reihe von Einzelabhandlungen, die Entwicklung und staatliche Regulierung der Agrarwirtschaft, der Industrie, der Finanzpolitik, des Geld-, Kredit- und Versicherungswesens, Binnenmarkt und Außenhandel, Bevölkerungspolitik usw. unter dem faschistischen Regime von deutschen und italienischen Spezialisten[2]) dargestellt worden. Da es sich um die erste umfassendere Monographie der italienischen Wirtschaft unter faschistischer Herrschaft handelt, sind die Darstellungen als Materialsammlungen sehr wertvoll, wobei man sich stets ihrer Einseitigkeit bewußt zu bleiben hat.

Bestimmte Zwangsmethoden der staatlichen Wirtschaftsführung und die industriefeudalistischen Grundsätze, die sich genau so im Dritten Reich in krassester Form zeigen, werden hier von faschistischen Autoren mehr oder minder offen als fundamentale Wesenszüge der »faschistischen Wirtschaft« überhaupt zugegeben. Diese Faschisten sehen manche Dinge klarer und realistischer als viele vor allem der deutschen Antifaschisten, die in gewissen scheinbar antikapitalistischen Maßregeln eine ungewollte Wegbahnung zum Sozialismus zu sehen meinen. So enthüllt Dobbert z. B. ziemlich unverblümt den wirklichen Inhalt des faschistischen sogenannten »produktiven Prinzips« der staatlichen Wirtschaftsführung:

> »Das produktive Prinzip, das sich aus der Uebereinstimmung der Unterordnung der finanzpolitischen Maßnahmen des Staates unter die Wirtschaftspolitik ergibt, tritt sowohl bei der staatlichen Ausgabengebarung, wie insbesondere bei der Landesverteidigung zutage: Bei den Staatsausgaben, indem außer Subventionen an wirt-

schaftlich gefährdete Betriebe, deren Erhaltung im gesamtstaatlichen Interesse liegt, große öffentliche Mittel (in 10 Jahren ist der Staat Verpflichtungen für insgesamt 36 Milliarden eingegangen, von denen er 25 Milliarden Lire effektiert hat) für öffentliche Arbeiten bereit gestellt werden ... bei der Lastenverteilung, indem möglichst nach dem Grundsatz wirtschaftspolitischer Zweckmäßigkeit vorgegangen wird unter Zurückstellung liberaler und s o z i a l e r (von uns gesperrt H. W.) Momente. Der Staat deckt seinen Finanzbedarf, wie und wo er es als zweckmäßig erachtet, wobei er auf die Stellen, an denen sich in der Volkswirtschaft Kapital akkumulieren soll, mit seinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen bewußt und systematisch einwirkt ... Diese Auffassung kommt z. B. in den ... auf Grund des produktiven Prinzips erlassenen und von faschistischer Seite nunmehr fast übereinstimmend als zweckmäßig anerkannten Steuerreform des ersten faschistischen Finanzministers D e S t e f a n i deutlich zum Ausdruck, d i e e i n s e i t i g a u f e i n e S c h o n u n g d e s K a p i t a l s a b g e s t e l l t w a r e n u n d d i e f i n a n z i e l l e B e l a s t u n g b r e i t e r V o l k s s c h i c h t e n v e r s c h ä r f t e n.« (S. 136/37).

Oder an anderer Stelle:

»Werden die Ausgaben für die Wirtschaftsverwaltung und zum großen Teil auch für die öffentlichen Arbeiten ... aus dem Etat (d. h. aus ‚der Belastung breiter Volksschichten' H. W.) bestritten, so werden dagegen die Aufwendungen für die zahlreichen Staatsinterventionen in die Wirtschaft zum großen Teil durch Inanspruchnahme des Kredits gedeckt, indem der Staat für diese Zwecke in späteren Etats verfügbare Summen durch die von ihm abhängigen Kreditinstitute vorfinanzieren läßt. Es ist bezeichnend für den faschistischen Staat, daß er das Sparkapital als Finanzierungsquelle staatlicher Wirtschaftsmaßnahmen in rigoroser Weise und in einem ganz außerordentlichen Ausmaß in Anspruch nimmt, um es systematisch in den Dienst seines Wirtschaftsprogramms zu stellen.« (S. 133/134.)

Sparkapital, d. h. Rücklagen der kleinen Leute, wird enteignet — zugunsten des Industriekapitals. Auch ohne daß sie mit einem Wort angedeutet wird, drängt sich die Frage auf, wer denn eigentlich dieser Staat ist, der sich immer mehr als allbeherrschendes Wirtschaftssubjekt in den Vordergrund rückt, in wessen Auftrag dieser Staat handelt. Indirekt gibt Prof. T r a v a g l i n i die Antwort:

»Die neue geistige Orientierung in Italien hat gerade durch die Industrie von heute, ihre letzten Entwicklungs- und Erscheinungsformen, ihre gegenwärtigen Tendenzen sowie ihre wirklichen und scheinbaren Widersprüche . . einen der ersten Impulse zur Erneuerung und Begründung wirtschaftlicher Einrichtungen erhalten. (Es ist dieses nur ein Moment unter unendlich vielen und dieser Hinweis sollte genügen, um mich nicht eines ökonomischen Determinismus zu beschuldigen.) Die korporative Ordnung und Disziplin hat gerade auf dem Gebiete der Industrie bald eine Möglichkeit gefunden (und werden sie auch in Zukunft immer wieder finden), als Reaktion und Korrektiv der vorhergehenden Strömungen sich schöpferisch zu betätigen.« S. 66/67.

Hier liegt eine der entscheidenden Bruchstellen der faschistischen Ideologie. Je mehr der Staat der entscheidende Wirtschaftsregulator und Kapitalinvestor wird, um so weniger kann er seinen sozialen Charakter verschleiern, um so mehr verliert sich der Anschein einer neutralen Stellung des Staates über den »Interessentenhaufen«, um so konkreter gestaltet sich die Frage: Wer ist der Staat? Jede ökonomische Untersuchung führt im Zeitalter des Etatismus unmittelbar zur Frage nach dem Charakter des

Staats. Auch wenn ihr bewußt ausgewichen wird wie in dem vorliegenden Buche, so drängt sie sich dennoch fast auf jeder Seite auf. Die Wirtschaftsvorgänge selbst stellen sie täglich und spitzen sie immer schärfer zu. Die faschistischen und autoritären Regimes unterdrücken nach Möglichkeit die ökonomische Tatsachenpublizistik und vor allem — Kritik. Sie brauchen aber ein gewisses Maß von theoretischer Diskussion über die technischen, verwaltungstechnischen, organisatorischen und Verteilungsprobleme der Wirtschaft, und die ist nicht ganz ohne Tatsachenmaterial möglich, — und bei jeder Spezialfrage, zu der die theoretische Diskussion Stellung nehmen soll, taucht unvermeidlich die Frage auf: Wem soll die umstrittene Maßnahme dienen?

Und »das Volk« stellt zu jedem Regierungseingriff dieselbe Frage.

Die theoretische ökonomische Forschung verflacht in den faschistischen Staaten wie überhaupt die Geisteswissenschaften. Der eng begrenzte »Spez« setzt sich auf allen Gebieten durch. Statt dessen reift ein Zustand heran, in dem die Tatsachen selbst sich eines großen Teils ihres »falschen gesellschaftlichen Scheins«, der bisher nur mit Hilfe der wissenschaftlichen Analyse durchdrungen werden konnte, zu entkleiden und sich in einer sehr brutalen Nacktheit zu zeigen beginnen. Die faschistische Propaganda verliert mit dem falschen Schein der Wirklichkeit einen ihrer wichtigsten Bundesgenossen. Sie gerät in offenbaren Widerspruch zu den Tatsachen selbst, umso ehrlicher zu werden, je verlogener die Propaganda.

Wir stehen erst am Anfang der etatistischen Entwicklung auch in den faschistischen Staaten. Der Staat bemüht sich, die Tendenzen, die ihn aus einem Schirmherrn der Ausbeuter in den direkten und unverhüllten Ausbeuter selbst verwandeln, aufzuhalten. Vorübergehend gelingt es ihm. Aber die Widersprüche des Kapitalismus sind stärker als der Wille der Diktaturen und erzwingen den weiteren Ausbau des Staatsinterventionismus. Der Staatsinterventionismus oktroyiert geradezu die Frage nach dem Staate, er enthüllt alle ökonomischen und alle sozialen Fragen als Machtfragen, denen auszuweichen nicht möglich ist. (Ein für das so heiß umstrittene Problem der Bewußtseinsbildung außerordentlich bedeutsames Moment.)

Hierin liegt zugleich die Erklärung dafür, daß alle bürgerliche Oekonomie der Gegenwart — nicht nur die faschistische — gezwungen ist, sich immer mehr auf Detailfragen »technischer« Art zu beschränken. Aus einer theoretischen Wissenschaft wird die bürgerliche Oekonomie zur Verwaltungswissenschaft, wofür das von Dobbert herausgegebene Werk ein sehr charakteristisches Beispiel ist.

H. W.

---

[1]) Die Faschistische Wirtschaft, Eingeleitet und herausgegeben von Dr. Gerhard Dobbert. Berlin, Reimar Hobbing, 1934.

[2]) U. a. Robert Michels, Volrico Travaglini, Fruccio Lantini, Alberto De' Stefani, Hans Posse u. a. m.

BUCHBESPRECHUNGEN

Emil Ludwig: Hindenburg und die Sage von der Deutschen Republik. Querido-Verlag, Amsterdam 1935. 378 Seiten.

Im Vergleich mit dem Hindenburg-Buche Oldens bedeutet das Buch Emil Ludwigs einen Abstieg. Es ist kein Buch der Geschichte, kein Versuch, die geschichtlichen Zusammenhänge in Verbindung mit den gesellschaftlichen Triebkräften plastisch zu gestalten, sondern es ist ein geschichtliches Feuilleton, in dem Tatsachen, nicht immer richtig gesehen, mit oberflächlichen Konstruktionen und psychologisierenden Betrachtungen aneinandergereiht werden.

Der Standpunkt Emil Ludwigs ist der eines liberal-pazifistischen Bürgers, mit einem leichten Anflug von Salonbolschewismus. Solange er sich auf die Ergebnisse der historischen Forschung über die Kriegsvorgänge und die Diktatur Hindenburg-Ludendorffs stützt und das Doppelspiel der Obersten Heeresleitung im letzten Kriegsjahr demaskiert, bietet seine Darstellung einen guten Beitrag zur Bekämpfung der Unschuldslüge des preußisch-deutschen Militarismus. Aber sobald er darüber hinaus auf die Nachkriegsereignisse zu sprechen kommt, offenbart er mitunter eine völlige Unkenntnis der politischen Zusammenhänge und insbesondere eine völlige Verständnislosigkeit gegenüber den Vorgängen in der deutschen Arbeiterbewegung.

Unerträglich ist der snobistische Hochmut, mit dem Emil Ludwig über das geistige Ringen in der sozialistischen Arbeiterbewegung urteilt: »Warum gähnte die Langeweile aus den Programmen, deren Grundlegendes in seinen 2000 Worten nicht ein einziges neues von Klang und Farbe enthielt? Dem Arbeiter wurde das Selbstgefühl nicht gegeben, das ihn empfinden ließ: Der Staat, das bin ich! Dem Bürger wurde nichts gezeigt, was ihn verführen könnte... Keine neuen Hymnen und keine neue Fahne, kein Redner und kein Autor, kein Kleid und keine Geste glänzte auf, um einer der alten Embleme beraubten Menge zu leuchten...« So kann nur einer sprechen, der fern von der proletarischen Masse und ihrer großen sozialen und kulturellen Aufbauarbeit, in den Kampfjahren der Republik ein beschauliches Literatendasein führte, um hinterher der »Unfähigkeit« und »Schwäche« der Sozialisten die Hauptschuld am Zusammenbruch der Republik zuzuschreiben. Wer heute schreiben kann: »Der Smoking hat die Republik verdorben«, zeigt, daß er blasierte Geistreichelei höher stellt als die Erforschung der Wahrheit.

Diese kritischen Bemerkungen waren notwendig, weil die gerügten Mängel den Wert des Buches beeinträchtigen, das in seiner Anklage gegen die Mächte der Vergangenheit in vielem konform geht mit den Anklagen der oppositionellen und revolutionären Parteien. Aber gerade dieser Umstand zwingt, ihm gegenüber einen strengeren Maßstab als früher anzuwenden. Viator.

Leopold Franz: Die Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur. Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad 1935. 70 Seiten, Preis Kč 13.—.

Die vorliegende Schrift berührt die brennendsten Probleme der modernen Arbeiterbewegung. Sind die Gewerk-

schaften nur Organe für die Erkämpfung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft oder sind sie Kampforgane für den Sozialismus? Sind sie nur lebensfähig in der politischen Demokratie oder haben sie auch im Kampf gegen die Diktatur wichtige Aufgaben zu erfüllen? Auf diese Fragen sucht Franz durch eine Uebersicht, die sowohl die Theorie wie die Praxis der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedensten Ländern behandelt, Antwort zu geben.

Der Ausgangspunkt seiner Betrachtungen ist der, daß das Zentralproblem jeder Arbeiterbewegung und jedes modernen Staates das der Beschränkung oder der Beseitigung des aus dem Eigentum fließenden Herrschaftsverhältnisses ist. Träger des Kampfes gegen die Gewalt des Eigentums sind die Gewerkschaften. Sie führen diesen Kampf auf fünf Gebieten: im Betrieb, im Unternehmen, auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Warenmarkt und im Staat. Ihr Ziel kann nicht nur sein, dem Arbeiter gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern, sondern sie müssen ihm einen neuen sozialen und politischen Status erkämpfen. Vier Phasen der gewerkschaftlichen Entwicklung sind zu verzeichnen: der Periode des autokratischen Liberalismus entspricht das Zeitalter der Gewerkschaftsverbote; der des aufgeklärten Liberalismus das der Gewerkschaftsduldung; der der Demokratie das Zeitalter der Gewerkschaftsanerkennung und der der faschistischen Diktatur das Zeitalter der Gewerkschaftszerstörung. Die Weimarer Demokratie hatte dem arbeitenden Menschen ein bis dahin unbekanntes hohes kulturelles Niveau geschaffen und den Anfang für einen neuen und politischen Status der Arbeiterschaft erkämpft. Aber tiefgreifende Wandlungen in der ökonomischen und sozialen Struktur, Dauerarbeitslosigkeit, veränderte Zusammensetzung der Arbeiterbewegung und Staatskrise haben die Macht der Gewerkschaften geschwächt und schließlich den Durchbruch des Nationalsozialismus zur Macht ermöglicht. »Für die Gewerkschaften bestand seit 1930 nur die Möglichkeit, hundertprozentige politische Verbände zu werden, ihre gesamte Macht dafür einzusetzen, die Demokratie und die politischen Freiheitsrechte aufrecht zu erhalten, weil nur durch Erkämpfung der Staatsgewalt ihre Existenz und die Sicherung der Menschenrechte des Arbeiters gesichert gewesen wären ... Statt dessen haben die deutschen Gewerkschaften von 1932 an den gegenteiligen Weg eingeschlagen. Sie haben versucht, sich eine neue Ideologie zu schaffen, die Erklärung des 1. Mai zum Nationalfeiertag durch die Regierung Hitler als einen Sieg des Gewerkschaftsgedankens hinzustellen. Sie haben sich langsam von der Sozialdemokratischen Partei getrennt, um ihre Organisationen zu retten.« Sie haben dieses Ziel nicht erreicht, sondern sie sind ebenso wie die italienischen Gewerkschaften unter der Führung d'Aragonas dem Faschismus zum Opfer gefallen.

Franz untersucht an Hand der Erfahrungen in den Ländern der Demokratie und der Diktatur den inneren Zusammenhang zwischen dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse und der Staatsform, in der sie zu kämpfen haben. »Die faschistische Diktatur wendet die Gefahr, die die moderne Massendemokratie dem Eigentum bereitet, durch Zerstörung eben dieser Demokratie ab.« Der totale Staat stabilisiert die Diktatur des Eigentums in allen seinen fünf Funktionen

als Herrschaft über den Menschen in seiner Stellung als Arbeiter, als Konsument und als Bürger. Aber eben deshalb muß die Arbeiterbewegung ihrem Kampf für die Verwirklichung der wahren Demokratie in zwei Fronten führen: als sozialen Kampf und als politischen Kampf. In diesem Kampf müssen sich auch die Kräfte der Gewerkschaften der politischen Führung unterordnen. »Es handelt sich nicht mehr um ein Mehr oder Weniger an sozialer Reform, um ein Mehr oder Weniger an sozialpolitischen Verordnungen, sondern um die Existenz der Arbeiterbewegung überhaupt.« Dies bezieht sich insbesondere auf den Kampf unter der Diktatur. Hier kann die Funktion von Gewerkschaften nur eine rein politische sein, gerichtet auf den Sturz der Diktatur. Formen und Methoden dieses Kampfes müssen sich natürlich den Verhältnissen der Illegalität anpassen. Sein ideologischer Inhalt aber muß auf den Sturz des Systems, auf die Verwirklichung der revolutionären Zentralaufgabe gerichtet sein.

Was Franz in Verbindung mit dieser Zielsetzung über den Aufbau einer illegalen Gewerkschaftsbewegung sagt, befriedigt nicht ganz. Darauf kommt es aber auch an dieser Stelle nicht an. Wesentlich ist, daß der Verfasser mit seinen allgemeinen Ausführungen den Praktikern ausgezeichnetes Material für die Diskussion über die Aufgaben und Formen der illegalen Gewerkschaftsbewegung liefert.

Viator.

Wolfgang Langhoff: Die Moorsoldaten. 13 Monate Konzentrationslager. Unpolitischer Tatsachenbericht. Schweizer Spiegel-Verlag, Zürich 1935. 323 Seiten, Preis Kč 52.50.

Das Buch von Langhoff ist kein »unpolitischer Tatsachenbericht«. In ihm hat das Martyrium der Gefangenen in den Konzentrationslagern seine formvollendete künstlerische Darstellung gefunden. Insofern ist das Buch ein Politikum ersten Ranges, ein Stück lebendiger Wirklichkeit, das Anklage erhebt gegen die im »erneuerten« Deutschland verkörperte mittelalterliche Barbarei.

Die Darstellung Langhoffs ist von unerhörter aufrüttelnder Kraft. Einfach, ohne Pathos, wird die Tragödie der Gefangenen in den Lagern Börgermoor und Lichtenburg geschildert. Lebendige Menschen stehen vor uns, zwei Welten, die den klaffenden Gegensatz im Dritten Reich illustrieren: auf der einen Seite die Welt der Machthaber, die dank der Fülle der ihnen verliehenen Gewalt zu Bestien in Menschengestalt werden, auf der anderen Seite die Welt der Gepeinigten und Unterdrückten, die in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe die höchsten sittlichen Werte entwickeln. »Nie in meinem ganzen Leben« — schreibt Langhoff — »habe ich unter Menschen einen solchen Grad von Zusammenhalt, Treue und Kameradschaft erlebt.« Die gemeinsame Weltanschauung war der Garant eines kameradschaftlichen Lebens. Durch gemeinsames Leid und gemeinsame Not zusammengeschmiedet, gehetzt und geprügelt, finden die Gefangenen nur einen Halt im gemeinsamen Zusammenschluß. »Hätten wir uns nicht« — schreibt er weiter — »ein Gegengewicht verschafft in der Kameradschaft, im Zusammenhalt und im Versuch, allen Schikanen zum Trotz ein geheimes eigenes Leben aufzubauen, manch einer hätte diese Zeit nicht überstanden.«

In diesem Milieu wird der unpolitische Schauspieler Langhoff zum bewußten proletarischen Klassenkämp-

fer. Monatelang steht er mit seinen Leidensgenossen, Metallarbeitern, Erdarbeitern, Bergkumpels, Kleinhändlern usw. im Moor. Gemeinsam mit ihnen kämpft er gegen den Sadismus der Machthaber wie gegen die niederdrükkenden und zersetzenden Wirkungen des Gefangenendaseins. Aus diesem Kampf heraus entsteht als kollektive Schöpfung das herrliche Moorsoldatenlied, das in kurzer Zeit Gemeingut des unterirdischen Deutschland wird, entsteht eine feste Gemeinschaft starker, ungebrochener Männer, die ihren Haß gegen das Regime, ihren glühenden Freiheitswillen hinaustragen in ihr späteres Dasein.

»Ich kam zu ihnen« — schreibt Langhoff zum Schluß über seine Leidensgenossen im Börgermoor — »als Außenseiter, als »Nichtdazugehöriger«. Ich kannte nicht ihre Namen, ihr Leben, ihre Familie. Ihr Wesen, ihre Worte waren mir fremd. Wir sind Kameraden geworden. Ich werde sie nicht vergessen.«

Diese einfachen Worte kennzeichnen die Einstellung des Verfassers. Nur aus seiner tiefen gefühlsmäßigen Verbundenheit mit seinen Leidensgefährten, nur aus der klaren Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge und neuen Kampfbedingungen im heutigen Deutschland konnte ein Werk entstehen, das in seiner ungekünstelten Schlichtheit und hohen Menschlichkeit zum Ergreifendsten gehört, das über die Tragödie des deutschen Volkes geschrieben wurde.

A. S.

Willi Bredel: Die Prüfung. Roman aus einem Konzentrationslager. Malik-Verlag, London, 1935. 386 Seiten, Preis kart. Kč 30.—,

Der Autor, ein früherer Metallarbeiter, der als Redner und Schriftsteller in der kommunistischen Bewegung tätig war, wurde kurz nach dem Reichstagsbrand verhaftet und nach dem Konzentrationslager Fuhlsbüttel bei Hamburg geschafft, wo er dreizehn Monate zubrachte. Seine Schilderung der Zustände und Vorgänge im Lager macht den Eindruck vollster Wahrheitstreue. Sie hält sich frei von Uebertreibungen und sucht auch einer einseitigen Schwarz-weiß-Malerei aus dem Wege zu gehen. Wir lernen hier alle Grade der nationalsozialistischen »Erziehungsarbeit« kennen, beginnend mit den Mißhandlungen bei der Einlieferung und den Folterungen beim Verhör bis zu den systematischen Durchpeitschungen in den Dunkelzellen und den physischen und moralischen Quälereien und Erniedrigungen, denen die Gefangenen in den Einzel- und Massenzellen ausgesetzt sind. Wir erfahren mit erschütternder Deutlichkeit, wie eine Anzahl politischer Gefangener, darunter auch der ehemalige Redakteur des Lübecker »Volksboten«, Dr. Solmitz, durch fortgesetzte Mißhandlungen, die alles vorstellbare Maß überschreiten, zum Selbstmord getrieben wurden.

Das Buch Bredels ist aber nicht nur ein Tatsachenbericht. Es versucht in künstlerischer Form auch in das Gemeinschaftsleben und in die Psychologie der Gefangenen und ihrer Wärter hineinzuleuchten. Dieser Versuch ist von besonderem Interesse. Der Titel »Die Prüfung« symbolisiert die Zielsetzung des Autors. Nach den Worten des Kommandanten, der dem Lager die Aufgabe zuweist, jedem »Staatsfeind« Furcht und Grauen einzuflößen, soll der Aufenthalt im Lager für jeden Gefangenen eine Prüfung fürs ganze Leben sein. Er ist es in der Tat, aber in einem anderen Sinne, wie es der Kommandant will: »Jeder muß

sich entscheiden, es gibt kein Ausweichen, kein Entrinnen«, sagt einer der Haupthelden des Buches, der nach der Entlassung aus dem Lager, nach einigem Schwanken, zur illegalen Arbeit geht.

Die »Prüfung« zeitigt die verschiedenartigsten Ergebnisse. Es sind nicht alle so, wie der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete, der sich vom ersten Tage an als »Toter auf Urlaub« betrachtet, standhaft alle Torturen über sich ergehen läßt und ungebrochen aus Fuhlsbüttel ins Untersuchungsgefängnis geschafft wird. Viele werden schwach, erliegen vorübergehend oder für immer dem furchtbaren Druck. Der Autor zeichnet mit großer Objektivität die verschiedensten Typen dieser Art auch in den Reihen seiner eigenen Parteigenossen. Er zeigt aber zugleich, wie aus den Torturen selbst jene große Gemeinschaft entsteht, die auch die Schwachen und Schwankenden wieder aufrichtet und über die Mauern des Kerkers hinweg die illegale Bewegung mit neuen Kraftquellen speist. Er zeigt, wie das gemeinsame Leid die Menschen h a r t macht und ihnen neue Impulse gibt für den unerhört schweren Kampf, den sie gegen die Diktatur zu führen haben.

Einen empfindlichen Mangel weist das Buch auf, und zwar in seiner Stellungnahme zu den sozialdemokratischen Gefangenen und den von ihnen vertretenen Anschauungen. Hier herrscht noch in starkem Maße die kommunistische Parteischablone vor, die sich auch im Kerker nicht von der Bekämpfung der »Sozialfaschisten« zurückhält und die Sozialdemokraten nur dann lobend anerkennt, wenn sie sich zu den kommunistischen Anschauungen bekehren. Mag sein, daß die entsprechenden Szenen in Bredels Buch wahrheitsgetreu wiedergeben, was sich bei den Auseinandersetzungen zwischen den in ihrer Mehrheit kommunistischen Insassen der Gemeinschaftszellen mit den einzelnen Sozialdemokraten abspielte. Es ist aber unverkennbar, daß der Autor mit seinen Sympathien auf der Seite seiner Parteifreunde steht und sich selbst im Kerker nicht zu einer höheren und besseren Einsicht durchgerungen hat. In dieser Beziehung hat er selbst die »Prüfung« in Fuhlsbüttel nicht vollständig bestanden.

A. S.

Dorothy Woodman: H i t l e r s L u f t f l o t t e s t a r t b e r e i t. Editions du Carrefour, Paris, 1935. 182 Seiten, Preis 15 fr. Frs.

Das vorliegende Buch bildet eine Ergänzung zu dem im vorigen Herbst erschienenen Buch derselben Verfasserin »Hitler treibt zum Krieg«, das in allen Ländern stärkste Beachtung gefunden hat. Die neue Schrift ist besonders aktuell angesichts der bevorstehenden Luftpaktverhandlungen, bei denen die Hitlerregierung die ganze Wucht ihrer Luftaufrüstung in die Waagschale zu werfen gedenkt. Dorothy Woodman weist durch die Zusammenstellung verschiedener Erklärungen deutscher und englischer Staatsmänner nach, in wie raffinierter Weise das Ausland über die wirklichen Ausmaße der deutschen Luftaufrüstung getäuscht wurde und wie leichtfertig sich die verantwortlichen Männer Englands täuschen ließen. Jetzt, nachdem dies Spiel aufgedeckt worden ist, dürfte es schwerer fallen, es auch gegenüber denen fortzusetzen, die aus diesen oder jenen Gründen getäuscht werden wollen.

Für den Kampf gegen diese Täuschungs- und Vernebelungspolitik

bringt das Buch Dorothy Woodman außerordentlich wertvolles Material. Hier, wie in ihrem ersten Buche, ist es wichtig, daß sie die Zusammenhänge zwischen der getarnten Aufrüstung in früheren Jahren und der offenen Aufrüstung unter Hitler aufdeckt und den Kriegswillen des neuerstandenen deutschen Militarismus durch Ausführungen hoher Militärs in der Fachliteratur nachweist. Was speziell die Luftaufrüstung anlangt, stellt sie fest, daß sie sich »von vornherein unter dem Deckmantel des Verkehrsflugwesens« vollzog. Die Deutsche Lufthansa war die wichtigste Grundlage für die auf diesem Gebiete unternommenen Maßnahmen. Nach der Machtergreifung Hitlers ist die Luftaufrüstung unter der besonderen Leitung Görings in ungeheuer beschleunigtem Tempo in Angriff genommen worden, um in knapp zwei Jahren in eine der stärksten Waffen der deutschen Expansionspolitik verwandelt zu werden.

Dorothy Woodman schildert den Umfang und die Ziele dieser Aufrüstung durch Wiedergabe genauer Angaben über die Organisation der deutschen Luftfahrt, die industrielle Rüstung, die Qualität der Luftwaffen, die Ausbildung der Flieger, die Anlage der Flugplätze und den Ausbau von Massenorganisationen, die die ideologische Beeinflussung der Bevölkerung und ihre Vorbereitung für den künftigen Luftkrieg in die Hand genommen haben. Auf allen diesen Gebieten tritt der Wille zur Offensive in den Vordergrund, da nach der Auffassung der maßgebenden politischen und militärischen Kreise in Hitlerdeutschland die Luftwaffe jene Waffe ist, mit deren überraschenden Anwendung der neudeutsche Imperialismus seine machtpolitischen Ziele am ehesten glaubt durchsetzen zu können. Diese Tatsache tritt besonders deutlich darin hervor, daß das Hauptgewicht auf den Bau solcher Maschinen gelegt wird, die Angriffszwecken dienen, und daß bei dem Ausbau der Bodenorganisation, d. h. bei der Anlage von Flughäfen, Gefechtslandeplätzen, offenen und unterirdischen Flugplatzanlagen usw., insbesondere Angriffsbasen geschaffen werden, die gegen die Nachbarländer, gleichzeitig aber auch gegen Großbritannien, Italien und die Sowjetunion gerichtet sind. X.

An unsere Leser!

Wir bitten das verspätete Erscheinen des Mai- und des Juniheftes zu entschuldigen. Sie erscheinen deshalb als Doppelheft. Auch die Hefte für Juli und August werden zu einem Doppelheft vereinigt, das Ende August erscheinen wird.

Ende Juli 1935

REDAKTION UND VERLAG

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.